

MICHAEL BRIE

# CHINAS SOZIALISMUS NEU ENTDECKEN

EIN HELLBLAUES BÄNDCHEN  
JENSEITS DER FROSCH-  
PERSPEKTIVE AUF  
EIN SPANNENDES  
EXPERIMENT

VSA:



Michael Brie  
Chinas Sozialismus neu entdecken

*Michael Brie* ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von ihm erschien zuletzt bei VSA: »SOZIALISMUS neu entdecken« (2022) sowie der gemeinsam mit Jörn Schütrumpf verfasste Band »Rosa Luxemburg. Eine revolutionäre Sozialistin an den Grenzen des Marxismus« (2021).

Michael Brie

# **Chinas Sozialismus neu entdecken**

Ein hellblaues Bändchen

jenseits der Froschperspektive

auf ein spannendes Experiment

**VSA: Verlag Hamburg**

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**  
**[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)**

Die Drucklegung wird finanziell gefördert von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung.

© VSA: Verlag 2023, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck- und Buchbindearbeiten:  
Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza GmbH  
ISBN 978-3-96488-182-3

# **Inhalt**

Vorwort .....	7
<b>Kapitel 1</b>	
<b>Jenseits der Froschperspektive .....</b>	<b>11</b>
<b>Kapitel 2</b>	
<b>Deng Xiaopings Schlaflosigkeit und der Chinesische Traum .....</b>	<b>25</b>
<b>Kapitel 3</b>	
<b>Sozialismus oder Staatskapitalismus? .....</b>	<b>31</b>
Der Suchprozess der KPCh seit den 1950er-Jahren .....	31
Die Doppelstrategie der KPCh .....	33
Modernisierung chinesischer Prägung im neuen Zeitalter ..	38
<b>Kapitel 4</b>	
<b>Die KPCh als kommunistischer Kaiser: Neugründung und sozialistische Transformation Chinas ....</b>	<b>42</b>
<b>Kapitel 5</b>	
<b>Chinas Transformation als Hegemonisierung der Gesellschaft durch die Kommunistische Partei .....</b>	<b>48</b>
<b>Kapitel 6</b>	
<b>Das Wirken der zwei allgemeinen Formeln des Sozialismus in China .....</b>	<b>59</b>
<b>Kapitel 7</b>	
<b>Ist nur die liberale Demokratie demokratisch? .....</b>	<b>67</b>
Demokratie des Volkes, durch das Volk, für das Volk .....	76
Herrschaft des Volkes: Eine Organisation mit eiserner Hand, um Sand zu Stein zu formen .....	84

Herrschaft durch das Volk: Konsultative Demokratie . . . .	86
Demokratie für das Volk: Die KPCh als Dienstleisterin für das Volk . . . . .	91
Die arbeitenden Klassen als Akteure der Transformation . .	93
Die Paradoxa des chinesischen politischen Systems . . . . .	98

## **Kapitel 8**

<b>Sozialismus als geplante Mischwirtschaft . . . . .</b>	<b>101</b>
Planung mit chinesischer Prägung . . . . .	102
Das Finanzsystem unter Kontrolle und die Regionen im Wettbewerb . . . . .	109
Die Vielfalt der Besitzformen . . . . .	112

## **Kapitel 9**

<b>Die chinesische Nation und die Politik in Xinjiang . . . . .</b>	<b>116</b>
---	------------

## **Kapitel 10**

<b>Stärken und Schwächen des gesellschaftlichen Systems Chinas . . . . .</b>	<b>126</b>
--	------------

## **Kapitel 11**

<b>Chinas (Wieder-)Aufstieg zu einem der Zentren der Welt . . .</b>	<b>135</b>
Die Einschätzung der Ziele Chinas . . . . .	139
Die Vision einer neuen internationalen Ordnung . . . . .	147
China als reformorientierte globale Macht und die Gefahr eines Neuen Kalten Krieges . . . . .	151
China auf dem Weg zu einem eigenständigen Zentrum in der Welt? . . . . .	155
Literatur . . . . .	158

## Vorwort

*»Scheinbar ist es eine sehr seltsame und sehr paradoxe Behauptung, dass die nächste Erhebung der Völker Europas und ihr nächster Schritt im Kampf für republikanische Freiheiten und ein wohlfeileres Regierungssystem wahrscheinlich in großem Maße davon abhängen dürfte, was sich jetzt im Reich des Himmels – dem direkten Gegenpol Europas – abspielt,<sup>1</sup> mehr als von jeder anderen zur Zeit bestehenden politischen Ursache – mehr sogar als von den Drohungen Russlands und deren Folgen, nämlich der Wahrscheinlichkeit eines gesamteuropäischen Krieges.« Karl Marx im Jahr 1853 (1960: 95)*

*»Wenn das zwanzigste Jahrhundert mehr als jedes andere Einzelereignis vom Verlauf der Russischen Revolution beherrscht wurde, so wird das einundzwanzigste Jahrhundert vom Ausgang der Chinesischen Revolution geprägt sein.« (Anderson 2010: 59)*

Das vorliegende Buch schließt an ein anderes Buch an – »Sozialismus neu entdecken«. Beide wurden fast zeitgleich geschrieben. Während im »Sozialismus neu entdecken« versucht wird, einen allgemeinen, vor allem begrifflichen Zugang zum Verständnis von Sozialismus zu entwickeln, ist dieses Buch Chinas Sozialismus gewidmet. Auch in der Frage nach dem Verständnis von Sozialismus ist China der Elefant im Raum. Die Fragen, die China aufwirft, waren viel zu groß, um sie als Schlusskapitel in das Buch »Sozialismus neu entdecken« zu integrieren. Umgekehrt war es vor allem die Herausforderung, die der »Sozialismus chinesischer Prägung« aufwirft, die mich gezwungen haben, die Fragen von Sozialismus erneut zu stellen. Dazu hat vor allem der Aufenthalt an der Fudan-Universität in Shanghai im Herbst 2018 beigetragen, für den ich Prof. Zhang Shuangli und dem Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter Leitung

---

<sup>1</sup> Marx verweist auf die große Taiping-Revolution von 1850 bis 1864.



von Jan Turowski zu danken habe. Das Konzept von Sozialismus im Buch »Sozialismus neu entdecken« ist stark durch mein Verständnis der chinesischen Entwicklung beeinflusst und das vorliegende Buch wiederum durch den Begriff von Sozialismus, den ich im vorhergehenden Buch auszuarbeiten suchte. Beide Bücher spiegeln sich so ineinander, auch wenn es mir nicht gelungen ist, die Einheit so direkt herzustellen, wie ich es eigentlich wollte. Für Kommentare zum Manuskript möchte ich mich vor allem bei Hilde und Helmut Ettinger, Mechthild Leutner, Dieter Klein und Jan Turowski bedanken.

Chinas sozialistischer Weg unterschied sich von Anfang an von dem der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder, nimmt man die Periode zwischen 1949 und 1958 aus. Die Differenzen wurden mit dem Beginn der Periode von Reform und Öffnung 1978 und nach 1989 erneut deutlich. Chinas Kommunistische Partei hat viele Doktrinen des sowjetischen Erbes über Bord geworfen und zugleich die wichtigste institutionelle Erfindung des sowjetischen Sozialismus, die leninistische Partei, in ihrer chinesischen Prägung bewahrt und unter den Bedingungen von Reform und Öffnung mit ihren liberalen Zügen weiterentwickelt. In »Sozialismus neu entdecken« habe ich darauf hingewiesen, dass ein lebensfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert zugleich das kommunistische wie das liberale Erbe in sich aufnehmen muss. China ist der Beweis dafür, dass dies – zumindest auf Zeit – gelingen kann. Eine Verbindung der Gegensätze ist möglich. Im Weiteren versuche ich, die damit verbundenen Perspektiven im politischen und wirtschaftlichen Bereich und dem der Ideologie darzustellen.

Wenn man dieses Buch liest, sollte man sich bewusst sein, dass es kein Buch über China selbst ist, sondern ein Buch, das aus dem Bemühen entstand, von einer sozialistischen Position aus über China nachzudenken. In dem Text wird also auf einer Metaebene argumentiert. Es ist mein Versuch, einen Vorschlag der Orientierung zu erarbeiten, um die Entwicklung in China zu begreifen. Er soll helfen, das Sozialistische in Chinas Entwicklungsweise zu erkennen. Es geht um einen Begriff von den Widersprüchen der Entwicklung Chinas. Kategoriale Fragen neh-

men deshalb einen breiten Raum ein, denn ihre Klärung ist die Bedingung, sich zu orientieren. Ich teile mit Jan Turowski den Eindruck, dass viele in der europäischen und deutschen Linken Chinas Widersprüche vor allem »als gut oder schlecht, richtig oder falsch« diskutieren, um sich »mit diesen Widersprüchen nicht auseinandersetzen zu müssen« und um gleichzeitig die »eigene strategische Visionslosigkeit und/oder schwache Mobilisierungs- und Transformationsfähigkeit ignorieren« (Turowski 2023) zu können.

Dieses Buch hat einen sehr bescheidenen Anspruch. Es wird versucht – auf einer sehr begrenzten Literaturbasis und nach vielen Gesprächen mit chinesischen Kollegen – zu erkunden, welche Fragen China vor allem an die europäische Linke stellt. Es handelt sich um eine eigene Interpretation, die nicht zuletzt dadurch erschwert ist, dass viele Prozesse in China, insbesondere wenn sie die wichtigste Institution des Landes betreffen, die KPCh, empirischer Analyse weitgehend unzugänglich sind. Die begrenzten Möglichkeiten der autonomen Selbstorganisation von sozialen Gruppen und Klassenbewegungen machen es zudem schwer, diese wesentliche Triebkraft der Entwicklung zu rekonstruieren.

Mein Blick auf China ist subjektiv. Erstens bin ich China persönlich eng verbunden – seit 1958, als ich mit meinen Eltern und Brüdern zum ersten Mal mit einem sowjetischen Flugzeug in Beijing landete. Zweitens habe ich selbst bis 1990 in einem Land gelebt, das sich als sozialistischer Staat verstand. Drittens ist dieses Buch von einem sozialistischen Standpunkt geschrieben.

Heute sind Worte wie »China-Versteher« zu Schimpfworten geworden. Das ist eine katastrophale Verengung im öffentlichen Diskurs auch der Linken, die sich damit dem Mainstream anpasst. Jede ernsthafte Kritik verlangt die Konstruktion eines Raums, in dem das, was kritisiert wird, zunächst einmal analysiert und verstanden wird. In diesem Buch finden sich viele Zitate aus Büchern und Artikeln, die genau durch dieses Bemühen geprägt sind. Eine der Voraussetzungen für das Verstehen Chinas ist, zu begreifen, dass aus chinesischer Sicht das Europa, in dem wir leben, »als eine janusköpfige Zivilisation mit einer

entsetzlichen Fratze der Barbarei [erscheint], die ihrerseits in eine heilige Fassade absoluter Werte und Ideen verpackt wird« (Hu 2022: 190).

Die Frage danach, ob der Blick auf China es erlaubt, auch das Sozialistische im 21. Jahrhundert neu zu entdecken, impliziert, dass auch gefragt wird, ob Chinas Entwicklungsweg nicht nur ein anderer ist als der der USA oder Westeuropas, sondern ob er Tendenzen einer über den Kapitalismus positiv hinausweisenden Gesellschaft enthält, Keime eines Neuen, das auch die Errungenschaften vorkapitalistischer Gesellschaften aufgreift. Darüber können erst zukünftige Generationen ausgehend von gemachten Erfahrungen urteilen. Was aber schon heute möglich ist, ist, die spezifischen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen Chinas zu verstehen, die Aspirationen des chinesischen Volkes und seiner Regierung zu begreifen und ausgehend davon China mit jenem Respekt zu begegnen, den es verdient. Eines zumindest ist klar: Ohne eine besondere Leistungsfähigkeit wären die unübersehbaren Erfolge nicht erreicht worden. Vielleicht aber begann mit der Reform- und Öffnungspolitik seit 1978 tatsächlich ein neues Zeitalter und China stößt tatsächlich die Tür zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts auf.

## Kapital 1

### Jenseits der Froschperspektive

In China erzählt man sich die Fabel vom Frosch im Brunnen (井底之蛙). Der Frosch sei so glücklich und zufrieden mit seinem Leben in einem Brunnen gewesen, dass er die altherwürdige Meeresschildkröte überreden wollte, mit ihm dort zu leben. Denn hier, in seinem tiefen Brunnen, sei alles vollkommen in seiner Stille und Harmonie. Die Meeresschildkröte wurde neugierig und besuchte den Frosch. Als sie aber in den Brunnen hineinsah, schrak sie zurück: Zu klein war hier die Welt, zu winzig auch der Himmel, den man von unten aus dem Brunnen nur als hellen Punkt hätte sehen können. Sie sagte zum Frosch: »Selbst, wenn Du Dir eine Entfernung von eintausend Li vorstellst, hast Du noch keine Idee von der Weite des Meeres. Und selbst wenn Du Dir eintausend Ren vorstellst, hast Du noch keine Idee von seiner Tiefe.«<sup>1</sup>

Der westliche Blick auf China, auch der vieler Linker, ist von einer solchen Froschperspektive geprägt. Aus chinesischer – und nicht nur aus chinesischer – Sicht hat der Westen die fundamentale Öffnung der Welt hin zu einer multipolaren Ordnung mit sehr unterschiedlichen Entwicklungspfaden noch nicht akzeptiert. Die Maßstäbe, die von den Europäern an die Welt und vor allem an China angelegt werden, scheinen aus Sicht vieler Chinesinnen und Chinesen völlig unpassend. Sie wissen, was es heißt, in einem solchen Brunnen zu sitzen, abgetrennt vom Rest der Welt. Auf der historischen Tagung des Zentralkomitees der KPCh (Kommunistische Partei Chinas) im Dezember 1978, als der Prozess der Reform und Öffnung eingeleitet wurde, der China und die Welt verändern sollte, hatte Deng Xiaoping erklärt: »Dreißig Jahre Autarkie zwangen unseren Geist in die Abkapselung. Hinter uns liegen über zehn Jahre, in denen unser Horizont beschränkt war und wir uns sehr

---

<sup>1</sup> Ein Li sind rund 0,5 km, ein Ren rd. 1,50 m.

dünnelhaft gebärdeten. Wir saßen in einem Brunnen und meinten, dass der Himmel so groß wie die Brunnenöffnung sei. Dann wurde die Tür geöffnet und alles geriet aus dem Häuschen. Die Wirtschaft bäumte sich auf wie ein ungezügeltcs Pferd.« (Zitiert in Stengl 2021: 85)

Das erste Vorurteil, das in Europa ausgeräumt werden muss, besteht darin, dass China über lange Zeit ein rückständiges, von der Welt abgeschottetes Land war, das in Stagnation verharrte und die Wiederkehr des ewig Gleichen unter den sich ablösenden Dynastien von Himmelskaisern zelebrierte. Hegel drückte dieses Vorurteil der völligen Geschichtslosigkeit Chinas und seiner Unfähigkeit zu Entwicklung so aus: »Mit dem Reiche China hat die Geschichte zu beginnen, denn es ist das älteste, soweit die Geschichte Nachricht gibt, und zwar ist sein Prinzip von solcher Substantialität, dass es zugleich das älteste und das neueste für dieses Reich ist. Früh schon sehen wir China zu dem Zustande heranwachsen, in welchem es sich heute befindet; denn da der Gegensatz von objektivem Sein und subjektiver Daranbewegung noch fehlt, so ist jede Veränderlichkeit ausgeschlossen, und das Statarische, das ewig wiedererscheint, ersetzt das, was wir das Geschichtliche nennen würden.« (Hegel 1986a: 147)

Die Realität sah völlig anders aus: Es gibt gute Gründe, von einer ersten industriellen Revolution zu sprechen, die sich lange vor der in Großbritannien am Ende des 18. Jahrhunderts ereignete – die komplexe technologisch-wirtschaftliche Umwälzung während der Sung-Dynastie (960–1279) auf den Gebieten der Eisen- und Stahlherstellung, des Transportwesens, der Papierherstellung und des Druckwesens, der Landwirtschaft und der Hochseefahrt sowie im Militärbereich (Schießpulver, Raketen) (siehe Needham 1956: 240–248; Hobson 2004: 50–61). Dies alles war mit einer kommerziellen Revolution der Warenwirtschaft verbunden. Noch älter ist der chinesische Beamtenstaat. Wie Francis Fukuyama feststellt: »Viele Elemente dessen, was wir heute unter einem modernen Staat verstehen, waren in China bereits im dritten Jahrhundert n. Chr. vorhanden, etwa achtzehnhundert Jahre bevor sie in Europa aufkamen.« (Fukuyama 2011: 19). Das Imperium der Qing verfügte im 18. Jahr-

hundert über »eine der größten und effizientesten Volkswirtschaften der Welt. Die frühe Qing-Ära zeigte große militärische Stärke, materiellen Wohlstand und soziale Stabilität und unterstützte eine enorme Expansion des Territoriums und der Bevölkerung in einer zunehmend kommerzialisierten, aber hauptsächlich agrarischen Wirtschaft. Globale Verbindungen führten zu einer kommerziellen Revolution, die China zum führenden Zentrum des Welthandels im 16. und 17. Jahrhundert und einem der wichtigsten Zentren der Weltwirtschaft machte. Einige seiner Industrien – zum Beispiel die Textil-, Eisen- und Keramikindustrie – gehörten ebenfalls zu den fortschrittlichsten der Welt. Eine Reihe hocheffizienter und hochentwickelter Institutionen wie die kaiserliche Regierung (eine hochkomplexe und effektive Verwaltungsorganisation), das Prüfungssystem, soziale Wohlfahrt und freie Märkte legten die Grundlage für eine blühende Gesellschaft.« (Mühlhahn 2022: 22) China besaß ein Regierungssystem von großer Leistungsfähigkeit, basierend auf einem unikalen meritokratischen System mit enger Verbindung von zentralstaatlicher Kontrolle und dezentraler Eigeninitiative dynamischer lokaler Gesellschaften. Die Wirtschaftsstruktur begünstigte Kommerzialisierung und wirtschaftliche Entwicklung sowie Wachstum. Der Staat stand privatem Unternehmertum positiv gegenüber. Weil der westlich-imperiale Diskurs das kaiserliche China vor allem als despotisches rückständiges Imperium wahrnimmt, übersieht er die spezifische Modernität dieses Reiches und seiner Nationalstaatlichkeit (Wang Hui 2014: 13; siehe auch Zhang Yongle 2010). Das Ausmaß der Rationalisierung und Formalisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, der damit verbundene Ethos, die hohen Freiheitsgrade und Aufstiegs- wie Entwicklungsmöglichkeiten, der Grad der Individualisierung wurden aufgrund eines »orientalistischen Blicks«, der die nichtwestlichen Gesellschaften nur als große rückständige Gemeinschaften wahrnimmt, die im ständigen Kotau vor dem Westen verharren sollen, nicht zur Kenntnis genommen.

Zu den Mythen über das »alte China« gehört auch die Vorstellung von einem Reich, das hinter hohen Mauern in weitgehender

Abgeschiedenheit gegenüber der »Welt« verschlossen war. Die beiden »Opiumkriege« 1840–1842 und 1858–1860 dienten nicht der »Öffnung« Chinas, sondern waren im Gegenteil vor allem durch das große Handelsdefizit des Westens mit China bedingt. China war eines der führenden Zentren einer hochintegrierten Weltwirtschaft. Zwischen 1719 und 1833 sollen über sechstausend Tonnen Silber nach China geflossen sein (gefördert vor allem in Lateinamerika unter unmenschlichen Bedingungen), um die chinesischen Waren, die der Westen bezog, vor allem Seide, Tee, Keramik, Gewürze, Lacke, feine Baumwolle, zu bezahlen (Leutner 2012: 122f.). Das Handelsdefizit des Westens gegenüber China wurde durch den illegalen Opiumschmuggel reduziert, den die chinesische Regierung zu stoppen suchte. 1838 sollen es fast 2.000 Tonnen Opium gewesen sein, die vor allem britische »Handelsgesellschaften« nach China schmuggelten.<sup>2</sup> Über ein ganzes Jahrhundert wurde China in eine »Opium-Falle« getrieben und die westlichen imperialistischen Mächte agierten im Verein mit ihren Handelsgesellschaften als Drogenkartelle, wie Mechthild Leutner detailliert in der zitierten Studie aufzeigt. Das staatlich organisierte, mit Kanonenbooten militärisch durchgesetzte Drogenoligopol war eine aus Sicht der britischen Regierung unverzichtbare Säule ihres strahlenden Empire. Bis heute ist die westliche Literatur durch die »Verharmlosung des Aktes der Süchtigmachung signifikanter Bevölkerungsschichten zur Erzielung großer wirtschaftlicher Profite und immenser politischer Macht, nicht durch einzelne Kriminelle, sondern durch gezieltes Agieren ganzer Staaten und Regierungen« (Leutner 2012: 122) und global agierender Monopolgesellschaften geprägt.

Die chinesische Gesellschaft war keineswegs nur auf die Vergangenheit bezogen. Ihr wohnte auch ein konfuzianisch-daoistischer Messianismus inne. Es ging um die Zukunftsvision

---

<sup>2</sup> Nur zum Vergleich: »Nach Schätzungen der US-Antidrogenbehörde (DEA) werden Drogen im Wert von 20 bis 40 Milliarden Dollar pro Jahr aus Mexiko und Kolumbien in die USA geschleust. Jahr für Jahr, so die Zahlen des US-Justizministeriums, gehen 700 Tonnen Kokain und 4 000 Tonnen Marihuana in die USA. Für die 20 Millionen Konsumenten in den USA.« (Scheidges 2023)

einer Gesellschaft der großen Gleichheit und harmonischen Gemeinschaftlichkeit (Bauer 1974: 11), die erst noch zu schaffen sei. Diese Vision brach sich in der großen Taiping-Revolution von 1850 bis 1864 Bahn (Spence 1997), in der viele Grundzüge der chinesischen Entwicklung der darauf folgenden einhundert Jahre vorweggenommen wurden. Sie wurde auch in den Krisen der Qing-Dynastie am Ende des 19. Jahrhunderts wieder aufgegriffen, beeinflusst vor allem über die Schrift von K'ang You-wei (1858–1927) »Das Buch der Großen Gemeinschaft«. Dieses Buch prägte Generationen chinesischer Revolutionäre. Kang You-wei interpretierte Konfuzius als eingreifenden Reformers, reformulierte dessen humanistische Vision als Zukunftsentwurf und entwarf ein umfassendes Programm, wie noch im »Zeitalter der Unordnung« die »ersten Maßnahmen zur Gründung der Großen Gemeinschaft getroffen werden« können, die dann über ein »Zeitalter der Festigung des Friedens und der Gleichheit« schließlich im »Zeitalter des ständigen Friedens und der völligen Gleichheit im Stadium der Vollendung der ›Großen Gemeinschaft‹« münden würden (K'ang Yu-Wei 1974: 93).

Der seit den Opium-Kriegen offenkundige Niedergang Chinas und seine Kolonialisierung dürfen nicht absolut verstanden werden – er war relativ zu der wissenschaftlichen, industriellen, politischen und militärischen Revolution in Westeuropa, traf aber auf eine Gesellschaft, die selbst über starke innere Entwicklungspotenziale verfügte. Es kam zu einer Periode von Niederlagen und der gleichzeitigen Formierung wesentlicher Bedingungen radikaler Erneuerungen, die sich dann am Anfang des 20. Jahrhunderts zur Geltung brachten. Vollständig konnte China durch die westlichen Mächte nie unterworfen werden. Es blieb als eine sog. Halbkolonie Beutegemeinschaft der imperialistischen Großmächte Großbritannien, Frankreich, Russland, den Niederlanden, den USA, zu denen sich Deutschland und Japan dazu gesellten. In den Jahrzehnten nach dem Ende der Qing-Dynastie (nach 1911) vermochte China unter den Bedingungen von Bürgerkrieg und dem Eroberungskrieg Japans Leistungen zu erbringen, die erstaunen sollten. Wie Mühlhahn schreibt: »1911 war China ein Vorreiter des globalen Wandels,



der Erneuerung und Revolution. [...] China erschuf auch ein dynamisches System der Hochschulbildung – ein System, das die Wissenschaftler und Technokraten späterer Generationen ausbilden sollte. Es stärkte seine Armee, baute Institutionen wieder auf, mobilisierte und disziplinierte seine Bürger und verteidigte das Land erfolgreich.« (Mühlhahn 2022: 382f.) In dieser Zeit formierte sich zudem eine neue Gestalt des Kommunismus in den von der KPCh kontrollierten Gebieten Chinas, die sich von Beginn an vom sowjetischen Kommunismus unterschied. Für China gilt, dass es das Land ist, »wo die Geschichte der kommunistischen und anticolonialen Bewegung in eins zusammenfallen« (Losurdo 2017: 267).

Die Zeit der relativen geopolitischen Schwäche, technologisch-ökonomischer und militärischer Rückständigkeit und Armut war gemessen an 3.000 Jahren der Stärke relativ kurz – gut 150 Jahre. Und jetzt soll es von heute an nicht einmal mehr 30 Jahre dauern, folgt man der Zielstellung der KPCh, bis der alte Zustand zivilisatorischer Größe im Ergebnis des »großartigen Wiederauflebens der chinesischen Nation« (Xi Jinping 2017) wieder hergestellt sein wird. Es ist dieses eine Ziel, das über alle Regierungssysteme hinweg die Eliten Chinas und große Teile seiner Bevölkerung seit über 150 Jahren bewegt. Wenn es in China eine Zivilreligion gibt, die tief im Herzen der Chinesinnen und Chinesen verankert ist, dann ist es das Narrativ der eigenen Geschichte und der Mission, sie auf moderne Weise fortzuführen (Senger 2008: 36).

Der westliche Blick auf China ist nicht nur durch das Vorurteil seiner großen früheren Rückständigkeit, sondern auch sprachlich verstellt, und dies nicht nur im engeren Sinne eines Schriftsystems mit Zehntausenden von Zeichen. Es gibt mindestens vier, mehr oder minder unterschiedliche wissenschaftliche bzw. politische Sprachen, mit denen China beschrieben wird. Es sind dies die Sprache der KPCh, die des innerchinesischen sozialwissenschaftlichen Diskurses einschließlich dem des chinesischen liberalen, konfuzianischen und neuen linken Diskurses (siehe Lu Jie/Wang Ban 2012), des westlichen liberalen sozialwissenschaftlichen Diskurses und des westlichen Marxis-

mus. 2010 wurden chinesische Intellektuelle nach der dominierenden Denkschule in China gefragt: 38 Prozent verwiesen auf Nationalismus/Etatismus, 22 Prozent auf Sozialismus mit chinesischen Merkmalen, 14 Prozent auf demokratischen Sozialismus, 13 Prozent auf Liberalismus, 8 Prozent auf Maoismus und 4 Prozent auf Neokonfuzianismus (Zhou Lian 2012: 6).

Der westliche Diskurs zu China ist durch eine merkwürdige Konvergenz des liberalen Mainstreams und von größeren Teilen der marxistischen und autonomen Linken geprägt. Beide sind sich einig, dass es sich beim Wirtschaftssystem Chinas um eine kapitalistische Marktwirtschaft handelt, nur wird dieser Kapitalismus von den einen begrüßt, von den anderen dagegen strikt abgelehnt. In völliger Übereinstimmung befinden sich beide politisch-intellektuellen Strömungen bei der Ablehnung des politischen Systems als das eines Autoritarismus. Während der liberale Mainstream vom Standpunkt eines liberal-demokratischen Kapitalismus urteilt, blicken eine Reihe von Marxisten und Linke aus dem Blickwinkel des libertären Sozialismus auf China. Bei beiden Ansätzen ist Demokratie vor allem in der freien Meinungs- und Entscheidungsbildung der Einzelnen gegründet und von dort her legitimiert. Die Führungsrolle einer kommunistischen Staatspartei ist für beide Theorie- und Ideologieansätze gleichermaßen illegitim. Das wirtschaftlich-politische System Chinas wird übereinstimmend als »Staatskapitalismus«, »bürokratischer Kapitalismus«, »staatlich durchdrungener Kapitalismus« oder auch »Markt-Leninismus« (siehe Boer/Ping Van 2021; Wemheuer 2020: 3) bezeichnet.

Jede und jeder, der sich aus dem Westen China zuwendet, muss sich in den Worten von Edward Said fragen, »wie es möglich wäre, anderen Kulturen und Völkern im Geiste der Freiheit, das heißt ohne die Absicht der Unterdrückung oder der Manipulation, zu begegnen« (Said 2009: 35). Die Vertreter der KPCh und des chinesischen Staates sowie viele Bürgerinnen und Bürger der Volksrepublik können noch so sehr auf die Erfolge Chinas bei der Armutsbekämpfung, dem wirtschaftlichen Aufbau, der Schaffung von umfassenden Netzen sozialer Sicherheit, der breiten politischen Beteiligung der Bevölkerung und vieler ihrer

Gruppen sowie auf den friedlichen Charakter des Aufstiegs Chinas zu einer Weltmacht und die Bemühungen um die kooperative Gestaltung der Außenbeziehungen im Sinne einer viel beschworenen Win-win-Politik verweisen. Vom Standpunkt der normativen Annahmen des westlichen Mainstreams mit seiner Gleichsetzung von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie mit Freiheit und seines libertären linken Flügels sind diese Ergebnisse, so beeindruckend sie an sich sein mögen, auf grundsätzlich falsche Weise entstanden. So erscheint auch das erreichte Gute noch schlecht. Den liberalen Strömungen sind die Methoden nicht marktwirtschaftlich, sprich: kapitalistisch, genug, für die Marxisten sind sie viel zu sehr kapitalistisch. Und politisch sind sich beide einig: Das chinesische System ist ein System der Unfreiheit. Die Liberalen lehnen die Führung der KPCh ab, weil sie in ihren Augen autoritär-kommunistisch ist, größere Teile der Linken verurteilen sie, weil sie ihrer Ansicht nach als diktatorischer Handlanger des Kapitalismus wirkt.

Gemeinsam ist dem westlichen Blick auf China eines: Keine der Strömungen war vorbereitet auf die rasante und innovative Entwicklung Chinas nach 1978, weil westliche Grundannahmen – zumindest in den letzten 45 Jahren – widerlegt wurden: Entgegen aller theoretischen Gewissheiten im Westen gingen Marktwirtschaft und kommunistische Einparteienherrschaft Hand in Hand, die Mittelschicht unterstützt das politische System, die sozialen Spaltungen destabilisieren nicht, sondern werden verstärkt ausgeglichen, der chinesische Staat zeigt hohe Flexibilität und Lernfähigkeit und die chinesische Kultur steht Innovation nicht im Wege (Heilmann 2016: 12–15). Offenheit gegenüber der Welt und Sicherung der politischen Einheit und Stabilität wurden bisher verbunden.

Eine besondere Schwierigkeit beim Blick auf China besteht darin, dass viele Entwicklungen in diesem Land deshalb schlicht nicht zur Kenntnis genommen werden, weil sie nach den westlichen Maßstäben als irrelevant angesehen werden oder negativ erscheinen. So erscheinen alle politischen Veränderungen, die im Rahmen des chinesischen politischen Systems der Führung durch eine leninistisch-maoistische Partei erfolgen, bedeutungs-

los, da geglaubt wird, »dass die einzigen sinnvollen politischen Reformen demokratisierende Reformen sind« (Dickson 2016: 11). Dabei wird überhaupt nicht gefragt, ob nicht wesentliche Modifikationen innerhalb des gegebenen Systems möglich sind und vorgenommen wurden, die ggf. auch dessen demokratische Züge stärken. Es wird ausgeblendet, dass die gleichen Anliegen und Aufgaben in unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen, aber eben auch politischen Systemen mit gleichem Erfolg durch stark voneinander abweichende Institutionen wahrgenommen werden können. Es handelt sich dann um Institutionen, die zumindest in bestimmter Hinsicht äquivalente Funktionen (siehe am Beispiel von sozialer und politischer Partizipation Heberer/Schubert 2007: 19) ausüben, obwohl sie sich der institutionellen Form nach deutlich voneinander unterscheiden oder sogar völlig gegensätzlich sind. Wenn es China nicht gelungen wäre, derartige funktionale Äquivalente zu entwickeln, die es dem Land erlauben, den Herausforderungen komplexer moderner Gesellschaften in Zeiten der Globalisierung zu begegnen, so die im Folgenden vertretene Auffassung, dann wären die bisherigen Erfolge in keiner Weise verständlich. Es ist dringend angebracht, gegenüber China mehr von jenem Pragmatismus walten zu lassen, den man an Deng Xiaoping zu Recht lobt: Hauptsache ist, die Katze fängt Mäuse. Repressionen stecken zweifelsohne in China die äußeren Ränder jenes Rahmens ab, außerhalb dessen Sprechen und Handeln durch den Staat unterdrückt wird. Dies ist ein deutlich anderer Rahmen als in liberalen Demokratien. Zugleich bedeutet dies im Umkehrschluss, dass innerhalb dieses Rahmens ein beträchtlicher Bewegungsraum existiert, den man dringend zur Kenntnis nehmen muss.

Niemand kann gegenwärtig sagen, wie groß dieser Bewegungsraum Chinas in Zukunft ist. Er erweist sich bisher auf jeden Fall als deutlich größer, als vor dem Hintergrund der sowjetischen Erfahrungen angenommen wurde. Es bleibt auch offen, ob es überhaupt Grenzen der innersystemischen politischen Entwicklung gibt und das politische System tatsächlich, wie immer wieder behauptet wird, in absehbarer Zeit in unlösbare Widersprüche zu den ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen

tritt. Ausgehend von modernisierungstheoretischen Annahmen war immer wieder vorhergesagt worden, dass China spätestens in den 2020er-Jahren zur liberalen Demokratie übergehen würde (Inglehart/Welzer 2005: 190f.; Rowen 2007). Bisher zumindest ist dies nicht erkennbar. Gleichzeitig vollziehen sich in bisher liberalen politischen Systemen Übergänge zum Illiberalismus, die bislang nur als Pathologien verstanden werden und nicht als immanente Folgen des Liberalismus selbst. Offensichtlich bedarf es eines neuen sozialwissenschaftlichen Paradigmas, das beiden Entwicklungen gerecht wird.

Wie schon der klassische Orientalismus ist auch der westliche China-Diskurs »durchsetzt [...] mit europäischen Überlegenheitsphantasien, verschiedenen Formen von Rassismus, Imperialismus und Chauvinismus, dogmatischen Ansichten ›des Orientalen‹ [sprich heute: ›des Chinesischen‹, M.B.] als gleichsam ideale, feststehende Abstraktion« (Said 2009: 17). Eine jüngere Analyse der China-Berichterstattung in den deutschen Medien während der Pandemie kommt zu dem Schluss: »Insgesamt herrscht ein Ungleichgewicht zwischen chinesischen und nicht-chinesischen Quellen und Akteuren zulasten der chinesischen Seite. [...] Statt nur über China und Chines\*innen sollte mehr mit Chines\*innen gesprochen werden, auch um die oft präsentierte konfrontative Denkweise von ›wir gegen die Anderen‹ aufzubrechen.« (Changbao Jia et al. 2021: 8, 11)

Zumindest aus Sicht der Chinesinnen und Chinesen ist die Zeit des Machtgefälles zwischen den USA oder Westeuropa einerseits und der VR China andererseits vorbei. Die Sowjetunion konnte dieses Machtgefälle militärisch im Bereich der Nuklearstreitkräfte weitgehend ausgleichen, zeitweise auch politisch und ideologisch. Die VR China hingegen ist auf einer Breite von Feldern dem Westen ebenbürtig geworden, die das westliche Selbstverständnis im Kern erschüttert. In gerade einmal 40 Jahren hat sich China »von einer Gesellschaft mit der größten von Armut geplagten Bevölkerung der Welt zu einer ›mäßig wohlhabenden Gesellschaft‹ mit der größten Bevölkerung mit mittlerem bis hohem Einkommen der Welt entwickelt« (Hu Angang et al. 2021: 15). Andere Länder des globalen Südens, vor allem Indien, könn-

ten schnell folgen. Dies muss auch die Diskurse verändern, nicht zuletzt die sozialwissenschaftlichen. Wenn eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie ein politisches System in zentralen Bereichen gegenüber anderen Ordnungen und Systemen weitgehend gleichwertige, auf bestimmten Gebieten auch höhere Leistungen erbringt, so stoßen sozialwissenschaftliche Konzepte an ihre Grenzen, die von der grundsätzlichen Überlegenheit (normativ wie faktisch) eines gesellschaftlichen Systems gegenüber dem anderen ausgehen. Wenn die westlichen Analytiker wie bestellte Richter, um Immanuel Kant zu paraphrasieren (Kant 1968: 10), dem Forschungsgegenstand China die Fragen in einer Weise vorlegen, dass immer vor allem eine einzige Antwort herauskommen muss – die Volksrepublik befinde sich noch nicht auf der Höhe des Westens, weil es keine freien Wahlen gibt, weil die Marktwirtschaft nicht frei von der Lenkung durch die KPCh ist, weil die öffentliche Meinung nicht unabhängig von der Partei gebildet wird usw. usw., dann bleibt der Volksrepublik nichts anderes übrig, als sich schuldig zu bekennen im Sinne der Anklage und sich zugleich zu weigern, sich einem solchen voreingenommenen Gericht zu stellen, das den Anderen daran misst, ob er sich den Maßstäben des Verhörenden unterworfen, sprich »westernisiert« hat.

Vor dem Weltgericht, wer wusste dies besser als Hegel, gilt vor allem die Macht, gegründet auf einer wirkungsmächtigen Idee. Die Frage ist, ob die VR China neben ihrer unübersehbaren Macht auch auf einer solchen Idee beruht. Man könnte natürlich annehmen, dass China wie die Sowjetunion nur auf sehr begrenzte Zeit (aber im Falle der Sowjetunion immerhin über 70 Jahre) eine beträchtliche Macht zu entfalten vermag und am Ende unvermeidlich dem westlichen Weg folgen muss, um nicht unterzugehen. Dies wird mit jedem vergehenden Jahrzehnt aber immer unglaubwürdiger. Es gibt einerseits Positionen wie die von David Shambaugh: »Ich glaube, das Endspiel der kommunistischen Herrschaft in China hat begonnen, und es ist weiter fortgeschritten, als viele denken.« (Shambaugh 2015) Andererseits aber heißt es: »Die beharrliche Suche Chinas nach Alternativen und Varianten zur westlichen Moderne trotz dominanten westlich

orientierten Konzepten von Modernität und Modernisierung.« (Mühlhahn 2022: 13) Selbst eine zeitlich begrenzte Wirkung eines Gesellschaftssystems muss, wenn es welthistorische Folgen hat, in seinen Stärken ernst genommen werden.

Was aber, wenn man noch weiter geht: Welche Fragen müsste man an den Analysegegenstand China richten, wenn man davon ausgehen würde, dass der Westen wie China gegenwärtig gleichwirksam und gleichwertig sind? Dies hieße nicht, dass ihre Wirksamkeit in jedem der Felder gleich stark sei und die von ihnen vertretenen Werte in jeder der Beziehungen eine gleiche Ausstrahlung habe, sondern nur, dass ihr jeweilige Stärken wie Schwächen eigen sind, die in ihrer Resultante ein ähnliches Maß von Wirkungsmacht und Ausstrahlung erzeugen. Wenn das stimmt, dann sollte die vom Westen ausgerufene Systemrivalität auf Augenhöhe auch sozialwissenschaftlich wie ideologisch und nicht nur technologisch, ökonomisch und politisch sehr ernst genommen werden.

Die allererste Grundvoraussetzung für jedes sinnvolle Verhältnis zu China ist es, anzuerkennen, dass die Führung der Volksrepublik Werte vertritt, die Berührungspunkte mit Werten haben, die auch in vielen anderen Gesellschaften, darunter westlichen, geteilt werden. Die normativen Differenzen dürfen nicht verabsolutiert und sollten auch nicht zu Gut und Böse aufgeladen werden. Es sind Differenzen im gemeinsamen Spektrum von Zivilisationen. Alle großen Zivilisationen verkörpern bestimmte gemeinsame humanistische Werte in jeweils besonderer Ausprägung. Die Politik der chinesischen Führung ist wertebasiert. Die Interessen werden ausgehend von diesen Werten interpretiert. Es gehört zu den verhängnisvollen Annahmen im Westen, dass der Wertediskurs in China nur eine Fassade rüder Machtpolitik sei. Ich werde deshalb im Weiteren die Dokumente der KPCh als Ausdruck einer wertebasierten Ideologie im Sinne eines kollektiv organisierten Bewusstseins ernst nehmen.

In dem Buch »Sozialismus neu verstehen« wurde versucht, Sozialismus als spezifische solidarische Vermittlungsform der Widersprüche komplexer Gesellschaften zu verstehen. Es wurde behauptet, dass eine solche Vermittlung zwei normative Aus-

gangspunkte hat – den der Individuen und den des gemeinschaftlichen Gesellschaftskörpers. Dies wurde hingeführt zu der These von den zwei Formeln des Sozialismus, zu den zwei Eigentümern, der Vielfalt der Besitzformen und Regulationsweisen sowie zu Demokratie als Ausdruck einerseits des Willens der vielen Einzelnen und andererseits des gemeinschaftlichen Willens aller (vgl. hierzu Brie 2022: 113ff.). Historisch hat der Liberalismus vor allem die Seite der Individuen stark gemacht, während der Kommunismus die des Gemeinschaftlichen in modernen Gesellschaften betonte. China verkörpert ausgehend von einer solchen Sicht auf moderne Gesellschaften einen Entwicklungsweg, der unter dem Primat des Kommunistischen starke liberale Elemente (und dies nicht nur in der Wirtschaft) integriert. Meines Erachtens erlaubt es eine solche Perspektive, die neu erklärte Systemrivalität des Westens mit China konzeptionell ernst zu nehmen und nicht auf einen bloßen Kampfbegriff zu reduzieren, China gemeinsam mit anderen relativ erfolgreichen Gesellschaften auf Augenhöhe zu vergleichen, aber auch zu zeigen, dass alle Gesellschaften vor der Notwendigkeit einer großen Transformation im globalen Maßstab stehen und zu dieser beitragen müssen: die einen mit einer stärker liberalen, die anderen mit einer stärker kommunistisch geprägten Orientierung.

Im Weiteren werde ich den in »Sozialismus neu entdecken« entwickelten methodologischen Ansatz auf China beziehen. Dabei folge ich dem Rat von Jan Turowski: »Gleichwohl wird Sozialismus in China und insbesondere auch in der Kommunistischen Partei weniger als Zustand, sondern eher als strategisch zielgerichteter Entwicklungsprozess verstanden und diskutiert. Angesichts der Vielzahl von sozial-ökonomischen Herausforderungen und Zwängen der alltäglichen Politikgestaltung und -implementierung ist die chinesische Sozialismusdebatte im Grunde eine Hintergrundmelodie, die den praktischen Politikbetrieb mal lauter, meist leise und kaum wahrnehmbar begleitet. Es ist eine theoretische Debatte, die im ständigen Wechselspiel mit den realpraktischen Entwicklungen, Interessenkonflikten und Policy-Erfordernissen steht, sich entsprechend verändert,



experimentiert, sich anpasst und dennoch den Politikprozess richtungsweisend und langfristig strukturiert. Nicht zuletzt hat sie eine normative, gleichwohl abstrakte Zielvorgabe und einen komplexen Katalog von Begriffen und historischen Referenzen bereitgestellt. Im Westen hingegen ist die Debatte, ob China sozialistisch ist oder nicht, oft eher unproduktiv auf den Zustand ausgerichtet, der sodann in binäre Kategorien einsortiert gehört: Sozialismus oder nicht?« (Turowski 2021b: 7)

## Kapitel 2

### Deng Xiaopings Schlaflosigkeit und der Chinesische Traum

Am 28. Januar 1979 begann der damalige stellvertretende Ministerpräsident Chinas, Deng Xiaoping, einen neuntägigen Staatsbesuch in den USA. Es war die erste offizielle Reise eines hochrangigen Politikers der VR China in die Vereinigten Staaten. Es wurden umfassende Abkommen abgeschlossen, von denen sich China Unterstützung bei der Modernisierung des Landes versprach. Es wird berichtet, Deng Xiaoping habe danach erzählt, »dass er mehrere Nächte nicht schlafen konnte, weil ihn die Frage nicht losließ, wie China einen solchen Entwicklungsstand erreichen könnte« wie die USA (Mühlhahn 2022: 546). Jahre zuvor hatte er von 1969 bis 1973, verbannt aus Beijing, bei der Arbeit in einer Traktorenfabrik, die Armut nach Jahrzehnten sozialistischer Entwicklung direkt erleben müssen (Brown 2018: 10). Von einem anderen führenden Kopf der Reformgruppe nach Maos Tod, von Chen Yun, stammt aus der gleichen Zeit die bittere Aussage: »Dreißig Jahre nach unserem revolutionären Sieg gibt es immer noch Bettler. Wir müssen die Lebensbedingungen verbessern. [...] Ein solcher Wachstumspfad kann nicht fortgesetzt werden.« (Zitiert in Mühlhahn 2022: 540) Wie das ZK der KPCh 1981 feststellte: »Die Geschichte der ›Kulturrevolution‹ hat bewiesen, dass die Hauptthesen des Genossen Mao Zedong zur Einleitung dieser Revolution weder dem Marxismus und Leninismus noch der chinesischen Realität entsprachen. Sie stellen eine völlig falsche Einschätzung der herrschenden Klassenverhältnisse und der politischen Situation in Partei und Staat dar.« (CPC Central Committee 1981, These 20) Diese Fehler haben zur größten Hungerkatastrophe des 20. Jahrhunderts geführt, Millionen Menschen wurden verfolgt, das Land wurde immer wieder zurückgeworfen und geriet an den Rand eines neuen Bürgerkrieges. Zugleich aber betonte das Zentralkomitee: »Sozialismus und Sozialismus allein kann China retten.« (CPC Central Committee 1981, These

33) So fest Deng Xiaoping an der Führung durch die KPCh festhielt, so sehr hielt er auch unter den düstersten Bedingungen an der Notwendigkeit von Reform und Öffnung fest. Beides gehörte für ihn zusammen. Zwanzig Tage (!) nach der endgültigen Auflösung der Sowjetunion begab er sich im Januar 1992 auf seine berühmte Reise nach Süden, um den Wirtschaftsreformen, die seit 1989 stagnierten, neuen Schub zu verleihen.

Die Führung der KPCh nach Mao Zedong war sich bewusst, dass sie sich mit der Politik von Reform und Öffnung in unbekannte Gewässer hinauswagte, wie Deng Xiaoping 1987 betonte: »Es handelt sich [...] um ein völlig neues Unterfangen, das weder von Marx noch von unseren Vorgängern je erwähnt wurde und auch von keinem anderen sozialistischen Land je in Angriff genommen wurde. Es gibt also keine Präzedenzfälle, von denen wir lernen könnten. Wir können nur aus der Praxis lernen, indem wir uns nach und nach vorantasten. Wir versuchen, China in ein modernes sozialistisches Land zu verwandeln. Wirtschaftlich wollen wir das Niveau der Länder mittlerer Entwicklung erreichen. Es wird noch 50 bis 60 Jahre dauern, also etwa 100 Jahre seit der Gründung der Volksrepublik, bis wir das erreicht haben. Wir werden an den Traditionen der Partei aus der besten Zeit der letzten Jahrzehnte festhalten – harte Arbeit und umsichtiges Handeln.« (Deng Xiaoping 1994)

Der 1978 eingeleiteten Politik von Reform und Öffnung der neuen Führung unter Deng Xiaoping lag ein doppelter Bezug auf Sozialismus zugrunde. Zum einen sahen sie in der Orientierung am Marxismus und Sozialismus den Grund, warum es der KPCh gelungen war, sich im Bürgerkrieg durchzusetzen und China unter kommunistischer Führung zu vereinigen. Gleichzeitig war diese Führung damit konfrontiert, dass das Versprechen auf ein besseres Leben des Volkes und auf den Wiederaufstieg Chinas zu einer führenden Kraft in der Welt nicht eingelöst worden war. Noch einmal Deng Xiaoping: »Was ist Sozialismus und was ist Marxismus? Darüber waren wir uns in der Vergangenheit nicht ganz im Klaren. Der Marxismus misst der Entwicklung der Produktivkräfte größte Bedeutung bei. Wir haben gesagt, dass der Sozialismus die erste Stufe des Kommunismus ist

und dass in der fortgeschrittenen Stufe das Prinzip ›Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen‹ gelten wird. Dies erfordert hoch entwickelte Produktivkräfte und einen überwältigenden Reichtum an materiellen Gütern. Die grundlegende Aufgabe für die sozialistische Etappe ist daher die Entwicklung der Produktivkräfte. Die Überlegenheit des sozialistischen Systems zeigt sich letztlich darin, dass sich diese Kräfte schneller und stärker entwickeln als im kapitalistischen System. In dem Maße, in dem sie sich entwickeln, wird sich das materielle und kulturelle Leben des Volkes ständig verbessern. Einer unserer Fehler nach der Gründung der Volksrepublik war, dass wir der Entwicklung der Produktivkräfte nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt haben. Sozialismus bedeutet die Beseitigung der Armut. Pauperismus ist kein Sozialismus, noch weniger Kommunismus.« (Deng Xiaoping 1984)

Jede Regierung Chinas steht seit den »ungleichen Verträgen«, die nach vernichtenden Niederlagen im ersten Opiumkrieg von 1842 mit Großbritannien und anderen westlichen Staaten sowie später auch mit Japan abgeschlossen werden mussten, vor der Frage, wie es möglich ist, das Land als großen Zivilisationsstaat auf Augenhöhe mit anderen großen Zivilisationen, vor allem den westlichen Mächten, wieder herzustellen. Der Blick auf die eigene Geschichte, nach Japan, Westeuropa, die USA oder auf die Sowjetunion bzw. Indien war immer davon geprägt, was für dieses eine Ziel nutzbar ist. Die Institutionen, die zu übernehmen chinesische Eliten bereit waren, sollten vor allem dem Zweck dienen, die koloniale oder neokoloniale Abhängigkeit zu überwinden und den Wiederaufstieg Chinas möglich zu machen und auf dieser Basis den Chinesinnen und Chinesen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Dies galt auch für die Einleitungen der Reformen im Jahre 1978.

Die radikale Reformwende war nur möglich gewesen, weil es die neue Führung der KPCh vermochte, radikal mit der maoistischen Kulturrevolution zu brechen und zugleich die Legitimität der Partei wieder herzustellen. Der Umgang mit den Verbrechen während der »Kulturrevolution« stand unter der Prämisse, eine neue Politik zu beginnen, die zugleich die Geschichte der

Volksrepublik nicht als Ganze delegitimiert. Über 600 Tsd. Funktionäre waren allein 1979 mit der Aufgabe befasst, das Unrecht aufzuarbeiten und konkrete Lösungen für die Betroffenen (eine zweistellige Millionenzahl) zu finden. In einer Studie kommt Daniel Leese zu dem Schluss: »Sowohl organisatorisch als auch ökonomisch investierte die Partei enorme Ressourcen, um individuell erlittenes Unrecht auszugleichen, Täter zu identifizieren und Objekte zu restituieren, deren Enteignung nunmehr als unrechtmäßig betrachtet wurde.« (Leese 2020: 482) Zugleich ging es darum, dies als Wiederherstellung der sozialistischen Orientierung Chinas darzustellen. So wurde an Zhou Enlai als Symbol der Reformorientierung wie auch an Mao Zedong als Inkarnation des sozialistischen Weges festgehalten. Eine Wandzeitung der Qinghua-Universität brachte es so auf den Punkt: »Wendet man sich gegen Zhou [Enlai], wird das Volk revoltieren. Wendet man sich gegen Mao [Zedong], wird das Land ins Chaos stürzen.« Deng Xiaoping kommentierte dies im Dezember 1978 mit den Worten: »Das Niveau dieser Zeilen ist sehr hoch.« (Zitiert in Leese 2020: 281; zur Geschichte der Kulturrevolution siehe unter anderem MacFarquhar/Schoenhals 2006)

Die bittereren und enttäuschenden Erfahrungen erst des »Großen Sprungs« und dann der »Kulturrevolution« hatten in der Bevölkerung das Vertrauen in die Institutionen der Volksrepublik grundlegend erschüttert. Es gab eine ausgeprägte Bereitschaft, sich möglichst auf die eigene Kraft zu verlassen – auf die Kraft der Familien, auf jene Potenziale, die in den Dörfern, Gemeinden und Städten selbst vorhanden waren. Wie Hermann-Pillath in den frühen 1990er-Jahren schrieb: »Paradoxerweise schuf die maoistische Politik maßgeblich gesellschaftliche Voraussetzungen für eine rasche Wiedergeburt der Marktwirtschaft: die Menschen hatten das Vertrauen in den Schutz durch den Staat verloren und mussten die Selbsthilfe als einzig verlässliche Lebensgrundlage betrachten (Akzeptanz des Subsidiaritätsprinzips), die ›Minimalmoral des Marktes‹ erschien einer Mehrheit als die einzig noch konsensfähige Wertoption [...] (Akzeptanz von Unternehmertum und Einkommensunterschieden), gleichzeitig hatte der maoistische Radikalismus die Entstehung eines impliziten ge-

sellschaftlichen Konsenses zur Folge, dass die Vermeidung neuer Verwerfungen durch Eigenkontrolle des individuellen Verhaltens zu erreichen sei (Selbstbindung an die gesellschaftliche Ordnung) [...].« (Herrmann-Pillath 1994: 396)

Den Grundkonsens der Führung der KPCh, der in dieser Zeit entstand, kann man auf drei Punkte bringen: (1) Das Ziel der Partei ist es, die Wiederauferstehung Chinas als großer Zivilisation auf Augenhöhe mit anderen großen Zivilisationen zu erreichen. Dabei sind die USA die Vergleichsgröße. (2) Der gewählte Weg ist der des Sozialismus chinesischer Prägung, der Reform und Öffnung mit politischer Stabilität verbindet. (3) Das wichtigste Mittel auf diesem Weg, um das genannte Ziel zu erreichen, ist die Führung durch die KPCh.

Gerade weil die Führungsgruppen Chinas ein gemeinsames Ziel hatten, waren sie bereit, mit sehr verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Modellen zu experimentieren, sofern sie davon überzeugt waren, dass diese dem Zweck des Wiederaufstiegs dienlich sein könnten und die Macht der KPCh nicht untergraben. Sie bewiesen dabei einen großen Mut. Der Weg der KPCh ist bisher geradezu von atemberaubender Innovationskraft geprägt (Quah 2015). Dies schließt zugleich aber auch ein, dass sich eine Reihe der Innovationen als Sackgassen erwiesen. Mehr als andere Staaten mit einem politischen System, dessen Ursprünge leninistisch inspiriert waren, hat sich China als fähig erwiesen, den Erhalt einer kommunistischen Einparteienherrschaft mit hoher Flexibilität und Anpassung zu verbinden. Eine der Ursachen dürfte im Konstituierungsprozess des chinesischen Kommunismus selbst liegen, der durch einen mehr als zwanzigjährigen Prozess immer neuen Experimentierens geprägt war (Anderson 2010; Heilmann 2011). Für sie war der Sozialismus nicht in Stein gemeißelt, sondern im Fluss ständiger, oft unerwarteter Veränderungen. Zielkonstanz, Sicherung der Führungsfähigkeit der KPCh als entscheidendem Mittel und eine große Bereitschaft zur Variabilität der Mittel und Wege bilden in den Augen der Führung Chinas eine Einheit, die immer wieder neu hergestellt werden muss.

Kurz nach seiner Wahl zum Generalsekretär des ZK der KPCh führte Xi Jinping bei einer Rede im November 2012 den Begriff

vom Chinesischen Traum in die offizielle Sprache Chinas ein. Nach Jahrzehnten beispiellosen, teilweise auch rücksichtslosen Wachstums und des Aufstiegs zu einer globalen Großmacht war das Bedürfnis nach einem Narrativ entstanden, das die Entwicklung des Staates mit den Hoffnungen der Familien und der Einzelnen in China verband. Dem amerikanischen Traum vom Aufstieg des Einzelnen in einer Konkurrenz- und Verdrängungsgesellschaft wurde die chinesische Vision vom gemeinsamen Aufstieg aller gegenübergestellt. Wie es in einem Leitartikel vom März 2013, autorisiert durch die Zentrale Parteihochschule, hieß: »Der Sozialismus mit chinesischen Merkmalen ist das Vorhaben von Hunderten von Millionen von Menschen selbst, der Chinesische Traum ist letztlich der Traum des Volkes. Der Chinesische Traum stützt sich auf das Volk, der Chinesische Traum dient dem Volk, das Volk ist das Subjekt des Chinesischen Traums. Der Sozialismus sorgt dafür, dass alle gemeinsam die Chance auf ein großartiges menschliches Leben haben, dass alle gemeinsam die Chance haben, Träume Wirklichkeit werden zu lassen, und dass alle gemeinsam die Chance haben, gemeinsam mit dem Mutterland und der Zeit zu wachsen und voranzukommen. Wenn es dem Land und der Nation gut geht, dann nur, weil es allen gut geht.« (Central Party School of the Communist Party of China 2013) Konkret wurde das doppelte Ziel formuliert, bis 2021, zum 100. Jahrestag der Gründung der KPCh, die Errichtung einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand abzuschließen und bis zum 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik, 2049, den Aufstieg zu einer harmonischen Gesellschaft mit umfassenden Entwicklungsmöglichkeiten für alle erreicht zu haben.

## Kapitel 3

### Sozialismus oder Staatskapitalismus?

#### Der Suchprozess der KPCh seit den 1950er-Jahren

Ivan Krastev und Stephen Holmes bringen die unterschiedliche Sicht der letzten sowjetischen Führung und der chinesischen Führung der späten 1970er Jahre so auf den Punkt: »In den Augen Gorbatschows war der Kommunismus gescheitert, weil es nicht gelungen war, mit seiner Hilfe eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. In den Augen der chinesischen Führung war der Kommunismus erfolgreich, weil es der Kommunistischen Partei – gegen erhebliche Widerstände – gelungen war, den chinesischen Staat wie auch die chinesische Gesellschaft zu einen.« (Krastev/Holmes 2019: 285) Die chinesische kommunistische Führung gab – ähnlich wie Lenin, Bucharin oder Trotzki in der existenziellen Krise der Sowjetmacht 1921 – in den späten 1970er oder 1980er-Jahren nicht das leninistische politische System auf, sondern die Fixierung auf ein weitgehend naturalwirtschaftlich organisiertes System der stofflichen Planung und direkter Produktionsvorgaben für die Betriebe. Dies kann auch als bewusste Rückkehr zu jener Politik gewählt werden, die Lenin und Trotzki wählten und die in befreiten Gebieten von der KPCh während des chinesischen Bürgerkriegs verfolgt worden war – eine Politik mit allen Formen, die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Erfolg versprachen, solange dabei die Führung durch die Kommunistische Partei nicht infrage gestellt wird. Will man »Sozialismus mit chinesischen Eigenschaften« auf eine Formel bringen, dann lautet sie:

*Sozialismus chinesischer Prägung = Führung durch die KPCh  
plus Wiederaufstieg Chinas  
mit allen dazu erforderlichen Mitteln.*

Die Reform- und Öffnungspolitik hatte in China Vorläufer nicht nur in der Zeit des Bürgerkriegs, sondern ging auch auf wiederkehrende Diskussionen späterer Jahrzehnte zurück, in denen Alternativen zum sowjetischen Wirtschaftssystem gesucht worden



waren: »Im Mai 1957 präzisierte Liu Shaoqi die Idee, dass der sozialistische Wirtschaftsplan vielfältiger und flexibler sein sollte als eine kapitalistische Wirtschaft. Mit einer rein mechanischen Planung wäre der Sozialismus nicht überlegen. Er war der Meinung, dass China dafür sorgen müsse, dass die Vielfalt und Flexibilität der sozialistischen Wirtschaft zum Wohle des Volkes die kapitalistische Wirtschaft übertreffen. [...] 1958 legte Mao Zedong ein neues Konzept der sozialistischen Warenproduktion vor. Er stellte fest, dass China in der Rohstoffproduktion unterentwickelt war und hinter Indien und Brasilien zurücklag. Er sah in der Warenproduktion, dem Warenaustausch und der Wertordnung ein nützliches Instrument im Dienste des Sozialismus. Die Warenproduktion wird oft mit dem Kapitalismus verwechselt und gefürchtet. Mao sagte: »Habt keine Angst. Die Warenproduktion hängt von ihrer Verbindung mit einem Wirtschaftssystem ab. Wenn sie mit dem kapitalistischen System verbunden ist, ist sie kapitalistische Warenproduktion; wenn sie mit dem sozialistischen System verbunden ist, ist sie sozialistische Warenproduktion.« (Hu Angang et al. 2017: 97, 98) Grundelemente einer neuen Strategie wurden ausgehend vom Scheitern des Großen Sprungs 1963 formuliert, als Zhou Enlai die Ausrichtung auf »vier Modernisierungen« (Landwirtschaft, Industrie, Verteidigung, Wissenschaft und Technik) vorschlug (CPC Central Committee 1981: 13). Auch die Versuche, Großkonzerne unter parteistaatlicher Kontrolle zu schaffen, die eine hohe Autonomie haben, geht auf diese Zeit zurück (Li Chen 2021: 229). Selbst Deng Xiaopings berühmte Katzenmetapher hat 1962 ihren Ursprung.<sup>1</sup> Wissen muss man auch, dass Chinas Wirtschaftssystem niemals derart zentralisiert war wie das der Sowjetunion, sondern im hohen Maße dezentral auf der Ebene der Provinzen und unterhalb dieser organisiert wurde. Es kann deshalb als Beispiel einer »dezentralen Befehlswirtschaft« (Herrmann-Pillath 1994:

---

<sup>1</sup> »Am 7.7.1962 sagte Deng zu den Delegierten eines Kongresses des chinesischen Kommunistischen Jugendverbandes: »Genosse Liu Bocheng hat oft eine Redewendung aus [der Provinz] Sichuan benutzt: »Ob die Katze nun gelb oder schwarz ist, wenn sie nur Mäuse fängt, dann ist sie eine gute Katze.« (Senger 2008: 71)

397) bezeichnet werden. Diese Dezentralisierung ermöglicht es bis heute, Chinas Kommunen und Regionen als Labore für Experimente zu nutzen, bei denen neue Ansätze auf ökonomischem, politischem, sozialem oder kulturellem Gebiet entwickelt und umgesetzt werden. Ausgehend von den dabei gewonnenen Erfahrungen können dann Entscheidungen über ihre Ausdehnung und Verallgemeinerung oder aber auch über ihren Abbruch gefällt werden. China ist in dieser Hinsicht ein großer Raum des Erkundens und reflektierten Lernens. Das Erfolgskriterium ist immer doppelt definiert: Werden praktische Ergebnisse erreicht und stärkt dies die Hegemonie der KPCh?

### **Die Doppelstrategie der KPCh**

Die Doppelstrategie der KPCh nach 1978, einerseits entscheiden eine Politik der Reform und Öffnung voranzutreiben, dabei markt- und kapitalwirtschaftliche Instrumente zu nutzen, und zugleich konsequent an den Grundpfeilern des politischen Systems, an den »vier Grundprinzipien« des sozialistischen Weges, der Diktatur des Proletariats, der Führung der Kommunistischen Partei und schließlich des Marxismus-Leninismus und der Lehren von Mao Zedong festzuhalten und keine Schwächung der Vormacht der KPCh zuzulassen, kann sich auf Lenins Wende von 1921 berufen. Lenin hatte ähnlich stets beides im Blick – Reformen und Sicherung der politischen Macht der Bolschewiki (siehe zum strategischen Lernprozess bei Lenin nach 1920 Brie 2017: 86–136). Doch während der Reformprozess in Sowjetrußland 1927/29 an den Machtkämpfen innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei Rußlands scheiterte und zugunsten einer jähren neuen kriegskommunistischen Wende aufgegeben wurde (was als Sozialistische Industrialisierung und Kollektivierung in die offizielle Geschichte einging), war die Führung der KPCh bisher in der Lage, in jeder Krise die Reformen fortzusetzen.

Der Geist des gewählten Herangehens an die Wirtschaftsreformen, eine stabile und kompetente Führung durch die KPCh vorausgesetzt, fasste Deng Xiaoping auf seiner Reise in den Süden Anfang 1992 so zusammen: »Das Verhältnis von Planung und Marktkräften ist nicht der wesentliche Unterschied zwischen

Sozialismus und Kapitalismus. Eine Planwirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit Sozialismus, weil es auch im Kapitalismus Planung gibt; eine Marktwirtschaft ist nicht Kapitalismus, weil es auch im Sozialismus Märkte gibt. Sowohl die Planung als auch die Marktkräfte sind Mittel zur Steuerung der Wirtschaftstätigkeit. Das Wesen des Sozialismus besteht in der Befreiung und Entwicklung der Produktivkräfte, der Beseitigung von Ausbeutung und Polarisierung und der letztendlichen Erreichung von Wohlstand für alle. Dieses Konzept muss den Menschen klar gemacht werden. Sind Wertpapiere und der Aktienmarkt gut oder schlecht? Bringen sie irgendwelche Gefahren mit sich? Sind sie eine Besonderheit des Kapitalismus? Kann sich der Sozialismus ihrer bedienen? Wir erlauben den Menschen, sich ihr Urteil vorzubehalten, aber wir müssen diese Dinge ausprobieren. Wenn sie sich nach ein oder zwei Jahren der Erprobung als praktikabel erweisen, können wir sie ausweiten. Andernfalls können wir sie stoppen und uns damit abfinden. Wir können sie auf einmal oder schrittweise, ganz oder teilweise abschaffen. Wovor sollte man Angst haben? Solange wir diese Einstellung beibehalten, wird alles in Ordnung sein, und wir werden keine großen Fehler machen. Kurz gesagt, wenn wir wollen, dass der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen ist, sollten wir nicht zögern, uns auf die Errungenschaften aller Kulturen zu stützen und von anderen Ländern, einschließlich der entwickelten kapitalistischen Länder, alle fortgeschrittenen Betriebsmethoden und Managementtechniken zu lernen, die den Gesetzen der modernen sozialisierten Produktion entsprechen.« (Deng Xiaoping 1992)

In einem Artikel, der der Frage gewidmet ist, ob China kapitalistisch ist oder nicht, schreibt Michael Roberts: »China ist nicht kapitalistisch. Der Kapitalismus wird von der Warenproduktion zur Erzielung von Profit bestimmt, die auf spontanen Marktbeziehungen beruht. Die Profitrate bestimmt die Investitionszyklen und führt zu periodischen Wirtschaftskrisen. Dies ist in China nicht der Fall. In China sind das öffentliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die staatliche Planung nach wie vor vorherrschend, und die Machtbasis der Kommunistischen Partei ist im öffentlichen Eigentum verwurzelt.« (Roberts 2017) Beat

Schneider verweist mit Blick auf China auf die Kultur des »Sowohl-als-auch« der Verbindung der Gegensätze (Schneider 2022: 43–45). Mit Blick auf die »Systemfrage« stellt er fest: »Wenn [...] in einem sozialistischen Staat wie der VRCh in den 1970er Jahren Marktelemente eingeführt werden und neben dem staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektor auch private Unternehmen zugelassen werden, bei denen die Mehrwertabschöpfung privatisiert und der Mehrwert teilweise ins Ausland abgeführt wird, so wird das ›Ganze‹ keineswegs ein kapitalistisches System, solange das politische Primat über die Ökonomie bestehen bleibt und dieses von der kommunistischen Partei für die Realisierung einer sozialistischen Transformation eingesetzt wird. Das ist im heutigen China offensichtlich der Fall. Aus systemischer Logik ist die VRCh deshalb kein kapitalistisches Land, auch kein staatskapitalistisches, denn letzteres wäre nach wie vor ein kapitalistisches ›Ganzes‹. Der Begriff des Staatskapitalismus ist eine *Contradictio in Adiecto*, ein Widerspruch in sich. Aus derselben systemischen Logik gibt es auch kein ›hybrides System‹, welches gleichzeitig kapitalistisch und sozialistisch ist.« (Schneider 2022: 221)

Elias Jabbour, Alexis Dantas, Alexis und Carlos Espíndola versuchen, das chinesische System als »Neue Sozialökonomische Formation« zu verstehen, die der frühen Phase des Sozialismus entspräche. Für sie steht die Frage im Zentrum, »welche Klasse und/oder politische Kraft die Kontrolle über objektiv strategische Faktoren hat, sei es politisch (die politische Kraft, die die soziale Klasse vertritt, die die Kontrolle über die Staatsmacht ausübt) oder wirtschaftlich«. Es ginge darum, wer die wirkliche Kontrolle »sowohl über die grundlegenden Instrumente des Akkumulationsprozesses – Zins, Wechselkurs und staatliches Finanzsystem – als auch bei der Förderung der Verlagerung und Konzentration des Produktionssektors selbst in Schlüsselindustrien und der Ermöglichung von Wachstum und Entwicklung durch die Erzeugung von industriellen Ketteneffekten auf andere Produktionsweisen« (Jabbour et al. 2021: 25) ausübe. Darauf aber könne es nur eine Antwort geben: »Die sozialistische Grundlage des chinesischen Wirtschaftssystems ist die unbedingte Vorherrschaft der Kommunistischen Partei Chinas. Im Einklang mit der

marxistisch-leninistischen Tradition lenkt die Partei das Recht. Verordnungen, Gesetze und Verwaltungsentscheidungen werden im Einklang mit der aktuellen Parteipolitik angewandt. So wie jeder Schlüsselposition in der Regierung eine Position in der Partei entspricht, so entspricht die Parteihierarchie auch der Unternehmensführung in Banken, staatlichen Unternehmen, börsennotierten nichtstaatlichen Unternehmen, hybriden Unternehmen, Joint Ventures und ausreichend großen Privatunternehmen. Die Partezellen in den Unternehmen stellen parallele interne Rechenschaftssysteme zu den von den Unternehmen selbst eingerichteten Systemen dar, die den Parteisekretär und den Parteivorstand eines Unternehmens auf dem Laufenden halten und in der Lage sind, dem Vorstandsvorsitzenden und dem Aufsichtsrat rechtzeitig Ratschläge zu erteilen.« (Jabbour et al. 2021: 25) Es gebe in China verschiedene Produktionsweisen, die koexistieren, beginnend bei naturalwirtschaftlichen, subsistenzwirtschaftlichen Formen, die kleine Warenproduktion, den privatwirtschaftlichen Kapitalismus, Staatskapitalismus und sozialistische Formen unter direkter Kontrolle des Parteistaats (Jabbour et al. 2021: 26–28).

Die von Jabbour et al. ausgemachte Neue Sozialökonomische Formation ist in ihren Augen durch die Verbindung von fünf operativen Logiken gekennzeichnet: »(1) die verschiedenen Produktionsweisen sind nicht auf eine Koexistenz beschränkt, sondern koexistieren in der ›dialektischen Einheit der Gegensätze‹; (2) das Wertgesetz ist kein einfacher Aspekt, der im ›Marktsozialismus‹ zu überwinden ist, auch wenn er zum Beginn des historischen Prozesses des Aufbaus des Sozialismus gehört; (3) die Existenz von zwei Sektoren, dem staatlichen und dem privaten, erfordert eine kontinuierliche Reorganisation der Aktivitäten zwischen diesen Sektoren. Diese kontinuierliche Reorganisation der Aktivitäten wird durch die zyklische Entstehung von Institutionen vermittelt, die eine kontinuierliche Reorganisation der Aktivitäten zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor der Wirtschaft abgrenzen; (4) es gibt eine Regelmäßigkeit in diesem zyklischen Prozess der Reorganisation der Aktivitäten zwischen den beiden Sektoren. Das Wachstum des privaten Sektors erfolgt nicht auf Kosten einer Abnahme der Rolle des Staates. Es findet

eine konkrete, strategische Umgestaltung des Staates statt, wobei der Staat seine Rolle in qualitativer Hinsicht aufwertet; und (5) die Planung hat ihre Berechtigung als wesentliche Funktionslogik im »Marktsozialismus.« (Jabbour et al. 2021: 32)

Es ist die KPCh, die das Wirken dieser unterschiedlichen operativen Logiken kontrolliert und steuert. Dazu aber musste im Maße der Wirtschaftsreformen das Selbstbewusstsein gewonnen werden, dass Privateigentum nicht zwangsläufig eine Schwächung des Sozialismus bedeutet: »Der nicht-öffentliche Sektor der Selbstständigen, des Privateigentums und anderer Formen des Eigentums ist ein wichtiger Bestandteil der sozialistischen Marktwirtschaft. Er spielt eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Initiative aller Teile der Gesellschaft zur Beschleunigung der Entwicklung der Produktivkräfte.« (Jiang Zemin 2002) Programmatisch wurde die Rolle des Marktes im letzten Jahrzehnt aufgewertet. Auf einem Plenum des ZK der KPCh im Jahr 2013 wurde nicht mehr von der »grundlegenden«, sondern von der »entscheidenden« Rolle der Märkte gesprochen, 2017 ging dies in die offizielle Lehre der Partei ein (Dolack 2022).

Wenn die KPCh über »ein weiterhin intaktes Herrschaftsmopol« verfügt und »die Kontrolle über den zunehmend marktwirtschaftlich gestalteten Wirtschaftsablauf« (Cho 2005: 11) behält, hängt es von der Wirkungsweise dieser Partei und ihrer Fähigkeit ab, sich dauerhaft zu behaupten, ob die Transformation seit 1978 wirklich als »langer Marsch in den Kapitalismus« bezeichnet werden kann, wie Hyekyung Cho im Titel ihres Buches unterstellt, oder doch eher ein Marsch über den Kapitalismus hinaus wird. Mit Recht macht sie darauf aufmerksam, dass die marktwirtschaftlichen Reformen »mit chinesischen Merkmalen« nicht etwa die wirtschaftsleitende Funktion des Zentralstaats geschwächt, sondern im Gegenteil deutlich gestärkt haben (Cho 2005: 22f.; siehe auch Adolphi 2010). Es kommt also auf die den Staat kontrollierende Partei an. Während oft die KPCh als Hindernis realer Fortschritte gesehen wird, betonen chinesische Autoren umgekehrt, dass diese Partei Chinas »größter politischer Vorteil« sei (Hu Angang et al. 2021: 9). In den Augen vieler Beobachter hat der chinesische Parteistaat eine beträchtliche

Fähigkeit entwickelt, die Zukunftsfragen des eigenen Landes ins Zentrum der Politik zu stellen, langfristige Planungen vorzunehmen und diese auf den verschiedenen Ebenen mit beeindruckendem Erfolg zu realisieren. Dies gilt nicht nur für die technologische und ökonomische Entwicklung, sondern auch in Bereichen von Ökologie, Wissenschaft, Stadtentwicklung oder im Zusammenhang mit der Neuen Seidenstraße. Wer China verstehen will und seine Zukunft, muss deshalb die KPCh verstehen. Von ihr vor allem hängt es ab, ob China einen sozialistischen Weg geht oder nicht. Wie ein Damoklesschwert hängen über der KPCh einerseits die Erfahrung der Dynastien Chinas, die an Korruption und Zerfall staatlicher Macht zerbrachen, und andererseits die Wende größerer Teile der KPdSU hin zur Auflösung des leninistischen Systems.

### **Modernisierung chinesischer Prägung im neuen Zeitalter**

Als Xi Jinping 2012 neuer Generalsekretär des ZK der KPCh wurde, sah er das Land an einer Wegscheide. Die Erfolge der Politik von Reform und Öffnung hatten Kräfte entfaltet, die der Kontrolle der Partei zu entgleiten drohten. Xis Rede auf dem 20. Parteitag, zehn Jahre später, rufen dies noch einmal ins Gedächtnis: »Innerhalb der Partei gab es viele Probleme bei der Aufrechterhaltung der Parteiführung, darunter ein Mangel an klarem Verständnis und wirksamen Maßnahmen sowie ein Abgleiten zu einer schwachen, hohlen und verwässerten Parteiführung in der Praxis. Einige Parteimitglieder und Funktionäre schwankten in ihrer politischen Überzeugung. Trotz wiederholter Warnungen hielten sinnlose Formalitäten, Bürokratismus, Hedonismus und Extravaganz in einigen Orten und Abteilungen an. Das Streben nach Privilegien stellte ein ernstes Problem dar, und es wurden einige schockierende Fälle von Korruption aufgedeckt.« (Xi Jinping 2022a: 4) Dies erinnerte an den Untergang der KPdSU oder chinesischer Dynastien im Zyklus von Aufstieg bis Verfall.

Es war unter diesen Bedingungen folgerichtig, dass der Schwerpunkt der Parteistrategie von der Wirtschaft auf die Erneuerung der Partei gelegt wurde. Durch die »Selbstreform« der Partei sollte die Gefahr gebannt werden. Dies schloss, wie im Weiteren

gezeigt wird, wirtschaftliche und soziale, auch politische Reformen nicht aus, orientierte sie aber stärker an der gleichzeitigen Sicherung der politischen Macht der KPCh. Liberale Tendenzen wurden wieder verstärkt an die parteikommunistischen Zügel gelegt. Ob dies eine dauerhafte Regression im politischen Bereich bedeutet oder nur eine stärkere Unterordnung, die auch wieder einer stärkeren Freisetzung weichen kann, bleibt offen.

Bei der Darstellung der Erfolge der letzten zehn Jahre hat Xi Jinping in der schon genannten Rede zwei Leistungen ins Zentrum gerückt. Dies sind erstens die Entwicklung einer neuen Theorie, des »Gedanken des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen für eine neue Ära«, und zweitens die Stärkung der Parteiführung. Er betonte erneut, »dass die Führung der Kommunistischen Partei Chinas das bestimmende Merkmal des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen und die größte Stärke des Systems des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen ist« (Xi Jinping 2022a: 5f.). Zum Leitmotiv des Parteitages wurde der »chinesische Weg der Modernisierung« (Xi Jinping 2022a: 6). Nicht mehr das Vortasten von Stein zu Stein, sondern das »Vordringen in unbekannte Gewässer« ist zum prägenden Bild geworden. Sehr selbstbewusst heißt es in der Rede: »Der wissenschaftliche Sozialismus strotzt im China des 21. Jahrhunderts vor neuer Vitalität. Die chinesische Modernisierung bietet der Menschheit eine neue Möglichkeit, die Modernisierung zu erreichen. Die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk haben die Menschheit mit mehr chinesischer Einsicht, besserem chinesischem Input und größerer chinesischer Stärke ausgestattet, um bei der Lösung ihrer gemeinsamen Herausforderungen zu helfen [...].« (Xi Jinping 2022a: 13)

Das Referat gibt auch eine ausführliche Definition dessen, was die gegenwärtige Führung der KPCh unter dem chinesischen Weg der Modernisierung versteht: »Die chinesische Modernisierung ist eine sozialistische Modernisierung, die unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas durchgeführt wird. Sie enthält Elemente, die den Modernisierungsprozessen aller Länder gemeinsam sind, aber sie ist noch mehr durch Merkmale gekennzeichnet, die für den chinesischen Kontext einzigartig sind. [...] Die wesentlichen Anforderungen an die chinesische



Modernisierung sind folgende: Aufrechterhaltung der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen, Verfolgung einer qualitativ hochwertigen Entwicklung, Entwicklung einer umfassenden Volksdemokratie, Bereicherung des kulturellen Lebens der Menschen, Erreichung eines gemeinsamen Wohlstands für alle, Förderung der Harmonie zwischen Mensch und Natur, Aufbau einer menschlichen Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft und Schaffung einer neuen Form des menschlichen Fortschritts.« (Xi Jinping 2022a: 18, 19; siehe auch die zusammenfassende Darstellung in National Development and Reform Commission 2022) Justin Yifu Lin, Dekan des Instituts für Nationale Entwicklung in China, verweist darauf, dass der westliche Weg der Modernisierung deshalb nicht kopiert werden könne, weil die historischen Voraussetzungen durch den früheren Aufstieg des Westens heute völlig andere seien, und deren Aufstieg mit Krieg, imperialer Ausplünderung ganzer Kontinente, sozialer Polarisierung und Umweltzerstörung einherging. Alle die, die versuchen würden, diesen Weg zu kopieren, »sind zum Scheitern verurteilt« (Lin 2023). Jan Turowski bringt es so auf den Punkt: »Die Standardisierung des westlichen Modernisierungsmodells verschwieg nämlich einerseits die Voraussetzungen seiner Herausbildung in Form kolonialer Ressourcenausbeutung und Absatzmärkten, Versklavungen und Enteignungen, die sich bis heute in wirtschaftlicher Dominanz über den globalen Süden und ungleichen Wirtschaftsbeziehungen manifestieren und ignorierte andererseits, dass die Vorreiter der Modernisierung im kapitalistischen Zentrum die Entwicklungsmöglichkeiten der Nachzügler systematisch einschränkten.« (Turowski 2023)

Mit diesem Konzept wird bewusst der Gedanke alternativer Pfade der Entwicklung moderner Gesellschaften aufgegriffen und mit der Vorstellung eines eigenen sozialistisch-chinesischen Weges für das 21. Jahrhundert verbunden. Damit ist nicht nur der Anspruch verbunden, einen Typ von Modernität zu entwickeln, der Chinas besonderen Bedingungen in einem durch den früheren Rückstand, die Erbschaft imperialer Unterdrückung und Kriege geprägten Kontext entspricht, sondern zugleich einen her-

ausragenden Beitrag zur Entwicklung der menschlichen Zivilisation insgesamt leistet. Dies bricht dezidiert mit der Vorstellung, Modernisierung und Westernisierung seien identisch und erhebt den Anspruch einer gewissen Vorbildfunktion auch für andere Länder und Regionen zu sein (siehe dazu Zhang Weiwei 2022).

Martin Jacques, Senior Fellow am China-Institut der Shanghai Fudan-Universität, wies nach dem Parteitag auf fünf Punkte hin, bei denen der Westen von China lernen könne: Dies seien (1) ein grundlegender gesellschaftlicher Konsens, (2) die ständige Partizipation vieler Akteure an politischen Entscheidungen, (3) die Langfristigkeit des Handlungshorizonts, (4) Expertise als Bedingung der politischen Karriere und (5) die Fähigkeit »zu liefern«, wenn es um Leistungen geht, die für die Bevölkerung bereitgestellt werden. Süffisant schreibt Jacques: »Die Hauptkompetenz westlicher Politiker ist das Reden, die ihrer chinesischen Pendanten das Handeln.« (Jacques 2022b)

## Kapitel 4

### Die KPCh als kommunistischer Kaiser:

### Neugründung und sozialistische Transformation Chinas

Es kann keinen Zweifel geben, dass die KPCh die dominante politische Kraft der Volksrepublik ist. Mehr noch: Die Frage, ob China kapitalistisch oder sozialistisch ist, entscheidet sich daran, wie man die KPCh beurteilt: Ist sie eine kommunistische Partei mit einem sozialistischen Ziel, die sich sehr unterschiedlicher Mittel bedient, auch denen des Staatskapitalismus? Oder hat sie sich nach fast 45 Jahren von Reform und Öffnung selbst in den zentralen Akteur des chinesischen Kapitalismus transformiert, wie Tobias ten Brink annimmt: »Wenn es jemals einen funktionierenden ›ideellen [...] Gesamtkapitalisten‹ (Engels) gegeben hat, so könnte man es überspitzt formulieren, dann ironischerweise unter einer ›kommunistischen‹ Herrschaft.« (Brink 2013: 279). Steht die KPCh mit ihren rd. 95 Mio. Mitgliedern vor allem im Dienst des Wiederaufstiegs Chinas auf sozialistischer Grundlage, oder ist der Staat, den die KPCh kontrolliert, der »wirkliche Gesamtkapitalist« (Wemheuer 2019: 214) und ist die Staatsklasse, die die Gesamtheit der Kader umfasst, vor allem darauf aus, sich »auf legalem und illegalem Wege Teile des Mehrwertes und Renteneinnahmen an[zu]eignen« (Wemheuer 2019: 227)? Welche Gründe hat die KPCh, dem chinesischen Volk zu dienen? In der liberalen Literatur wird dies mit dem Interesse einer solchen Staatspartei begründet, an der Macht zu bleiben. Dieses Interesse kann aber auf zwei Wegen realisiert werden: negativ durch die Unterdrückung von Widerspruch und Flucht (siehe Hirschman 2004; Pollack 1990) oder positiv durch Herstellung von Legitimation und Loyalität (Meuschel 1992).

Die Einsetzung von Xi Jinping als Generalsekretär der KPCh markierte insofern einen tiefen Einschnitt, weil mit ihm die Reform der Partei ins Zentrum trat. Deng Xiaoping hatte den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Entwicklung und Öffnung gelegt, wie auch Jiang Zemin. Danach rückten die Ver-

suche in den Mittelpunkt, ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie im Sinne einer »wissenschaftlichen« und »harmonischen« Entwicklung zu erreichen. Xis kurze Antrittsrede am 15. November 2012 dagegen war ganz der Partei gewidmet. Es »wurde deutlich, dass Xi ein Mann der Partei war – und dass es seine zentrale Mission war, sicherzustellen, dass diese auch in Zukunft die Macht in ihren Händen halten würde« (Brown 2018: 40). Immer wieder wurden seitdem die folgenden Sätze aus seiner Rede zitiert: »Das Eisen, das geschmiedet wird, muss auch selbst hart sein. Unsere Verantwortung besteht darin, mit allen Parteigenossen zusammen auf innerparteilicher Kontrolle zu bestehen, die Parteigeschäfte streng zu führen, die wichtigsten Probleme in der Partei tatsächlich zu lösen, den Arbeitsstil wahrhaftig zu verbessern und engen Kontakt zur Bevölkerung zu halten, damit unsere Partei stets den führungsstarken Kern beim Aufbau des chinesischen Sozialismus bildet.« (Xi Jinping 2014a: 5) Wichtigste Orientierung wurde die Losung »Um den Staat gut zu führen, müssen wir zuerst die Partei gut führen!« (Feng Liujian 2014: 184)

Während sich in Großbritannien, den USA und anderen westlichen Staaten die Parteien auf der Grundlage bestehender Staaten und innerhalb ihres gegebenen politischen-ökonomischen Systems herausbildeten, sind die Sowjetunion wie auch die Volksrepublik China Gründungen neuer Staaten und Gesellschaftssysteme durch eine kommunistische Partei. Aus dem Kampf einer Partei im Krieg und Bürgerkrieg entstanden Parteistaaten. Ein solcher Staat ist seinem Wesen nach kein liberaler Staat, der vorhandene bürgerliche Verhältnisse kodifiziert und verallgemeinert, sondern ein auf sozialistische Transformation zielender Staat, der neue Verhältnisse zu schaffen sucht.

Eine staatskonstituierende kommunistische Partei besitzt einen völlig anderen Charakter als Parteien im liberalen System, wo sie um die Ausübung der Regierungsgewalt im gegebenen Staatsgefüge konkurrieren. Auch nach der Gründung der Volksrepublik hat der Konstituierungsprozess Chinas durch die Partei nicht aufgehört, sondern wurde zum Prozess der permanenten Transformation von Partei, Staat und Gesellschaft im ständig sich

erneuernden Wechselverhältnis. Und zugleich steht die KPCh damit auch in der Tradition chinesischer Staatlichkeit: Sie setzt »die lange Tradition einer einheitlichen konfuzianischen Regierungseinheit fort, die die Interessen der gesamten Gesellschaft vertritt oder zu vertreten versucht« (Zhang 2012: 60) und sich entsprechend organisieren muss, um sich zu behaupten, nun aber in einem gerichteten Entwicklungsprozess. Die KPCh ist zugleich eine zutiefst moderne wie in den Traditionen der chinesischen Zivilisation verankerte Organisation.

Die Krise, die die Sowjetunion und China sowie andere sozialistische Länder in den späten 1970ern erfasste, traf in Moskau und Beijing auf eine jeweils völlig andere Führungsgruppe. Während in der KPdSU mit Gorbatschow jemand an die Spitze kam, der durch das Tauwetter der 1950er-Jahre und der danach eintretenden Stagnation geprägt war, folgten in China auf Mao Zedong noch einmal Vertreter der alten Garde des revolutionären Bürgerkriegs, die zudem die verschiedenen Wendungen der Geschichte der Volksrepublik selbst gestaltet hatten. Wie Perry Anderson in seinem brillanten Vergleich der sowjetischen und chinesischen Revolution schreibt: »[...] an der Schwelle zu ihren Reformen lag der vielleicht entscheidendste aller Unterschiede zwischen Russland und China im Charakter ihrer politischen Führung. An der Spitze der KPCh stand nicht ein isolierter, unerfahrener Funktionär, umgeben von Adjutanten und Publizisten, die von einer naiven Schwärmerei für alles Westliche erfasst waren, sondern kampferprobte Veteranen der ursprünglichen Revolution, Führer, die Maos Kollegen gewesen waren und unter ihm gelitten hatten, aber nichts von ihrem strategischen Geschick oder Selbstvertrauen verloren hatten. [...] Ihr Temperament war leninistisch: radikal, diszipliniert, phantasievoll – gleichzeitig fähig zu taktischer Geduld und umsichtigem Experimentieren sowie zu den kühnsten Initiativen und dramatischsten Richtungswechseln.« (Anderson 2010: 77, 78)

Zheng Yongnian, von 2008 bis 2020 Direktor des East Asian Institute der National University of Singapore, hat in seinen Analysen zur KPCh deren Charakter als »Organisationskaiser« ins Zentrum gerückt, der die »Herrschaft über Staat und Gesellschaft

ausübt« (Zheng Yongnian 2010: 34): »Die KPCh als Organisationskaiser ist eine Reproduktion der chinesischen Kaiserkultur. Es handelt sich jedoch um ein transformiertes Kaisertum, das offen für sozioökonomische Veränderungen ist, um seine Hegemonie aufrechtzuerhalten.« (Zheng Yongnian 2010: xvi) Dabei bezog er sich auf Überlegungen Antonio Gramscis in dessen »Gefängnisheften«.

Gramsci formulierte in diesen Manuskripten die Idee »zu einem Buch, das aus den marxistischen Lehren ein geordnetes System aktueller Politik nach Art des Fürsten von Machiavelli entwickelt« (Gramsci 1991: 470, Heft 4, § 10). In einem späteren Heft führt Gramsci diesen Gedanken weiter aus: »Der moderne Fürst, der Fürst-Mythos, kann keine wirkliche Person, kein konkretes Individuum sein, er kann nur ein Organismus sein; ein komplexes Gesellschaftselement, in welchem ein Kollektivwille schon konkret zu werden beginnt, der anerkannt ist und sich in der Aktion teilweise behauptet hat. Dieser Organismus ist durch die geschichtliche Entwicklung bereits gegeben und ist die politische Partei, die erste Zelle, in welcher Keime von Kollektivwillen zusammengefasst werden, die dahin tendieren, universal und total zu werden.« (Gramsci 1996: 1537, Heft 13, § 1) »Es ist gesagt worden, Protagonist des Neuen Fürsten könne in der modernen Epoche nicht ein personaler Held sein, sondern die politische Partei, das heißt jeweils den in unterschiedlichen inneren Verhältnissen der verschiedenen Nationen gemäß die bestimmte Partei, die einen neuen Staatstyp zu gründen beabsichtigt (und rational und historisch zu diesem Zweck gegründet ist). Es ist zu beobachten, wie in den Regimen, die sich als totalitär begreifen, die traditionelle Funktion der Institution der Krone in Wirklichkeit von der bestimmten Partei übernommen wird, die ja totalitär gerade deshalb ist, weil sie diese Funktion erfüllt.« (Gramsci 1996: 1576f., Heft 13, § 21)

Die Öffnung der KPCh für die Klassen der privaten Unternehmer 2002 und damit für alle Klassen der chinesischen Gesellschaft ist Ausdruck des Bemühens, eine die gesamte Gesellschaft ergreifende Subjektivität zu konstituieren. Über Babeuf, Blanqui, Marx und Engels wie Lenin hatte sich eine Parteitradition

entwickelt, auf die die Akteure der Kommunistischen Internationale nach dem Ersten Weltkrieg zurückgriffen und sie, besonders im Falle Chinas, an die eigenen nationalen Bedingungen anpassten. Man muss sich immer vor Augen führen, dass in den Augen vieler politischer Kräfte in der Welt nach dem Ersten Weltkrieg »die bolschewistische Partei das stärkste Modell von Parteiorganisation und sozialer Mobilisierung verkörperte« (Redaktion der Beijing Cultural Review 2021: 89). Die Grundmerkmale, die Gramsci für alle solche »modernen Fürsten« ins Zentrum rückte, sind ihr Charakter als komplexe Organisation, die zugleich eine Klasse vertritt und Klassenbündnisse herstellt, die bis zu »entschieden gegnerischen Gruppen« reichen. Ziel ist eine neue Staatlichkeit als Organ der Herstellung eines neuen Typs von Gesellschaftsformation als Totalität und Universalität. Der Rückgriff auf die vormoderne Begrifflichkeit von Fürst und Kaiser ruft den Gedanken der Repräsentanz des Politischen durch ein Monosubjekt auf. Zugleich wird dies mit den modernen Parteiformen und kollektiver Organisation verbunden.

Während sich in den USA und vielen anderen westlichen Gesellschaften Parteien im schon gegründeten und in seiner Ordnung fixierten Staat bildeten, zielt die Partei in der Tradition Babeufs bis Lenin und Mao Zedong auf die Partei als staatsgründendem Akteur. Im Maße des Erfolgs eines solchen Projekts ändern sich natürlich die Bedingungen für die Partei und des von ihr konstituierten Staats fundamental. Kommunistisch ist ein solches Projekt nur dann zu nennen, wenn es die subalternen Klassen organisiert, einen Übergangstaat schafft, der eine umfassende sozialistische Transformation einleitet. Wang Hui spricht, gleichfalls mit Verweis auf Gramsci, in diesem Zusammenhang auch von einer Suprapartei als »einer politischen Subjektivität, die beansprucht, die Zukunft zu repräsentieren« (Wang Hui 2021: 64). Es wäre dies mit Gramsci ein »Fürst« oder mit Zheng Yongnian ein »Kaiser«, der seine Herrschaftslegitimation daraus ableitet, dass nur er die Führung des Staates und der Gesellschaft in einem gelenkten Transformationsprozess zu übernehmen vermag.

Die KPCh nimmt unter den Bedingungen von Reform und Öffnung mehr noch als früher eine über den Klassen stehende

Stellung ein. Sie ist nicht Ausdruck der Interessen dieser oder jener sozialen Großgruppe in Wirtschaft und Gesellschaft, sondern kann die eigene Vormacht nur behaupten, wenn sie über diesen stehend, durchaus auch in Analogie zum Bonapartismus nach der Großen Französischen Revolution, deren Verhältnisse zueinander und untereinander zu regulieren sucht, die zugleich deren Interessen aufnimmt, die eigene Stellung stärkt und zur Gesamtentwicklung Chinas beiträgt. Als besonderer und eigeninteressierter Akteur ist sie selbst hochkomplex und kann sich nur behaupten, wenn sie die Interessen der in der Reformperiode gestärkten vielfältigen Akteure berücksichtigt und doch das Allgemeininteresse durchzusetzen vermag.



## **Kapitel 5**

# **Chinas Transformation als Hegemonisierung der Gesellschaft durch die Kommunistische Partei**

Immer wieder wird behauptet, dass die KPCh zwar seit 1978 umfassende wirtschaftliche und soziale Reformen realisiert habe, das politische System dagegen faktisch unverändert erhalten worden sei. Aus dieser Annahme resultiert auch die Schlussfolgerung, dass zwangsläufig das politische System relativ bald zusammenbrechen müsse, da der Widerspruch zwischen neuer, durch Märkte geprägter Basis, und altem parteikommunistischen System zu groß würde. Wie im Weiteren gezeigt wird, bedingen sich aber auch in China ökonomische und politische Reformen wechselseitig. Es werden jene Wirtschaftsreformen durchgeführt, die mit dem politischen System verträglich sind und es stärken. Umgekehrt werden jene politischen Reformen umgesetzt, die die gewünschte wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglichen sollen. Das Ziel der umfassenden Reformanstrengungen im politischen System Chinas seit 1978 ist keine liberale Demokratisierung. Die Führung »konzentriert sich auf die Stärkung der KPCh durch die Einführung anspruchsvollerer und wirksamerer interner Verfahren in Bezug auf die Konsultation auf allen Machtebenen und die fortlaufende Bewertung, Rechenschaftspflicht – einschließlich ethischer Standards und Korruption –, Auswahl und Beförderung von KPCh-Kadern und -Führern nach hohen professionellen Standards. Solche politischen Reformen zielen darauf ab, sowohl die Effektivität der KPCh bei der Entscheidungsfindung als auch die Rücksichtnahme auf die Forderungen der Bevölkerung zu verbessern.« (Defraigne 2015: 75) Aus der Partei der permanenten Revolution ist eine Partei der permanenten Reform geworden (Wang Zhengxu 2015: 89). In dem Beschluss der KPCh über die historischen Erfahrungen aus dem Jahr 2021 (der vorhergehende Beschluss liegt 40 Jahre zurück), heißt es dazu, dass es »zwei besondere Aufgaben von historischer Bedeutung« gäbe, »nämlich zum einen die Erhöhung des Füh-

rungs- und Regierungsniveaus der Partei und zum anderen die Steigerung der Fähigkeiten zum Widerstand gegen Korruption, zur Verhütung von Degeneration und zur Abwehr von Risiken« (ZK der KP Chinas 2021: 19). In den letzten 45 Jahren vermochte die KPCh den Bürgerinnen und Bürgern Chinas offensichtlich zu zeigen, dass demokratische Erwartungen *innerhalb* des Systems einer kommunistischen Einparteienherrschaft erfüllt werden können, vorausgesetzt, dass systemkonforme Reformen der Regierungsweise erfolgen, die den Bedürfnissen an Partizipation und Möglichkeiten der Beeinflussung der Richtungsentscheidungen entsprechen. Im Zentrum der gegenwärtigen Politik steht die Verbindung der Modernisierung der Gesellschaft mit der Modernisierung der Partei und des Staates (Hu Angang et al. 2017: 59).

Im Falle einer leninistischen Staatspartei gibt es drei Antworten auf die Frage, wieso eine Partei, die nicht freien Wahlen unterworfen ist, zugleich Gemeinwohlinteressen und den Interessen großer Teile der Bevölkerung verpflichtet sein kann.

Die *erste Antwort* ist: »It's the ideology, stupid.« Leninistische Systeme, und dies gilt auch für China, können nur dann überdauern, wenn die Funktionäre der kommunistischen Staatspartei letztlich – auch – Überzeugungstäter sind. Der enorme Aufwand der ideologischen Schulung und Erziehung der Kader ist in einem solchen System notwendig, weil eine kommunistische Staatsklasse nur dann an der Macht bleiben kann, wenn Ideologie nicht zur bloßen Formel erstarrt (zu Details siehe Pieke 2021). Dieser Gefahr ist sich Chinas Führung ständig bewusst, hat sie doch das Ende der Sowjetunion vor Augen. Über die rationalen Eigeninteressen hinaus müssen die Kader dadurch motiviert sein, für die gemeinsamen Interessen einzutreten und sich deshalb strikt der Partei unterzuordnen. Zugleich erfolgt im Einklang mit der Politik eine ständige Novellierung der ideologischen Grundlagen der Partei, die die früheren Ansätze selektiv bewahrt und mit neuen Positionen verknüpft. Jede neue Parteiführung entwickelt ihren eigenen Beitrag zur Theorie des Sozialismus mit chinesischen Eigenschaften (siehe Yu-shek Cheng 2020) als Grundlage für eine Veränderung der Politik. Sofort am Beginn der Reformperiode machte Deng Xiaoping klar, dass von

den vier Grundprinzipien (Führung durch die KPCh, Orientierung am Marxismus-Leninismus und an den Ideen Mao Zedongs, volksdemokratische Diktatur und sozialistische Entwicklungsweise) insbesondere die Führungsrolle der Partei zu keinem Zeitpunkt relativiert werden dürfe.

Eine *zweite Antwort* lautet: Es ist in der Kaderpolitik der Partei begründet. Die Partei soll die Kader diesem Gemeinwohl unterwerfen. Im Zentrum steht das System der Auswahl, der Kontrolle, der Führung und Disziplinierung der Kader. Besonders umfassende Reformen wurden nach 1978 beim System der Besetzung von Funktionen im Rahmen des Nomenklatursystems durchgeführt. Dieses System umfasst in China alle Bereiche des Staates und der Politik, von Wissenschaft und Kultur sowie alle wichtigen Staatsunternehmen. Auch in diesem Falle wurde erstens auf die Traditionen Chinas bei der Entwicklung seines Beamtensystems auf der Basis eines umfassenden Prüfungswesens zurückgegriffen. Dieses System war über viele Jahrhunderte immer wieder reformiert worden. Es ging um die Erneuerung der Inhalte, Praxisnähe, den Wettbewerbscharakter, die Offenheit unabhängig von der Geburt sowie um den Schutz vor Korruption. Zweitens wurde die leninistischen Anforderungen an Kader mit dem Primat politischer Loyalität und der Bereitschaft zur Unterordnung der eigenen Interessen unter die der Partei ständig den neuen Anforderungen und Orientierungen der Partei entsprechend angepasst. Grundprinzip ist: »Die Partei managet die Kader« (Burns 2007: 6). Drittens wurden internationale Erfahrungen modernen Personalmanagements mit denen in China auf der Basis einer ganzen Serie von Experimenten erprobt, bewertet, verallgemeinert oder auch verworfen. Klaus Mühlhahn kommt zu dem Schluss: »China entwickelte eines der wettbewerbsfähigsten Systeme der Welt zur Einstellung und Beförderung von Regierungs- und Staatspersonal.« (Mühlhahn 2022: 576)

Entscheidend ist, ob »Herrschaftsunterworfenen das politische System für legitim erachten« (Meuschel 1992: 22) und aufgrund von bestimmten »Wertorientierungen« das politische System aktiv verteidigen und dabei auch bereit sind, persönliche Interessen dem unterzuordnen. Gibt es keine handlungsfähigen Grup-

pen, die einen solchen Glauben an die Legitimität des politischen Systems haben, wird es beim ersten Sturm wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Das Eigeninteresse reicht nicht, um die Stabilität eines Systems zu erklären; es bedarf auch einer normativen Bindung. Ein politisches System ist nur dann stabil, wenn eine aktive staatsnahe Dienstklasse bereit ist, es ggf. auch unter Einsatz von Gewalt zu schützen, selbst wenn es nicht im unmittelbaren Interesse der Angehörigen dieser Dienstklasse als Einzelne ist. Sie müssen bereit sein, Opfer zu bringen, weil sie von der Legitimität der Ordnung, die sie verteidigen, überzeugt sind.

1986 wurde ein mehrstufiges Verfahren der Auswahl der Kader entwickelt, an dessen Ausgangspunkt ein »geheimes Abstimmungssystem« stand. Nur die, die dabei die Mehrheit der Stimmen erhielten, sollten im weiteren Ausleseprozess berücksichtigt werden, bei dem »Fragen der Tugend (*de*), Fähigkeit (*neng*), Fleiß (*qin*) und Leistung (*ji*) historisch und in einer umfassenden Weise untersucht werden sollten« (Takahara 2020: 154). Dies war aber nur ein erster Schritt. Wie Burns verdeutlicht: »Die Reformen von 1993 umfassten Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und zur Steigerung seiner Wettbewerbsfähigkeit. Im Wesentlichen sollten erstens alle neu eingestellten Beamten auf der Grundlage eines offenen Auswahlverfahrens ausgewählt werden, das in der Regel durch ein Prüfungsverfahren erfolgt und größtenteils auf Hochschulabsolventen beschränkt ist. Zweitens sollten die Beamten eine Laufbahnstruktur und eine stabile Beschäftigung erhalten. Drittens sollten die Personalverwaltungssysteme leistungsorientiert sein. Viertens sollte die Vergütung im öffentlichen Dienst mit den auf dem Markt gezahlten Tarifen konkurrieren. Fünftens wurde von den Beamten ein hohes Maß an Integrität erwartet.« (Burns 2007: 9; siehe die umfassende Darstellung dieser Reformen in Hu Wei et al. 2014) Weitere Reformen folgten in den späteren Jahrzehnten (Chan/Suizhou 2007; Hu Wei et al. 2014; Chan/Gao 2018; Li/Gore 2018; Takahara 2020).

Die Kader sind einem hohen Wettbewerb schon bei der Rekrutierung ausgesetzt, ein Wettbewerb, der in den oberen Etagen verschärft wird: »Der Wettbewerb um Beförderungen in höhere

Ebenen ist hart, denn die politische Hierarchie ist steil: Es gibt in China etwa dreitausend Landkreise, rund dreihundert Städte auf Präfektur-Ebene und etwa dreißig Einheiten auf Provinzebene, darunter Städte wie Peking und Shanghai und sogenannte autonome Regionen wie Tibet und Xinjiang. Wer nicht frühzeitig und häufig befördert wird, kommt auf der Karriereleiter nicht sehr weit nach oben.« (Dickson 2021: 45) Zudem wurden Altersgrenzen und auch Limits für die Dauer der Besetzung ein und derselben Positionen durch eine Person eingeführt, die – mit der Ausnahme der obersten Spitze – strikt umgesetzt werden.

Eine *dritte Antwort* ist die organische Verbindung von gesellschaftlicher Entwicklung und Entwicklung der Partei. Erneut mit Verweis auf die *Gefängnishefte* von Antonio Gramsci spricht Zheng Yongnian von *Hegemonisierung* (Zheng Yongnian 2010: 139). Liepitz hatte darauf verwiesen, dass eine gesellschaftliche Gruppe dann einen *hegemonialen Block* formiert, wenn es ihr gelingt, ihr »Projekt als das der gesamten Gesellschaft darzustellen und durchzusetzen« (Lipietz 1998: 160). Dazu muss sie ein umfassendes Gestaltungsprojekt verkörpern, in dem die eigenen Interessen verallgemeinert, die eigenen Interessen in Übereinstimmung mit den Interessen großer Teile der Gesellschaft und der Gesamtgesellschaft dargestellt und wirksam entsprechende Politiken durchgesetzt werden.

Hegemonisierung hat drei Pfeiler: Erstens beruht sie auf einer ideologisch-pädagogischen Durchdringung der Gesellschaft, zweitens auf einer staatlichen Verallgemeinerung von Interessen der Gesellschaft unter Dominanz des hegemonialen Akteurs und drittens auf einer sozialökonomischen Gestaltung der gesamten Produktions- und Reproduktionsweise der Gesellschaft, die die Hegemonie in den Tiefenstrukturen der Produktions- und Lebensweise verankert. Hegemonisierung ist keine Einbahnstraße vom dominanten Akteur hin zu allen anderen, sondern ein lebendiges prozessierendes Wechselverhältnis. Die KPCh kann ihre führende Rolle nur dann ausüben, wenn sie die Hegemonisierung als fortlaufenden, sich ständig erneuernden Prozess gestaltet, der den rasanten Veränderungen der chinesischen Gesellschaft in ihren vielen Dimensionen und der wachsenden Komplexität

Rechnung trägt. Zheng Yongnian betont: »Die Tatsache, dass die KPCh die Entwicklung Chinas gelenkt hat, bedeutet, dass die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die gesellschaftlichen Kräfte ein integraler Bestandteil dieser Entwicklung ist. Zweitens bedeutet diese Tatsache auch, dass die KPCh kein reaktiver, sondern ein proaktiver Akteur ist, der auf die sich verändernden gesellschaftlichen Kräfte reagiert und somit seine Herrschaft über die Gesellschaft reproduziert. Drittens ist der Reproduktionsprozess auch ein Prozess der ständigen Wechselwirkung zwischen der KPCh und der Gesellschaft, und die KPCh befindet sich im Wandel, während sie die Gesellschaft umgestaltet.« (Zheng Yongnian 2010: 139) Die KPCh muss um die Strafe des Verlusts ihrer führenden Rolle in der Lage sein, den Transformationsprozess Chinas so zu gestalten, dass dabei ihre führende Rolle in veränderter Gestalt reproduziert wird. Sonst würde sie zu einer reinen Zwangsinstitution verkommen und wäre zum Untergang verurteilt. Während liberale Theorien davon ausgehen, dass Modernisierung zwangsläufig eine Logik erzeugt, die dem kommunistischen Parteistaat widerspricht, ist es das erklärte Ziel der KPCh, eine Modernisierung »mit chinesischen Eigenschaften« zu gestalten, in der ihre eigene Führungsrolle nicht geschwächt, sondern umgekehrt sogar gestärkt wird. Die KPCh ist sich bewusst, dass davon ihr eigenes Schicksal abhängt, hat sie doch die Implosion der KPdSU und damit der Sowjetunion vor Augen.

Der erste Pfeiler der Hegemonisierung ist im weiteren Sinne pädagogisch. Jede Gesellschaft hat ihre ideologischen Apparate, teilweise direkt mit dem Staat verbunden, teilweise indirekt oder auch in rein zivilgesellschaftlicher, kollektiver oder privater Gestalt. Für einen kommunistischen Parteistaat gilt, dass er nur dann die Aufgabe der Hegemonisierung wahrnehmen kann, wenn er eine ideologisch-pädagogische Funktion wahrzunehmen vermag. Für Gramsci war es eindeutig: »In Wirklichkeit muss der Staat als ›Erzieher‹ aufgefasst werden, insofern er gerade danach strebt, einen neuen Typus oder ein neues Niveau der Zivilisation zu schaffen.« (Gramsci 1996: 1548, Heft 13, § 11) Genau diese erzieherische Funktion ist für die chinesische kommunistische Staatspartei wesentlich. Im letzten Jahrzehnt ist versucht worden, mit dem

*chinesischen Traum* ein Narrativ zu formulieren, das die Bedürfnisse und Begehren der Einzelnen, ihrer Familien, der Kommunen und Regionen sowie der verschiedenen Klassen mit dem Ziel der Wiederauferstehung Chinas mit der Erneuerung der führenden Rolle der KPCh verbindet.

Ein zweiter Pfeiler der organischen Verbindung von Partei und Gesellschaft in China ist die Hegemonisierung des Staates. In der ersten Zeit der Reform- und Öffnungspolitik gab es Tendenzen des Rückzugs der Partei nicht nur aus Teilen der Wirtschaft, sondern auch Ansätze einer verstärkten Trennung von Parteiapparat und Staatsapparat. Die Partei sollte auf eine allgemeinere Führungsfunktion reduziert werden. Verrechtlichung der Arbeit des Staates, Professionalisierung des Personals und Leistungsorientierung, Reduktion des Aufgabenfeldes standen anfangs im Mittelpunkt. Dies hat sich mit der Übernahme der Funktion des Generalsekretärs durch Xi Jinping umgekehrt. Ein starkes Signal war die Verschmelzung der in den 1980ern gegründeten Zentralen Verwaltungsakademie mit der Zentralen Parteihochschule. In den Ministerien und anderen Staatsapparaten sind es Parteikomitees, die von übergeordneten Parteigremien eingesetzt werden, die die reale Leitung und nicht nur die politische Führung ausüben (siehe u. a. Cabestan 2020; Heilmann 2016: 27–140).

Das chinesische System bewegt sich damit konstant in einem Widerspruch. Der Trennung von Partei und Staat sind zwangsläufig enge Grenzen gesetzt, weil sonst die Logik einer von der Kommunistischen Partei getrennten Staatsmaschinerie deren Primat brechen würde. Umgekehrt führt eine Verschmelzung dazu, dass die Logik politischer Herrschaft die Eigengesetzlichkeit staatlichen Handelns mit seinen formellen Abläufen und sachlich begründeten Entscheidungen negiert und zu Willkür führt. Es ist möglich, dass in absehbarer Zeit wieder eine Gegenbewegung einsetzt, die die weit getriebene Verschmelzung zurücknimmt.

Der Komplexität der Gesellschaft entsprechend ist auch eine komplexe Zivilgesellschaft entstanden. Ihre Hegemonisierung stellt den dritten Pfeiler dar. Seit den 1990er-Jahren hat sich eine große Vielfalt von nichtstaatlichen Vereinen und Initiativen gegründet, die verschiedenste soziale, kulturelle, ökologische usw.

Zwecke verfolgen: »Im November 2021 waren mehr als 900.000 gesellschaftliche Organisationen bei den Behörden für zivile Angelegenheiten auf allen Ebenen registriert, davon 2.284 bei nationalen Netzwerken.« (The State Council Information Office of the People's Republic of China 2021: 31) Dies ist eine radikale Veränderung gegenüber den Zeiten vor 1978. Die Möglichkeiten, sich in vielfältigen Formen selbst zu organisieren, sind außerordentlich gestiegen. Teilweise werden solche Organisationen durch lokale oder regionale parteistaatliche Akteure auch gefördert, um Probleme besser bearbeiten zu können, Ansprechpartner zu haben, zusätzliche Ressourcen frei zu setzen oder auch eine kritische Beobachtung der Durchsetzung zentraler Vorgaben zu unterstützen, die lokal unterlaufen werden könnten. 2004 erklärte ein Plenum des ZK der KPCh, dass die Partei »die Rolle der sozialen Einrichtungen, der sektoralen Organisationen und der sozialen Mittlerorganisationen bei der Erbringung von Dienstleistungen, der Bedarfsermittlung und der Verhaltensregulierung stärken und eine gemeinsame Kraft für das Sozialmanagement und die sozialen Dienstleistungen« (zitiert in Dickson 2016: 138) fördern werde (siehe auch Klabisch/Straube 2021).

Seitens des Staates werden viele selbständige Vereine nicht nur geduldet, sondern direkt gefördert, sobald auf kommunaler oder regionaler bzw. auch gesamtstaatlicher Ebene erkennbar ist, dass sie eine wesentliche Funktion der Interessenartikulation, des Einsatzes für wichtige soziale, ökologische, kulturelle oder auch ökonomische Anliegen erfüllen. »Alle Formen zivilgesellschaftlicher Organisation in China eint, dass eine antagonistische Haltung zu staatlichen Akteur\*innen und Plänen, wie auch der Partei, generell nicht geduldet wird. Es ist die Partei, die gesellschaftliche und politische Normen festschreibt. Dazu gehört auch, mit wem wie kooperiert werden darf. Die Interaktion und gegenseitige Durchdringung von Partei, Staat und Gesellschaft in China führt daher zu einem komplexen Doppelcharakter der Zivilgesellschaft, der zivilgesellschaftliches ›bottom-up‹-Engagement und ›top-down‹-Regulierung durch Partei und Staat ineinanderfließen lässt.« (Klabisch/Straube 2021: 25) Demokratische Elemente werden eingeführt, Transparenz gestärkt, Mitsprache



ermöglicht, Selbstorganisation gewährt, das Recht ausgebaut, weitgehende Reisefreiheit gegeben, unternehmerische Selbständigkeit gesichert usw. usf. Neue Akteure erhalten auf die genannte Weise Zugang zu Machtpositionen und Möglichkeiten der Verfolgung eigener Interessen, aber bei Wahrung und sogar Stärkung der führenden Rolle der KPCh.

Auch in diesem Falle bewegt sich das chinesische politische System in einem Widerspruch. Den zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden viele Möglichkeiten eingeräumt und sie erfüllen unersetzbare Funktionen. Dies geht weit über das hinaus, was in den sowjetisch geprägten Gesellschaften an zivilgesellschaftlichen Ansätzen entstanden war. Doch die gewährten Möglichkeiten basieren auf Duldung, nicht auf Rechten. Im Konfliktfall können diese Rechte den zivilgesellschaftlichen Organisationen genommen werden. Das Maß an Kontrolle schränkt Eigenverantwortung ein, sodass diese Organisationen im Sinne Lenins teilweise vor allem »Transmissionsriemen« des Parteistaats sind, was sie ihrer Eigenlogik weitgehend beraubt.

Ein vierter Pfeiler der Hegemonisierung, mit der die KPCh zugleich ihre Macht sichert und Chinas Transformation führt, ist der Umbau des wirtschaftlich-sozialen Systems. Das Leninsche Prinzip des Primats der Politik in seinem gramscianischen Verständnis impliziert, dass der hegemoniale Akteur versucht, gesellschaftliche Veränderungsprozesse so zu lenken, dass dabei die eigene Vormacht im Gesellschaftskörper verankert wird – in der Struktur der Ökonomie, der Produktions- und Lebensweise, den Klassenverhältnissen, dem Sozial- und Bildungssystem. Dies ist keinesfalls eine Eigentümlichkeit der kommunistischen Politik der Hegemonisierung, wie ein Blick auf die neoliberalen Umbauprozesse der letzten 50 Jahre beweist. Ich werde auf diese Frage bei der Darstellung von Elementen des chinesischen Wirtschaftssystems zurückkommen. Wie Sebastian Heilmann schreibt, »wuchsen mit wirtschaftlichem Wohlstand und gesellschaftlichem Bildungsniveau auch die Erwartungen und Anforderungen aus der Bevölkerung an die Regierung. Chinas Gesellschaft wurde vielfältiger und anspruchsvoller. Die KPCh reagierte mit dem 1998 erstmals formulierten Konzept des aktiven ›Gesellschaftsmanage-

ments« [...] auf die neuen Anforderungen und Strukturen. Staatliche Stellen sollten nicht mehr primär als hierarchische Steuerungs- und Verteilungsinstanzen auftreten. Sie sollten stattdessen auf der Basis von Konzepten der dienstleistungsorientierten Verwaltung und Selbstverwaltung neuartige Beziehungen zur Gesellschaft knüpfen und die Herrschaft der KPCh neu legitimieren.« (Heilmann 2016: 241) Hegemonie wird nur dann nicht zur äußerlichen Hülle, die leicht abgeworfen werden kann, wenn sie als aktiver Formierungsprozess Strukturen und Verhaltensweisen so prägt, dass aus diesen heraus die Hegemonie durch die nicht-hegemonialen Akteure selbst reproduziert wird.

Wenn über Chinas Staatspartei in den Medien berichtet wird, geht es fast nur um deren Führung. Es sollte aber nicht vergessen werden, dass es in China 2019 92 Mio. Parteimitglieder gab, die in 4,1 Mio. Parteigruppen organisiert sind, die sich in dieser oder jener Weise mehrfach monatlich treffen, u.a. zu einem thematischen Treffen, bei dem es um sehr konkrete Anliegen im Arbeits- und Wohnumfeld geht (Mittelstaedt 2021: 245f.). Sie leisten aktive Arbeit nicht zuletzt in der Zivilgesellschaft, besonders dort, wo soziale Probleme auftreten. Die KPCh ist an ihrer Basis gehalten, »Kümmererpartei« zu sein und konkrete Ergebnisse vorzuzeigen. Wichtigste Tugenden, die von Parteimitgliedern erwartet werden, sind Parteidisziplin, eine kommunistische Überzeugung und konkrete aktive Ausstrahlung im realen Leben (Pieke 2021: 100). In der Coronapandemie waren die Parteigruppen vor Ort entscheidende Akteure, um die Null-Covid-Politik umzusetzen (Mittelstaedt 2021: 262). Parteiorganisationen gibt es in »53% der privaten und 91% der staatlichen Unternehmen. Nahezu 100% der Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, 99,99% der chinesischen Dörfer, 99,53% der städtischen Gemeinden und 41,9% der »sozialen Organisationen« haben eingebettete Parteizellen.« (Gore/Zheng Yongnian 2021: 1) Nachdem die lokale Parteiführung von Shenzhen 1996 begriffen hatte, dass viele Parteimitglieder nicht mehr organisiert waren, da sie in privaten Unternehmen tätig waren, begann sie, in diesen Unternehmen Parteigruppen zu gründen. Dies wurde chinaweit übernommen (Koss 2021) und gilt nun auch für

ausländische Unternehmen. Damit treffen in den Unternehmen die verschiedenen Logiken von politischen Vorgaben des Staates, Kapitalverwertung, unternehmerische Verantwortung, Interessen der Lohnabhängigen und der regionalen oder lokalen Stakeholder aufeinander. Welche Rolle diese Parteizellen dabei spielen, dürfte je nach Typ des Unternehmens, Charakter der Region usw. sehr unterschiedlich sein.

## **Kapitel 6**

### **Das Wirken der zwei allgemeinen Formeln des Sozialismus in China**

Im Buch »Sozialismus neu entdecken« (Brie: 2022) war von der kommunistischen und der libertären allgemeinen Formel des Sozialismus gesprochen worden. Erstere sieht die Entwicklung des gemeinschaftlichen Gesellschaftskörpers als Ziel und die Entwicklung der Individuen als Mittel, Letztere umgekehrt die Entwicklung der Individuen als höchsten Zweck und den Reichtum der Gemeingüter und der Entwicklung des Gesellschaftskörpers als Instrument dafür. Sozialistisch werden, so die These des genannten Buchs, Entwicklung des Gesellschaftskörpers und Entwicklung der Individuen vor allem dann verbunden, wenn dies den benachteiligten Teilen der Bevölkerung zugutekommt.

Blickt man auf die vergangenen mehr als 70 Jahre zurück, dann wurde in China der Schwerpunkt auf die Schaffung der gesellschaftlichen Bedingungen von Entwicklung gelegt. Die kommunistische Formel des Sozialismus hatte Priorität. Es ging um Industrialisierung und Urbanisierung, um die Schaffung der materiellen, sozialen und kulturellen Infrastruktur für Entwicklung. Die Investitionsquote war über den ganzen Zeitraum immer sehr hoch. Das Recht auf die Entwicklung Chinas als Staat und Gesellschaft hat bis heute Primat gegenüber den individuellen Rechten. Dieses Recht basiert auf der Grundlage staatlicher Souveränität, die China sich in langen Kriegen erst wieder erwerben musste und auch heute verteidigt. Es zielt darauf ab, »der Ausbeutung und Unterdrückung durch das internationale Kapital zu entkommen, die eigenen Industrien und Märkte zu schützen und seine eigene wirtschaftliche Entwicklung zu fördern« (Qiang Shigong 2021). China hat dies mit anderen asiatischen Staaten im Vorfeld der UN-Weltkonferenz über Menschenrechte in der »Bangkok-Deklaration« international verankert. Einstimmig wurde »die Position vertreten, die Menschenrechte als Kondition bei der Vergabe von Wirtschaftshilfen abzulehnen und die

Priorität des Nationalstaates in der Konzeptionalisierung und Behandlung der Menschenrechtsfrage zu befürworten« (Cho 2005: 234) Schon Sun Yatsen, Gründer Republik China, hatte 1912 die Position vertreten, dass die »Volksrechte [...] die Rechte des Einzelnen und damit Menschenrechte, vor allem aber die Rechte des Anderen beinhalten und dabei das Gemeinwohl als Richtschnur nehmen« (zitiert in Schmidt-Glintzer 2021).

Nur wenige Zahlen sollen das Ergebnis dieser Entwicklung Chinas als Ganzem illustrieren: Die Entwicklung vor 1978 hatte wichtige Grundlagen geschaffen, die im Rahmen der Reform- und Öffnungspolitik genutzt werden konnten. In den zurückliegenden 40 Jahren konnte China etwa alle acht Jahre sein Bruttoinlandsprodukt verdoppeln. Erst in den letzten Jahren sind die Wachstumsraten zurückgegangen. Nach realer Kaufkraft hat China beim Bruttosozialprodukt die USA 2014 überholt. China ist die größte Handelsnation der Welt und hat mittlerweile die Spitzenposition bei der Anmeldung von Patenten. Mit den Regionen um Shenzhen/Hongkong/Guangzhou und Beijing hat China als einziges Land zwei der fünf weltweit führenden Wissenschafts- und Technologiecluster (Wikipedia 2022c). China hat den höchsten Anteil an 5G-Netzwerken in der Welt und das modernste und größte Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetz. Die Liste ließe sich lange fortführen. Zugleich hat China den größten Ausstoß von klimaschädlichen Gasen, Böden und Gewässer sind stark geschädigt. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen zielen auf eine Trendumkehr, die aber Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Es ist das erklärte Ziel Chinas, bis zum 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik wirtschaftlich global eine Spitzenposition erreicht und sozial und kulturell zu den höchstentwickelten Ländern aufgeschlossen sowie eine ökologische Zivilisation aufgebaut zu haben. Aus einem der ärmsten und unterentwickeltesten Länder der Welt ist nach allen Maßstäben eine moderne Gesellschaft entstanden (siehe zum Beispiel Sieren 2020, 2021), die in vielen Belangen Deutschland übertrifft. Dies bedeutet auch, dass China mit allen Problemen konfrontiert ist, die mit dem überkommenen extraktivistischen und konsumorientierten Entwicklungstypus verbunden sind (siehe Huan Qingzhi

2014). Als Antwort darauf wurde das Konzept der »ökologischen Zivilisation« entwickelt. Mittlerweile sind ökologische Ziele Teil der Planvorgaben auf allen Ebenen. Untrennbar vom Aufstieg Chinas ist der Aufbau einer modernen Militärmacht, die Chinas Entwicklung nach außen absichern soll (Fravel 2019) sowie eines umfassenden internen Sicherheitsapparats, der jede Infragestellung der Führungsrolle der KPCh zu unterbinden sucht (Heilmann 2016: 124–133).

Die Entwicklung des »Gesellschaftskörpers« Chinas hatte Priorität und doch sind zugleich die Fortschritte für die Lebensqualität hoch. Die Lebenserwartung in China hat sich von 35 Jahren bei der Gründung der Volksrepublik auf heute 78 Jahre erhöht. Der Human Development Indikator (HDI) stieg von 0,499 im Jahre 1990 auf 0,761 im Jahr 2019. China »ist das einzige Land, das von der Kategorie der niedrigen menschlichen Entwicklung in die Kategorie der hohen menschlichen Entwicklung aufgestiegen ist, seit das UNDP 1990 mit der Analyse der globalen HDI-Trends begonnen hat«, so das United Nations Development Programme (UNDP) in einem Sonderbericht 2019 (UNDP 2019: 16). Staatlicherseits werden die Erfolge so zusammengefasst: »China hat das größte Sozialversicherungssystem der Welt aufgebaut. Die Zahl der Menschen, die durch eine medizinische Grundversicherung abgesichert sind, hat die Marke von 1,3 Milliarden überschritten, und die Zahl derer, die durch eine Altersgrundversicherung abgesichert sind, liegt jetzt bei über 1 Milliarde. China hat den Aufbau einer gemäßigt wohlhabenden Gesellschaft in jeder Hinsicht abgeschlossen. Das ganze Land hat sich aus der absoluten Armut befreit und den Weg zum gemeinsamen Wohlstand eingeschlagen. Die Menschen haben ein stärkeres Gefühl von Erfüllung, Glück und Sicherheit erlangt. Ihre Rechte auf Lebensunterhalt, Entwicklung und Gesundheit sind vollständig geschützt, und ihre wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, sozialen, ökologischen und sonstigen Rechte werden ständig erweitert.« (The State Council Information Office of the People's Republic of China 2021: 36; ein umfassender und differenzierter Bericht wurde in UNDP 2019 vorgelegt). Auf dem 17. Parteitag 2007 war die Sicherung des Zugangs aller Chinesinnen und Chinesen zu fünf

Grundgütern des Lebens beschlossen worden. Die Liste wurde mittlerweile auf sieben erweitert: Zugang zu Kinderbetreuung, Bildung, Erwerbstätigkeit, medizinischen Dienstleistungen, Altenpflege, Wohnraum und Sozialhilfe (Hu Angang et al. 2021: 42).

Die VR China hat in den letzten 20 Jahren enorme Anstrengungen unternommen, einen immer umfassenderen Sozialstaat aufzubauen. Nachdem die soziale Absicherung der Lohnarbeitenden über die Betriebe im Zuge der Privatisierung oder des Bankrotts vieler staatlicher Unternehmen wegfiel und die Reformen in der Landwirtschaft gleichfalls das soziale Netz auflösten, sind in mehreren Schritten Maßnahmen ergriffen worden, um gegen existenzielle Risiken abzusichern. Dies betrifft vor allem die Gesundheitsversorgung und das Rentensystem sowie Arbeitslosigkeit. Die Tendenz zur Verwandlung der Arbeitskraft in eine bloße Ware wurde gestoppt und schrittweise umgekehrt (siehe u.a. Wang Shaoguang 2015). Der Anteil der Ausgaben für die soziale Absicherung am Bruttosozialprodukt vervierfachte sich gegenüber 2000 auf rd. 20%. Zugleich erhöhte sich das Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum um das 6,6-fache. Die Situation einer sich selbst zerstörenden Marktgesellschaft (Polanyi 1978: 102–110), wie sie in den 1990er-Jahren zu entstehen drohte, wurde mit systematischen politischen Eingriffen überwunden. Wie Wang Shaoguang betont: »Diese Tatsache zeigt, dass Chinas politisches System sehr anpassungsfähig an das sich verändernde Umfeld ist und in hohem Maße auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht.« (Wang Shaoguang 2015: 232) Wie Elsner schreibt: »Der erste Nationale Volkskongress (NVK) ›post-Coronam‹ im Juni 2020 hat [...] nach langer Vorbereitung den Weg freigemacht für ein *chinesisches Bürgerliches Gesetzbuch*, das weit hineinreicht in die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Ziel ist eine Wohlstands-Zivilisation mit *Persönlichkeits- und Eigentumsrechten* und modernem Vertragsrecht, [eine] IT-Zivilisation mit *Informations- und Meinungsrecht* und dem Schutz persönlicher Daten, [eine] *soziale Zivilisation* mit dem konkreten Schutz der sozialen Rechte des Volkes, dem konkreten Recht auf Wohnen und Beschwerderechte, und schließlich eine *ökologische Zivilisation* mit konkreten, einklagbaren ökologischen Schutzrechten

und der konkreten Pflicht zur ökologischen Nachhaltigkeit aller öffentlichen Maßnahmen, etwas, was bisher in einer nationalen Verfassung *einmalig auf der Welt* sein dürfte.« (Elsner 2021: 244f.)

Als größter Erfolg der letzten zehn Jahre wird mit Recht die Beseitigung der absoluten Armut angesehen, für die große Mittel eingesetzt wurden (siehe u. a. Kun Yan 2016; Wang Xiaolin/Zhang Xiaoying 2021; Chen Chunjin 2022). Im internationalen Vergleich sind die Ergebnisse nicht zuletzt bei der Steigerung der Lohn Einkommen beachtlich: »China geht nun seit Längerem die High Road der Entwicklung, und die Lohn- und Gehaltsentwicklung erfolgt seitdem mindestens in Höhe des Produktivitätsfortschritts – etwas, wovon die Arbeitnehmer im Finanzkapitalismus mit seiner immer größeren Schere zwischen Lohnentwicklung und Produktivitätsentwicklung seit Jahrzehnten nur träumen können. Die durchschnittlichen Stundenlöhne chinesischer Arbeiter haben sich beispielsweise zwischen 2006 und 2016 inflationsbereinigt verdreifacht, von 1,20 auf 3,60 US-Dollar (Mexiko: 2,10, Thailand: 2,20, Brasilien: 2,70, Indien: 0,70 US-Dollar). In derselben Zeit stagnierten oder fielen die realen Lohn Einkommen im westlichen Kapitalismus. Die Reallohnsteigerungen allein zwischen 2013 und 2016 beliefen sich in China zwischen 6,3 und 8,8% jedes Jahr. Innerhalb der zehn Jahre des 12. und 13. Fünfjahresplanes, also zwischen 2011 und 2020, haben sich die Realeinkommen verdoppelt. Dafür würde rechnerisch eine jahresdurchschnittliche Lohnerhöhung von gut sechs Prozent stehen. Die chinesischen Mindestlöhne sind im Zuge dessen ebenfalls stetig angehoben worden und liegen inzwischen zum Teil höher als in einzelnen Mitgliedstaaten der EU-Peripherie.« (Elsner 2020: 164)

Diese Steigerung der Realeinkommen kann aber nicht über den sehr großen Niedriglohnsektor hinwegtäuschen, der die Mittelschichten und die unteren Gruppen spaltet: »Die chinesischen Regelungen schreiben vor, dass jede Region ihren Mindestlohn auf 40 bis 60% des lokalen Durchschnittslohns festsetzen sollte, aber nur sehr wenige Städte haben dieses Ziel jemals erreicht, heißt es im Bericht des Bulletins [China Labor Bulletin, M.B.]. Die Diskrepanz zwischen dem Durchschnitts- und



dem Mindestlohn hat sich in den letzten zehn Jahren sogar noch vergrößert, da höhere Löhne für die wenigen Privilegierten den Durchschnittslohn nach oben getrieben haben und die Löhne für die am schlechtesten Verdienenden stagnierten. In vielen Städten wie Guangzhou und Chongqing beträgt der Mindestlohn heute weniger als 24% des Durchschnittslohns, während er in Peking, wo einige der bestbezahlten Arbeitnehmer des Landes arbeiten, knapp unter 20% liegt.« (Dolack 2022) Gleichzeitig gibt es fast 1.000 Dollarmilliardäre in China. Im Kampf gegen diese Ungleichheit wurde eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, so die Einführung einer progressiven Einkommensteuer, die besonders Steuern auf Vermögen erhebt, die Durchsetzung höherer Bildung für alle Jugendlichen und die Ausweitung der Sozialsysteme (Lu/Ding 2022: 485).

Dies berührt unmittelbar die Frage der Menschenrechte. Im chinesischen Kontext wird immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass es »zwei Theorien« der Menschenrechte gibt: »Die erste ist eine Theorie der Menschenrechte der ersten Generation, die auf der historischen Erfahrung des globalen Handels in Großbritannien beruht, während die zweite eine Theorie der Menschenrechte der zweiten Generation ist, die auf der historischen Erfahrung der Französischen Revolution, der Revolution von 1848, der europäischen kommunistischen Bewegung und der russischen und chinesischen Revolution beruht. Der zentrale Wert der ersten Generation der Menschenrechtstheorie war die Freiheit, wobei der Schwerpunkt auf der Freiheit des Einzelnen von der Einmischung der politischen Macht in den wirtschaftlichen Bereich lag. Als Korrektiv zur ersten Generation der Menschenrechtstheorie ist der Kernwert der zweiten Generation der Menschenrechtstheorie das Streben nach Gleichheit – zwischen Menschen, zwischen Ländern, zwischen Nationen und sogar zwischen Zivilisationen in allen Bereichen.« (Qiang Shigong 2021: 7) Die zweite Generation sei mit dem Recht auf Revolution, nationale Befreiung und Entwicklung verbunden. Hier gehe es darum, die *kollektiven* Bedingungen für die Erfüllung der grundlegenden Ansprüche der Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit zu schaffen – Bedingungen, die bei der

Fixierung auf die Rechte der Individuen als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Anstelle der falschen Entgegensetzung individueller Freiheitsrechte gegenüber dem Staat (negativer Freiheit) und gemeinsamer kollektiver Schaffung der Bedingungen von Entwicklung (positive Freiheit) müssen beide emanzipatorischen Ansätze verbunden werden (siehe Brie 2019).

In den letzten 15 Jahren rückte die ökologische Frage verstärkt in das Zentrum der staatlichen Politik Chinas. Auf dem 17. Parteitag 2007 wurde erstmals das Konzept der »ökologischen Zivilisation« aufgenommen. 2015 hat der Staatsrat einen nationalen Rahmen für den Umweltschutz verabschiedet, der auf eine Ökozivilisation orientiert (siehe Naisbitt/Naisbitt 2019: 160). Ökologische Ziele wurden in alle zentralen Projekte integriert, was zugleich auf der anderen Seite eine scharfe Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Zielen impliziert, wobei die verschiedenen Staatsorgane ihre jeweils eigenen Prioritäten haben. Der von China gewählte Ansatz wird auch als »Umweltautoritarismus« (environmental authoritarianism) bezeichnet (siehe Li Yifei/Shapiro 2020), wodurch aber die Gefahr heraufbeschwört wird, jeden entschiedenen Eingriff des Staates in die Gestaltung der Naturverhältnisse prinzipiell als autoritär abzulehnen.

Nimmt man die beiden Formeln des Sozialismus als Maßstab, so kann man mit Blick auf China feststellen, dass die anfängliche Betonung der Orientierung auf die gesellschaftlichen Bedingungen von Entwicklung bei relativer Stagnation der Fortschritte für die Individuen, ihre Lebensmöglichkeiten und persönlichen Freiheiten sich in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich abgeschwächt hat. Die libertäre Formel gewinnt an Kraft, auch wenn die Möglichkeiten, über Gerichte individuelle Rechte gegen den Staat einzuklagen, weiterhin sehr begrenzt sind oder völlig fehlen. Zugleich wurden umfassenden Maßnahmen ergriffen, um die absolute Armut zu überwinden und schrittweise eine Politik umzusetzen, die auf Inklusion ausgerichtet ist. Das System von Bildung, Gesundheitsvorsorge und sozialer Sicherheit erfasst mittlerweile faktisch alle Bürgerinnen und Bürger Chinas und die Erhöhung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen für die unteren Gruppen hat hohe Priorität. Die Politik auf

nationalstaatlicher, regionaler und kommunaler Ebene zielt darauf ab, die entstanden sozialen Spaltungen aktiv zu reduzieren. Das Verhältnis der beiden Formeln des Sozialismus zueinander umschreibt ganz offensichtlich ein Kampffeld.

## Kapitel 7

### Ist nur die liberale Demokratie demokratisch?

Von einem westlichen liberalen Standpunkt aus erscheint es völlig unerklärlich, wieso die übergroße Mehrheit der Bevölkerung Chinas ihr Land als Demokratie ansehen kann, obwohl es keine freien Wahlen gibt. Unerklärlich auch, wieso eine reiche Zivilgesellschaft existiert, ohne völlige Freiheit der Vereinigung, wieso es viele Formen der Beeinflussung der Politik der Regierung durch die Bürgerinnen und Bürger auf lokaler bis nationaler Ebene geben kann, ohne dass das Recht auf freie Meinungsäußerung gesichert ist. Wieso politischer Wandel gewünscht ist, aber im Rahmen dessen, was aus westlich-liberaler Sicht als autoritäres Regime erscheint. Wieso in immer breiterem Maße öffentliche Güter bereitgestellt werden, wenn doch »autoritäre Regime« eigentlich nur die Interessen ihrer unmittelbaren Trägergruppen im Sinne haben können.

Geradezu gebetsmühlenartig wird wiederholt, dass es in den letzten 45 Jahren in China zwar einen radikalen ökonomischen Umbruch gegeben habe, das politische System aber unverändert geblieben sei.

Im Falle des westlichen Blicks auf China gilt: Der liberale Beobachter sieht nichts oder blendet sich selbst. Dies gilt sogar für ausgewiesene Kenner Chinas wie Klaus Mühlhahn, wenn er schreibt: »In der Zeit von 1990 bis 2012 schufen ehrgeizige Wirtschaftsreformen ein Wirtschaftswunder, um das die Welt China beneidete. Gleichzeitig nahm der Parteistaat von allen politischen Reformen Abstand.« (Mühlhahn 2022: 529) Aus Sicht der Führung der KPCh sieht dies anders aus. Mitten in der politischen Krise des Frühjahrs 1989 machte Deng Xiaoping deutlich: »Manche verstehen unter ›Reform‹ natürlich die Hinwendung zum Liberalismus oder Kapitalismus. Für sie ist der Kapitalismus das Herzstück der Reform, aber nicht für uns. Was wir unter ›Reform‹ verstehen, ist etwas anderes und wird noch diskutiert.« (Zitiert in Anderson 2010: 89)

Die Ursache für diese Blindheit gegenüber wesentlichen Veränderungen im politischen System Chinas ist einfach: Wenn angenommen wird, dass jede wirkliche Reform eines politischen Systems im Maße des ökonomischen Fortschritts Übergang zu einer liberalen Demokratie bedeuten muss, werden alle jene Reformen, die keine *liberale* Demokratisierung darstellen und doch von grundsätzlichem Charakter sind, als unwesentlich angesehen. Deshalb kommt man zu dem Schluss, dass an die Stelle von staatssozialistischer Wirtschaft und kommunistischem Autoritarismus nun die Verbindung dieses Autoritarismus mit einem Staatskapitalismus getreten sei.

Im Weiteren wird gezeigt werden, dass die chinesische Wirtschaftsordnung wesentliche sozialistische Merkmale hat. Könnte es nicht sein, dass zudem das politische System wichtige Eigenschaften einer Demokratie besitzt? Wenn dies stimmt, dann sind wesentliche demokratische Bedürfnisse der chinesischen Bürgerinnen und Bürgern in institutionellen Formen realisiert worden, die im Westen nicht als demokratisch angesehen werden.

Wie der US-amerikanische China-Forscher Bruce J. Dickson schreibt, gibt es ein demokratisches Paradoxon mit Blick auf China: »In der allgemeinen Vorstellung ist Chinas politisches System ein brutales autoritäres Regime, das seine Kritiker unterdrückt, das von korrupten und käuflichen Beamten durchsetzt ist und dem der Zusammenbruch droht, wenn es sein schnelles Wirtschaftswachstum nicht beibehält. Dieses Bild enthält vieles, was wahr ist, aber es übersieht das Bild, das für die meisten Menschen in China am wichtigsten ist: ein Regime, dessen Politik Unmut und Proteste hervorruft, das sich aber dennoch einer überraschend großen Unterstützung durch die Bevölkerung erfreut; ein Regime, das ein breites Spektrum von Fachleuten, Interessenvertretern und der breiten Öffentlichkeit selektiv, aber dennoch umfassend konsultiert; ein Regime, das eine wachsende Zivilgesellschaft toleriert und sogar fördert, auch wenn es einschränkt, welche Interessen sich organisieren und welche Gruppen agieren können; und ein Regime, das von der Mehrheit der Bevölkerung als zunehmend demokratisch angesehen wird, auch wenn es keinen politischen Wettbewerb zulässt und seine Füh-

rer den Wählern gegenüber nicht rechenschaftspflichtig sind. Die chinesische Bevölkerung mag Veränderungen bevorzugen, aber sie zieht es vor, dass diese innerhalb des bestehenden politischen Rahmens stattfinden.« (Dickson 2016: 1f.)

Der von Dickson geschilderte Zustand ist ein instabiles Gleichgewicht. Es ist bekannt, dass die Zustimmung zum politischen System in der DDR bis in die frühen 1980er-Jahre relativ hoch und stabil war. Die Veränderung der externen Bedingungen, vor allem durch den Reformprozess in der Sowjetunion, die Erschöpfung der internen Entwicklungsmöglichkeiten sowie die politische Erstarrung erzeugten aber in kurzer Zeit in der DDR wie in den anderen staatssozialistischen Ländern Osteuropas einen Wandel der Einstellungen, sodass dann geradezu blitzartig nicht mehr Reformen *im* Sozialismus und seines politischen Rahmens, sondern Überwindung *des* Sozialismus und Einführung einer liberalen Demokratie gefordert wurden. Während im Rahmen der liberalen Demokratie eine politische Krise durch Wahl einer neuen Regierung seitens der Bürgerinnen und Bürger entschärft werden kann, ohne dass dabei das politische System selbst infrage steht, hat ein auf Lenin zurückgehendes System der Führung durch eine kommunistische Partei kein solches Ventil. Es muss andere Wege finden oder scheitern.

Für die Führung der Volksrepublik China ist die Frage von Demokratie und damit der Legitimität des politischen Systems zu einer harten geopolitischen Herausforderung geworden. In China selbst wird versucht, immer selbstbewusster Gegenargumente zu formulieren und China als dem Westen gegenüber gleichwertiges oder sogar überlegenes politisches System darzustellen. Der frühere Rektor der angesehenen Hochschule für Fremdsprachen in Beijing, Han Zhen, schrieb 2014: »Wie die Wertbegriffe ›Menschenrechte‹ und ›Freiheit‹ ist auch ›Demokratie‹ ein dichotomisches oder qualitatives Wertekonzept. Einmal benannt, führt dies zu Bewertungen oder Urteilen über Demokratie oder Nicht-Demokratie, Freiheit oder Nicht-Freiheit, Achtung der Menschenrechte oder Nichtachtung der Menschenrechte. Wir müssen uns der Manipulation des westlichen Diskurses entziehen und vermeiden, in die Falle ihres Diskurses zu tappen. Wir müssen nicht

nur den selbstgefälligen Charakter der westlichen Demokratie kritisieren, sondern auch den demokratischen Charakter unseres Landes verdeutlichen, das Recht, demokratische Werte zu benennen, ernst nehmen und für das Recht kämpfen, über sie zu diskutieren.« (Han Zhen 2015)

In China selbst gibt es verschiedene Versuche, westliche Vorstellungen von Demokratie und die eigene chinesische Wirklichkeit in Verbindung zu bringen (Zhou Lian 2012). In das heutige Verständnis von Demokratie in China sind neben liberalen westlichen Vorstellungen zwei Traditionen eingegangen. Die eine ist der Leninismus, der in reiner Form die These von der Notwendigkeit einer Avantgarde vertritt, die aus überlegener Einsicht in die Gesamtinteressen, den *volonté générale*, die Herrschaft ausübt, um eine sozialistische Transformation der Gesellschaft zu ermöglichen. Wie Robert Dahl schreibt: »Eine immerwährende Alternative zur Demokratie ist die Regierung durch einen Vormund [guardianship]. Nach dieser Auffassung ist die Vorstellung, dass man sich darauf verlassen kann, dass normale Menschen ihre eigenen Interessen verstehen und verteidigen – ganz zu schweigen von den Interessen der gesamten Gesellschaft – absurd. Gewöhnliche Menschen, so betonen diese Kritiker, sind eindeutig nicht in der Lage, sich selbst zu regieren. Die Annahme der Demokraten, dass gewöhnliche Menschen qualifiziert sind, sollte durch die gegenteilige Behauptung ersetzt werden, dass die Herrschaft einer Minderheit von Personen anvertraut werden sollte, die aufgrund ihres überlegenen Wissens und ihrer Tugend besonders qualifiziert sind zu regieren.« (Dahl 1989: 52) Auch die repräsentative Demokratie trägt dem Rechnung, aber sie überträgt die Auswahl des Vormunds oder Treuhänders den Bürgerinnen und Bürgern per freier und geheimer Wahlen. Das leninistische Konzept ist das der Selbstermächtigung einer Partei, der diese Macht nur durch den Umsturz des politischen Systems entzogen werden kann.

Ein solches leninistisches Konzept kann an die chinesische Tradition von *Minben* anknüpfen, wie Shi Tianjian nachweist: »Die *Minben*-Doktrin und die liberale Demokratie haben zwei wichtige Merkmale gemeinsam: Beide räumen dem Wohlerge-

hen des Volkes als Ziel des Regierens einen zentralen Stellenwert ein, und beide übertragen den politischen Eliten die Verantwortung für Entscheidungen, die diesem Ziel dienen. Im Gegensatz zur liberalen Demokratietheorie räumt die *Minben*-Doktrin den Eliten jedoch die volle Befugnis ein, ihr eigenes Urteilsvermögen bei der Politikgestaltung ohne Einflussnahme des Volkes einzusetzen, beschränkt die Funktion der politischen Beteiligung des einfachen Volkes auf die Übermittlung von Informationen über die lokalen Gegebenheiten und legt die Messlatte für die Forderung nach einem Regierungswechsel hoch. [...] Seit dem Sieg der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) stützt sich die offizielle Definition der Demokratie in der Volksrepublik China auf die sich überschneidenden dualen Traditionen von *Minben* und Leninismus.« (Shi 2015: 197) Wie ich im Weiteren zu zeigen versuche, sind in die reale Entwicklung von Chinas politischem System starke Elemente der direkten oder indirekten Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger auf den Entscheidungsprozess eingegangen. Es wäre falsch, Chinas Regierungsform schlicht auf den »vormundschaftlichen Staat« (Henrich 1989) zu reduzieren.

Im letzten Jahrzehnt hat Chinas Regierung außerordentliche Anstrengungen unternommen, um den demokratischen Charakter des politischen Systems zu propagieren. Angesichts des verkündeten neuen ideologischen Kriegs der USA und einer Reihe ihrer Verbündeten im Namen von Demokratie gegen »autoritäre Regime« namentlich Russlands und Chinas, hat die chinesische Parteiführung 2021 ein umfassendes Dokument zur Frage der Demokratie in China erarbeitet. Am 4. Dezember 2021 veröffentlichte das Informationsbüro des chinesischen Staatsrats ein umfangreiches Weißbuch zur »Vollprozess-Volksdemokratie« (whole-process people's democracy). Darin heißt es u.a.: »Die Demokratie ist kein schmückendes Beiwerk, sondern ein Instrument, um die Fragen, die die Menschen bewegen, anzugehen. Ob ein Land demokratisch ist, hängt davon ab, ob das Volk wirklich Herr des Landes ist; ob das Volk das Recht hat, zu wählen und, was noch wichtiger ist, ob es das Recht hat, sich umfassend zu beteiligen; ob ihm bei den Wahlen mündliche Versprechen gegeben wurden und, was noch wichtiger ist, wie viele dieser Versprechen



nach den Wahlen eingehalten werden; ob es in den staatlichen Systemen und Gesetzen festgelegte politische Verfahren und Regeln gibt, und – was noch wichtiger ist – ob diese Systeme und Gesetze auch wirklich durchgesetzt werden; ob die Regeln und Verfahren für die Machtausübung demokratisch sind, und – was noch wichtiger ist – ob die Machtausübung tatsächlich einer öffentlichen Kontrolle und Überprüfung unterworfen ist.« Das chinesische System würde, so das Dokument, demokratische Wahlen und demokratische Konsultation organisch verbinden. Offen wird zur Unterdrückung abweichender politischer Positionen in China Stellung bezogen: »Demokratie und Diktatur scheinen ein Widerspruch in sich zu sein, aber zusammen sichern sie den Status des Volkes als Herrscher des Landes. Eine kleine Minderheit wird im Interesse der großen Mehrheit sanktioniert, und die ›Diktatur‹ dient der Demokratie.« (The State Council Information Office of the People's Republic of China 2021: 9) Zudem wird eine klare Priorisierung vorgenommen: »Als bevölkerungsreiches Land, das seit langem von einer schwachen wirtschaftlichen Grundlage geplagt wird, bemüht sich China um ein Gleichgewicht zwischen Demokratie und Entwicklung. Die Priorität liegt dabei immer auf der Entwicklung [...].« (The State Council Information Office of the People's Republic of China 2021: 31)

Thomas Heberer und Gunter Schubert weisen in ihrer empirisch gestützten Studie aus den 2000er-Jahren auf die verschiedenen Formen von sozialer Partizipation »an der Regelung gemeinsamer, öffentlicher *sozialer* Angelegenheiten der Gesellschaft bzw. ihrer Teilgruppen« (Heberer/Schubert 2007: 21) hin, die in China herausgebildet wurden. Sie kommen zu dem Schluss: »Ohne Zweifel haben die Gelegenheiten zu partizipativer Beteiligung zugenommen durch rechtlich geregelte und institutionalisierte Verfahren für Wahlen in den Nachbarschaftsvierteln, Mitwirkung in Eigentümerversammlungen bzw. -komitees sowie neue Formen sozialer Partizipation.« (Heberer/Schubert 2007: 194) Es gibt die Vorstellung von China als »Kommandosystem«, wie es der Sowjetunion unterstellt wurde. Wie Lee Jones in seiner umfassenden Analyse verdeutlicht, steuert die zentrale Führung »die Ergebnisse nur selten direkt, sondern nutzt in erster Linie

Mechanismen, um andere Akteure im breiteren Parteienstaat in die gewünschte Richtung zu ›lenken‹.« (Jones 2021: 13): »Wir begründen, dass sich ein Regulierungsstaat nach chinesischem Vorbild herausgebildet hat, in dem die Führungsspitze eine Reihe von Mechanismen einsetzt, um breite politische Plattformen zu definieren und eine Vielzahl von Akteuren auf oft nur lose definierte Ziele zu lenken. Diese anderen Akteure können darauf reagieren, indem sie versuchen, den politischen Rahmen zu beeinflussen, ihn zu interpretieren oder zu ignorieren. Wir sehen daher die Formulierung und Umsetzung politischer Maßnahmen als von fortlaufenden komplementären oder konkurrierenden Interaktionen zwischen verschiedenen Akteuren geprägt an, die nie in einer verbindlichen Entscheidung oder einer singulären Maßnahme enden, sondern während des gesamten Prozesses andauern.« (Jones 2021: 46) Dabei werden vor allem fünf Koordinierungsmechanismen genutzt: »die Parteidoktrin, allgemeine politische Erklärungen, koordinierende Institutionen, fiskalische und politische Zugeständnisse sowie die Ernennungs-, Beurteilungs- und Disziplinierungsbefugnisse der KPCh.« (Jones 2021: 49) Es sind dies klassische Methoden der Hegemonisierung des politischen Prozesses durch eine Partei.

Will man das politische System Chinas unter dem Aspekt der Demokratie beurteilen, stellt sich die entscheidende Frage, ob sich die Führung durch eine kommunistische Staatspartei und demokratische Prinzipien grundsätzlich ausschließen oder miteinander vereinbar sind. Wenn sich dies grundsätzlich ausschließt, erübrigt sich jede Diskussion darüber, inwiefern und in welchem Maße das politische System Chinas demokratische Züge trägt. Es ist nach dem Selbstverständnis der KPCh eindeutig, dass sie ihre Herrschaft keinesfalls von liberal-demokratischen Wahlen abhängig macht und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit dann einschränkt, wenn diese ihre Herrschaft zu gefährden droht. Rosa Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki trifft auch die KPCh: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – und mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all

das Belebende, Heilsame, Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird.« (Luxemburg 1974: 359) Doch sollte darüber nicht vergessen werden, dass Luxemburg in der gleichen Schrift forderte, die separatistischen Bewegungen« der verschiedenen Völker im russischen Reich »mit eiserner Hand, deren Gebrauch in *diesem* Falle wahrhaft im Sinne und Geist der proletarischen Diktatur lag, im Keime zu ersticken« (Luxemburg 1974: 359). Sie wollte beides: Gebrauch der »eisernen Hand« der »proletarischen Diktatur«, wenn es um die Unterdrückung aller Sonderinteressen geht, die nicht mit denen eines so verstandenen Sozialismus unmittelbar zusammenfallen, *und* »freie, ungehemmte Presse«, »ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben« (Luxemburg 1974: 358), »unnachgiebige und rücksichtslose« Umwälzung und »unbeschränkte Demokratie« (Luxemburg 1974: 362f.). Damit hatte sie jenes Problem der Verbindung von Demokratie, Diktatur und sozialistischer Transformation in äußerster Schärfe formuliert (siehe Brie 2011), an dessen Lösung die Sowjetunion scheiterte und an dessen Bearbeitung die KPCh seit Jahrzehnten auf neue Weise arbeitet.

Bruce J. Dickson verweist in seiner Analyse des chinesischen politischen Systems und der Einstellungen der Bevölkerung von 2016 auf ein Paradoxon: Chinas Regierung folgt in vielerlei Hinsicht nicht jenen Annahmen, die autoritären Regimen unterstellt werden. So gelte, dass Politiker in autoritären Regimen »ernannt und nicht gewählt werden«. Daraus wird gefolgert, sie »müssen also nicht an die Wähler appellieren, indem sie öffentliche Güter bereitstellen, um ihren Job zu behalten. Sie sind freier in ihrem Streben nach Macht, Privilegien und persönlichem Gewinn« (Dickson 2021: 205) als die in Demokratien. Die Realität in China sieht aber anders aus als die genannte Logik der Autoritarismusforschung vermuten lässt: »Chinas Führung folgt dieser Logik [...] nicht. Seit den 1990er-Jahren und vor allem in den 2000er-Jahren hat sich die chinesische Führung verpflichtet, besser zu regieren und mehr öffentliche Güter bereitzustellen.« (Dickson 2021: 206) Die Steigerungsraten bei den Ausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung usw. sind sehr hoch und

die Zufriedenheit der Bevölkerung nimmt deutlich zu. Die Vorstellung von der KPCh als Selbstbedienungsklub von Autokraten führt in die Irre. Ungeachtet – oder vielleicht sogar wegen – fehlender liberaler Wahlen hat die Bevölkerung und haben nicht nur die wirtschaftlich starken Lobbygruppen einen hohen Einfluss auf die Politik. Der Wille der »vielen kleine Leute« wirkt durch andere Kanäle als durch die der Wahl von Parteivertretern. Dies ist erklärungsbedürftig. Wieso widerspricht die chinesische Realität der liberalen Demokratietheorie? Chinas Bevölkerung ist nicht in der Lage frei darüber zu entscheiden, welche Gruppe von Politikern, die um die Stimmen der Wähler konkurrieren, sie in den nächsten Jahren regiert, was für Joseph Schumpeter die Minimaldefinition der »demokratischen Methode« ist (Schumpeter 1980: 428, 452), und doch beeinflusse die chinesische Bevölkerung die Politik der herrschenden Partei stärker als die Bürgerinnen und Bürgern in vielen westlichen liberalen Demokratien.

Was wäre, wenn man etwas zurücktritt und danach fragt, in welchem Maße die gesellschaftlichen Gesamtinteressen, relevante Kollektivinteressen und die Interessen der Vielen und vor allem der sozial Schwächsten in einem politischen System zur Wirkung kommen? Ein hohes Maß an realer Wirkung würde dann zum Kriterium von Demokratie, unabhängig davon, in welchen Formen sich diese Wirkung konkretisiert. Dies verlangt, nach »funktionalen Äquivalenten« zu suchen, die jenseits der liberalen Formen eine demokratische Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik ermöglichen. Dies gilt auch im Falle des politischen Systems und der »Herrschaft des Volkes«. Im Westen wird verbreitet davon ausgegangen, es seien nur liberale Formen dazu in der Lage. Dies verdeckt, in welchem Maße liberale Formen genau dazu genutzt werden, um Interessen der obersten Vermögensklasse und der Oligarchien der Schlüsselsektoren des Finanzmarkt-Kapitalismus zum Durchbruch zu verhelfen (Piketty 2014: 514) oder eine »marktkonforme Demokratie« durchzusetzen (Fisahn 2021). Zunehmend wird in China und anderen Ländern umgekehrt die Frage gestellt, wie Volksinteressen ohne freie Wahlen zur Geltung kommen. So schreibt Danny Quah: »Demokratie hat letztlich eine

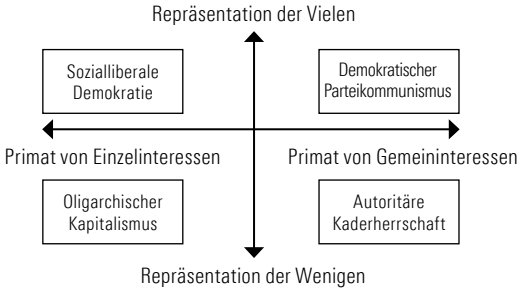
weitaus noblere und wichtigere Bedeutung als nur, sagen wir, der Zugang zu den Wahlurnen. Stattdessen sollte sie für Folgendes stehen: Jede Regierung, jeder Herrscher muss täglich verunsichert sein. Jede Regierung, jeder Herrscher muss sich jeden Tag bewusst sein, dass ihre Macht auf den Schwankungen des Willens ihres Volkes beruht. Nach diesem Maßstab ist der Staat in China und in anderen offiziell autokratischen Volkswirtschaften in ganz Asien bereits demokratischer, als viele Beobachter glauben. Nach diesem Maßstab scheitern viele Wahldemokratien an der Urne.« (Quah 2015: 15)

### **Demokratie des Volkes, durch das Volk, für das Volk**

In seiner berühmt gewordenen Gettysburg-Rede brachte Abraham Lincoln am 19. November 1863, mitten im amerikanischen Bürgerkrieg, das demokratische Selbstverständnis so auf den Punkt: Es ginge um »die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk« (zitiert in Wikipedia 2014). Folgt man dieser Bestimmung, so kann gefragt werden, ob die Kriterien für eine solche Regierung auch ohne liberale Institutionen erfüllt sein können und ob – *horribile dictu* – politische Systeme mit liberalen Institutionen ihrerseits unter bestimmten Bedingungen aufhören können, Demokratien zu sein, obwohl es Meinungs- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen gibt. Im direkten Verweis auf Lincoln warnte Joseph Stiglitz davor, dass in den USA politische Macht »des einen Prozent, durch das eine Prozent, für das eine Prozent« (Of the 1%, by the 1%, for the 1%) ausgeübt wird und in der Folge die Entwicklungsmöglichkeiten vieler Menschen eingeschränkt, die Wirtschaft behindert und kollektive Güter völlig unzureichend zur Verfügung gestellt werden (Stiglitz 2011).

Im Folgenden will ich versuchen, einen Rahmen aufzuspannen, in dem die liberalen Demokratien und Systeme, die auf der Herrschaft einer kommunistischen Staatspartei gegründet sind, unter bestimmten Bedingungen gleichermaßen als Demokratien aufgefasst werden können, wenn auch als Demokratien besonderen Typs. In einem solchen Rahmen könnten beiden Möglichkeiten der Demokratisierung wie auch der Entdemokratisierung

## Grafik 1: Ausprägungen liberaler und parteikommunistischer Systeme



zugeschrieben werden. Dabei knüpfe ich an die Ausführungen im Buch »Sozialismus neu entdecken« an. (Vgl. Brie 2022: 144ff.) Die Tendenzen westlicher Demokratien, scharfe plutokratische, oligarchische oder auch nationalistisch-völkische Züge anzunehmen oder sogar in Faschismus überzugehen, sind vielfach beschrieben worden. Und genauso kann an historischen Beispielen gezeigt werden, wie die Herrschaft einer kommunistischen Staatspartei zur Herrschaft einer neuen Klasse mit engen Gruppeninteressen werden kann, sich ein Einzelner fast absolute Macht zu sichern vermag, ein totalitäres Regime errichtet wird. Ich schlage deshalb vor, liberale und kommunistische Einparteiensysteme als zwei analytisch gleichwertige politische Systeme zu unterscheiden. Liberale Systeme wählen die Einzelnen, ihre politischen Rechte und ihre Stellung als Privateigentümer (von Kapital, Grund und Boden oder Arbeitskraft) als Ausgangspunkt der Legitimation. Diese Systeme tendieren dazu, die Interessen der Einzelnen über die der Gesamtgesellschaft zu stellen, die Rechte Einzelner zu verabsolutieren und von den liberalen Prozeduren zwingend eine gesamtgesellschaftliche Rationalität zu erwarten (Zhang 2016: 52–56). Parteikommunistische Systeme dagegen beziehen ihre Legitimation aus dem Primat der gesellschaftlichen Gesamtinteressen, die durch die Staatspartei ausgedrückt werden. Mit Blick darauf, ob vor allem die Interessen der Vielen oder der Wenigen im Zentrum stehen, kann man einen sozialen Liberalismus von einem autoritär plutokratischen Liberalismus

und einen demokratischen Parteikommunismus von einem autoritär-bürokratischen Kommunismus unterscheiden (Grafik 1).

Anders als die traditionellen autoritären Systeme sind kommunistische Einparteiensysteme durch eine umfassende Durchdringung von Gesellschaft und Partei gekennzeichnet. Dies wird oft als »totalitär« apostrophiert. Es scheint sinnvoller, vom organischen Charakter einer solchen Gesellschaft zu sprechen, in denen eine übergreifende Staatsideologie, eine in alle Bereiche der Gesellschaft hineinwirkende führende Partei und eine ideologisch-politisch gelenkte Mehrsektorenwirtschaft zusammenwirken, ohne dabei ihre Eigenlogiken zu verlieren. Totalitär werden solche Gesellschaften, wenn sie auf die völlige Verschmelzung des Einzelnen mit der Gesellschaft drängen und dies mit rücksichtsloser Gewalt umfassend durchsetzen.

Während Autokratien vor allem die Herrschaft einer bestimmten abgeschlossenen Gruppe zu sichern suchen und sozialliberale Demokratien den Schutz des Privateigentums privilegierter Gruppen mit allgemeineren sozialen Interessen vermitteln, stellen kommunistische Einparteiensysteme m. E. einen eigenen Typus von Gesellschaft und politischem System dar. Solche Systeme suchen nach Lösungen, die Dominanz der gesamtgesellschaftlichen Interessen unter Einsatz von modernen ideologischen, politischen und sozialen wie ökonomischen Mitteln zu sichern. Während sich liberale Systeme zwischen stärker sozial orientierten Demokratien auf kapitalistischer Grundlage und Gesellschaften mit ausgeprägter Vorherrschaft von kapitalistischen Oligarchien bis hin zur liberalen finanzoligarchischen Herrschaft bewegen oder sogar faschistische Form annehmen, können parteikommunistische Systeme ebenfalls stärker Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen und starke Einflussmöglichkeiten auf die Politik zulassen oder sich als Herrschaft von Kadern oder sogar eines kleinen Zirkels um einen Führer erweisen.

Ausgehend von Lincolns Beschreibung von Demokratie will ich drei Kriterien für Demokratie formulieren: (1) *Legitimation durch Herstellung und Wahrung der politischen Einheit des Staatsvolkes*: Der politischen Organisation des Staates liegt ein allgemeiner Konsens des Volkes zugrunde, der dieser Ordnung

Legitimität verleiht. Die Ordnung wird im Innern des Staates weder von großen Teilen der Bürgerinnen und Bürger noch von wesentlichen Teilen der Eliten infrage gestellt. Es ist eine grundsätzliche politische Einheit gegeben. Der Staat wird als Staat *des Volkes* angehen. (2) *Legitimation durch den demokratischen Input*: Die Bürgerinnen und Bürger haben über verschiedene Formen der Einflussnahme die Möglichkeit, die Politik des Staates tatsächlich maßgeblich zu bestimmen. Dies kann liberaldemokratisch über die Wahl der Repräsentanten des Staates erfolgen, aber auch durch andere Formen demokratischer Einflussnahme. Die Macht wird also – auch – *durch* das Volk ausgeübt und nicht nur durch elitäre Gruppen. Die staatliche Politik wird durch das Volk (mit)bestimmt. (3) *Legitimation durch Output, der an den Interessen großer Teile des Volkes orientiert ist*: Die Politik orientiert sich wesentlich daran, die ökonomische, soziale, ökologische, kulturelle und sicherheitspolitische Lage der großen Mehrheit der Bevölkerung zu verbessern, Freiheitsrechte zu garantieren und dafür die notwendige Stabilität und das erforderliche Maß ständiger Erneuerung zu gewährleisten. Es wird eine Politik *für* das Volk realisiert.

Es ist meines Erachtens kein Zufall, dass der Zugang zur Demokratie, wie er von Lincoln auf den Begriff gebracht wurde, auch bei den Kämpfen um die Neugründung Chinas wieder aufgegriffen wurde. Exemplarisch dafür sind Vorlesungen, die der chinesische Revolutionär Sun Yatsen (1866–1925), seit 1921 Präsident der Nationalregierung in Guangzhou, 1923 hielt, als er die Ideologie der Nationalen Volkspartei Chinas (Kuomintang) – die Lehre von den drei Prinzipien oder auch San-Min-Lehre (三民主義 / 三民主义, Sānmín Zhǔyì) – begründete. Diese Prinzipien sind: (1) Nationalbewusstsein und Gemeinschaft des Volkes, (2) Demokratie und Rechte des Volkes sowie (3) Wohl des Volkes. Die dabei entwickelten *Drei Prinzipien*, die auch in die Nationalhymne eingingen, korrespondieren direkt mit den drei genannten Legitimationsformen der Regierung als einer Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk. In einer Zeit, da die Kuomintang eng mit der KPCh und auch der Sowjetunion zusammenarbeitete, rückte der enge Zusammenhang



dieser Prinzipien mit sozialistischen Vorstellungen in den Vordergrund: »Die *San-Min*-Lehre bedeutet eine Regierung ›des Volkes, durch das Volk und für das Volk«, d. h. der Staat ist gemeinsames Eigentum des ganzen Volkes, an seiner Politik sind alle beteiligt, und seine Gewinne werden von allen geteilt. Dann wird es nicht nur Kommunismus im Eigentum geben, sondern auch in allem anderen. Das wird das Endziel der Lehre vom Lebensunterhalt sein, ein Zustand, den Konfuzius *ta t'ung* oder das Zeitalter der ›großen Gemeinschaft‹ nennt.« (Sun Yatsen 1924: 139)

Ein solcher Ansatz des intellektuellen Vaters der chinesischen Republik lässt sich nicht auf ein liberales Demokratieverständnis reduzieren. Demokratie wurde (und wird) in China vor allem als politisch-gesellschaftliche Form verstanden, die den Wiederaufstieg Chinas und ein Leben der Chinesinnen und Chinesen in Würde und Wohlstand ermöglicht. Während in den USA und Europa die Forderung nach Demokratie eng damit verbunden war, die Vormacht des (absolutistischen) Staates zurückzudrängen, ging es in China um die Suche nach einer Staatsform, die in der Lage ist, im imperialistischen Zeitalter die Unabhängigkeit Chinas wieder herzustellen. Die politische Frontstellung des Begriffs Demokratie ist deshalb eine völlig andere als im europäischen oder US-amerikanischen Kontext. Sun Yatsen machte deutlich: »Das Motto der Französischen Revolution war ›Freiheit‹ und das der Amerikanischen Revolution war ›Unabhängigkeit‹. Die Bedingungen in China unterscheiden sich von den Bedingungen in Amerika oder Frankreich zur Zeit ihrer Revolutionen, und deshalb sollte das Motto unserer Revolution nicht dasselbe sein wie das der beiden anderen. Unser Motto ist die *San-Min*-Lehre.« (Sun Yatsen 1924: 67)

Sun Yatsen warnte ausdrücklich davor, Demokratie mit Freiheit zu identifizieren: »Da die Europäer viel Blut vergießen mussten, um ihre Freiheit zu erlangen, betrachten sie die Freiheit natürlich als unantastbar. Nun, da die Freiheitstheorie in China eingeführt wurde, diskutieren unsere Gelehrten mit großem Eifer über ihr Wesen und ihre Anwendung in China. Wir diskutieren auch über die Theorie der Demokratie, die ebenfalls vor

kurzem aus dem Westen eingeführt wurde. Wir sollten jedoch bedenken, dass Freiheit und Demokratie zwei verschiedene Dinge sind. Die Diskussion über die Freiheit hat ihren Platz in unserer Diskussion über die Theorie der Demokratie, weil die Demokratie aus dem Kampf für die Freiheit entstanden ist. Es ist jedoch ein Fehler, wenn unsere jungen Studenten den Europäern folgen, wenn sie sich für die Freiheit einsetzen.« (Sun Yatsen 1924: 67) Sun Yatsen begründete auch, warum die Emphase für Freiheit unter den besonderen Bedingungen Chinas des frühen 20. Jahrhunderts ein Fehler sei: »Weil wir zu viel individuelle Freiheit genossen haben, ist unsere Nation schwach und unsere Regierung nicht gut organisiert. Diese Schwäche hat die wirtschaftliche und politische Übernahme unseres Landes durch das Ausland ermöglicht, und wir haben nicht genug Kraft, um uns dagegen zu wehren. Die einzige Möglichkeit, China vor ausländischer Kontrolle zu bewahren, besteht darin, die vierhundert Millionen Menschen zu einer vereinten Gruppe zusammenzuschließen und in der Vereinigung stark zu werden. [...] Wir dürfen die Menschen nicht zum Kampf für die persönliche Freiheit aufrufen, sondern zum Kampf für die Freiheit der Nation.« (Sun Yatsen 1924: 70f.)

Die liberale Demokratie ist durch den Widerspruch geprägt, dass aus der freien Willensäußerung der vielen Einzelnen bei Wahlen, in der Öffentlichkeit, durch Klagen gegen politische Entscheidungen vor Gerichten oder durch das Wirken von Vereinen, Parteien, sozialen Bewegungen eine Balance der Interessen der Vielen und der gemeinsamen Interessen Aller werden soll. Die mögliche Verkehrung in eine Vorherrschaft der Interessen Weniger, die Tendenz zur Dominanz von kurzfristigen Erwägungen und Lobbyinteressen, der Zerfall des demokratischen Staates durch sich verfestigende Antagonismen bis hin zum Bürgerkrieg sind bekannt. Umgekehrt ist ein volksdemokratisches System, als das sich China versteht, durch den Widerspruch charakterisiert, dass aus der Willensbildung in einer kommunistischen Staatspartei die Balance von Gemeinwohlinteressen und Interessen der Vielen entstehen soll. Die Geschichte der sowjetisch geprägten Staaten und Chinas zeichnete sich durch Perioden der Verkehrung in die Diktatur eines Einzelnen, die weitgehende Ne-

gation der Rechte und Interessen Einzelner, des Staatenzerfalls aus. Liberale Demokratien wie kommunistische Volksdemokratien wandern beide am Abgrund, wenn es ihnen nicht gelingt, die Willen der Vielen und die Gemeininteressen hinreichend erfolgreich zu vermitteln. Damit stellt sich die Frage, wie die VR China heute den genannten Widerspruch bearbeitet.

In China hat sich die Position der »fünf Nein« durchgesetzt, die vom früheren Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses, Wu Banggao, 2011 so formuliert worden war: »Auf der Grundlage der chinesischen Verhältnisse haben wir eine feierliche Erklärung abgegeben, dass wir kein System mit mehreren Parteien, die ihre Ämter abwechselnd bekleiden, anwenden werden; dass wir unsere Leitgedanken nicht diversifizieren werden; dass wir die Exekutive, die Legislative und die Judikative nicht trennen werden; dass wir kein Zweikammersystem oder ein föderales System anwenden werden; dass wir keine Privatisierung durchführen werden. [...] Verschiedene Länder haben unterschiedliche Rechtssysteme, und wir kopieren nicht die Rechtssysteme bestimmter westlicher Länder.« (Zitiert in Dickson 2016: 277f.)

Ungeachtet dieser »fünf Nein« zeigen empirische Befragungen, durchgeführt gemeinsam mit Forschern aus den USA, dass die Mehrheit der Chinesinnen und Chinesen davon ausgeht, in einer Demokratie zu leben, dass sie weitere demokratische Fortschritte erwarten und dass gerade auch die, die ökonomisch aufsteigen, keinen Wechsel zu einem liberalen System wünschen. Umfragen von 2014 wiesen aus, dass die chinesischen Bürgerinnen und Bürger mit über 55% davon ausgingen, dass das Niveau der Demokratie in China ziemlich hoch (51,7%) oder sehr hoch (7,4%) sei. Die Werte hatten sich gegenüber 2010 leicht erhöht. Die USA wurde von den gleichen Personen zu 85% als weitgehend oder sehr demokratisch angesehen. Die Befragten erwarteten, dass um 2020 auch China ein solches Niveau habe (Dickson 2016: 267). Die Einschätzung, dass China immer demokratischer wird, teilt die große Mehrheit der Befragten – umso höher das Einkommen ist, umso ausgeprägter ist diese Einstellung. Breit geteilt ist auch die Zufriedenheit mit der Demokratie in China. Wie Dickson schreibt: »Die häufigste Antwort, die von 27,6%

der Befragten gegeben wurde, war eine Regierung, die vom Volk und für das Volk regiert wird. Zu dieser Kategorie gehören Antworten wie ›das Volk und die Regierung sind voneinander abhängig‹, ›das Volk ist der Herr‹, ›auf das Volk hören‹ und ›die Politik der Regierung spiegelt die öffentliche Meinung wider‹ sowie Verweise auf die ›Drei Prinzipien des Volkes‹ von Sun Yatsen, insbesondere auf das Wohlergehen des Volkes. Diese Kategorie betont, dass die Regierung auf die öffentliche Meinung und die Interessen, die Macht oder die Autorität des Volkes reagiert. Es geht darum, was die Regierenden tun sollten, aber nicht, wie sie ausgewählt werden. Noch wichtiger ist, dass sie davon ausgeht, dass die Interessen der Öffentlichkeit und die Interessen des Staates grundsätzlich im Einklang stehen (oder zumindest stehen sollten).« (Dickson 2016: 287) Ähnliche Untersuchungen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Volksrepublik ihrem politischen System in puncto Demokratie ähnliche Werte geben wie die Bürgerinnen und Bürger von Taiwan dem ihren und bessere als die Südkoreas (Chu et al. 2010: 18; Shi 2015: 196). Dabei gehen liberale Demokratievorstellungen mit denen, die Regierung müsse das Volk konsultieren und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen, eine Mischung ein, wie sie für viele Länder Ostasiens charakteristisch ist (Shi 2015: 203). Unverändert hoch ist das Vertrauen der Chinesinnen und Chinesen in ihre Regierung. Es hat sich von 76% (2016) auf 89% (2022) erhöht (Statista 2023). Der *Newsweek* ging im Mai 2022 auf die Ergebnisse einer vergleichenden Meinungsumfrage in 53 Staaten ein. Die Ergebnisse widersprachen allen Erwartungen und gängigen Stereotypen. Befragt danach, ob sie ihr Land als Demokratie sehen, waren es die Chinesinnen und Chinesen, die die Liste mit 83% anführten. Zur Spitzengruppe gehörten die Schweiz, Vietnam, Indien und Norwegen. Die USA lag abgeschlagen bei 49%. Und während in China 91% sagten, ihnen sei Demokratie wichtig, waren es in den USA 76%. *Newsweek* hob auch die folgenden Zahlen hervor: »Etwa 63% in den USA gaben an, dass ihre Regierung hauptsächlich den Interessen einer Minderheit dient, während nur 7% in China dasselbe sagten. Auf die Frage, ob in ihrem Land freie und faire Wahlen abgehalten werden und

alle Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung haben, antwortete fast ein Drittel der Befragten in den USA, nämlich 32% bzw. 31%, dass dies nicht der Fall sei, während nur 17% bzw. 5% in China die gleichen Fragen negativ beantworteten. Und in China gaben nur 5% an, dass in ihrem Land nicht jeder die gleichen Rechte genießt, während in den USA 42% diese Frage bejahten.« (O'Connor 2022)

### **Herrschaft des Volkes: Eine Organisation mit eiserner Hand, um Sand zu Stein zu formen**

In seinen Vorlesungen kam Sun Yatsen immer wieder darauf zurück, dass das damalige China durch westliche Ausländer in doppelter Hinsicht kritisiert würde: Einerseits gäbe es den Vorwurf, die Chinesen hätten kein Verständnis von Freiheit und bildeten deshalb ein primitives Volk: »Diese Kritik steht jedoch im Widerspruch zu einer anderen Kritik, die besagt, dass das chinesische Volk zersplittert ist wie verstreuter Sand. Wir werden mit verstreutem Sand verglichen, weil unsere nationale Gruppe über keine starke Organisation verfügt. Wenn Sand verstreut wird, ist jedes einzelne Sandkorn frei, und diese Freiheit geht verloren, sobald der Sand zu Felsen geformt wird. In ähnlicher Weise hat der einzelne Chinese einen großen Bereich der Freiheit, da es keine Organisation mit eiserner Hand gibt, die die Handlungen des Einzelnen einschränkt; aber infolgedessen bilden die Chinesen wie verstreuter Sand keine integrale Einheit.« (Sun Yatsen 1924: 64)

Die erste und wichtigste Aufgabe, um den Wiederaufstieg Chinas zu einer führenden zivilisatorischen Macht zu realisieren, sah Sun Yatsen im Entstehen eines Nationalbewusstseins: »Vereint die vierhundert Millionen [Chinesen, M.B.] und rettet die Nation durch Nationalbewusstsein!« (Sun Yatsen 1924: 6) Anders als Nationalitäten seien Nationen nicht historisch gewachsen, sondern würden durch den Kampf hergestellt. Es geht um Staatlichkeit, begründet auf dem Bewusstsein der Zusammengehörigkeit und verteidigt als nationale Gemeinschaft. Demokratie ist unmöglich, ohne ein »Volk«, dessen Bürgerinnen und Bürger sich als Gemeinschaft verstehen und als Gemeinschaft organisieren.

Sun Yatsen sah die Herstellung einer nationalen Gemeinschaft nicht als Gegensatz zu einer Weltgemeinschaft, sondern als Bedingung und Schritt dahin. Dies bedeutete für ihn, »dass wir das Nationalbewusstsein vor dem Kosmopolitismus predigen müssen; denn es ist nicht sinnvoll, den Kosmopolitismus zu predigen, ohne vorher das Nationalbewusstsein zu predigen. Wahr ist das Sprichwort: ›Um die Welt friedlich und glücklich zu machen, muss die Nation zuerst gut regiert werden!‹« (Sun Yatsen 1924: 37) Eine solche Erkenntnis kann nur der ignorieren, der in gut regierten stabilen Ländern lebt, deren Grenzen klar definiert und anerkannt sind, in dessen innere Angelegenheiten sich keine ausländische Kraft einmischt.

Bevor die KPCh 1949 zu einem »Organisationskaiser« aufstieg (Zheng Yongnian), war sie zunächst einmal in den Worten von Isaac Deutscher und in Anspielung auf den großen russischen Bauernführer Jemeljan Iwanowitsch Pugatschow (1742–1775) über mehr als 20 Jahre ein »Super-Pugatschow« (Deutscher 1964: 15), lebte inmitten der Bauern und organisierte eine Bauernarmee, schuf befreite ländliche Gebiete unter eigener Kontrolle, bewies sich als Partei des Volkes. Diese Gründungsgeschichte ist bis heute lebendig und wird verstärkt im Rahmen des »roten Tourismus« wieder erinnert (Pieke 2021: 101).

Im Selbstverständnis der KPCh ist es die Partei, die das chinesische Volk im Bürgerkrieg zur nationalen Einheit geführt hat und zugleich bis heute der Garant dieser Einheit ist. Die führende Rolle der KPCh wird als die entscheidende Bedingung dafür angesehen, dass der Wiederaufstieg Chinas erfolgreich erfüllt werden kann. Sie hat in diesem Verständnis eine nationale Mission und jeder Angriff auf die KPCh wird als Angriff auf China selbst gewertet. In China sind es nicht die gewaltenteiligen Institutionen einer liberalen Demokratie, die die Einheit des Staates verkörpern, sondern es ist der zentrale Akteur des politischen Systems – die KPCh. In ihrem Verständnis bildet sie den Zement, der das chinesische Volk zusammenhält. Vor Augen steht das Scheitern der ersten chinesischen Republik, deren parlamentarische Repräsentanten nach Sun Yatsen vor allem ihre eigenen partikularen Interessen vertraten und so einer Militärdiktatur den Weg

bereiteten, aber auch das Auseinanderfallen der Sowjetunion in Folge der Liberalisierung durch die Perestroika.

Die KPCh ist sich dessen bewusst, dass sie das Mandat des chinesischen Volkes zur Regierung immer wieder neu erwerben muss. Ganz in der chinesischen Tradition des stets drohenden Sturzes einer kaiserlichen Dynastie kann der Regierung durch das Volk das Mandat des Himmels in Unruhen, Aufständen bis hin zum Bürgerkrieg entzogen werden. Oder wie ein altes chinesisches Sprichwort sagt: »Der Himmel sieht, wie mein Volk sieht; der Himmel hört, wie mein Volk hört.« (Zitiert in Theobald 2019) Die wichtigste Bedingung für den Erhalt der Regierungsmacht ist aus Sicht der KPCh, dass sie sich als unverzichtbar für den weiteren Aufstieg Chinas, für die Wahrung von Einheit und Stabilität und für wachsenden Wohlstand und Teilhabe für alle erweist. Patricia M. Thornton schreibt: »Ihre schiere Größe, ihr einzigartiger historischer Werdegang und ihre Fähigkeit, trotz wiederholter Herausforderungen zu regieren, machen die KPCh zu einer der erfolgreichsten politischen Parteien der Geschichte. [...] Der Schlüssel zum Überleben der Partei ist die Anpassungsfähigkeit ihrer Institutionen, die Widerstandsfähigkeit ihrer Praktiken und ihre Fähigkeit zur Innovation. Gleichzeitig hat die KPCh eine Geschichte von manchmal katastrophalen Misserfolgen eingeräumt [...].« (Thornton 2021: 1)

### **Herrschaft durch das Volk: Konsultative Demokratie**

Was aber bedeutet es, wenn eine Partei, die weder ihre eigene führende Stellung noch ihr Personal bei allgemeinen und geheimen Wahlen auf der Basis offener Parteienkonkurrenz zur freien Disposition stellt, sich als demokratisch versteht? Kann unter diesen Bedingungen überhaupt von einer Regierung durch das Volk in irgendeiner sinnvollen Weise die Rede sein? Oder in den Worten von Sun Yatsen: Wenn wir einmal eine handlungsstarke und effiziente Regierung haben, »wie kann sie durch das Volk kontrolliert und ausgerichtet werden« (Sun Yatsen 1924: 97) und so als Regierung *durch* das Volk realisiert werden?

In seinen Vorlesungen von 1923 führte Sun Yatsen eine Unterscheidung an, die bis heute in China nachzuwirken scheint.

Er ging davon aus, dass einerseits die demokratische *Macht* beim Volke liegen müsse, die kompetente Ausübung der Regierungsgewalt aber in den Händen einer davon unterschiedenen Gruppe: »Nur die Fähigen sollen herrschen!« (Sun Yatsen 1924: 100), so eine seiner Forderungen. Oder wie er zusammenfasst: »In unserem Land muss das Volk die politische Macht kontrollieren, aber es sollte einer Regierung, die sich aus Experten zusammensetzt, freie Hand bei der Verwaltung geben.« (Sun Yatsen 1924: 102) Der Staat sei eine administrative Maschine, deren Handhabung bei kompetenten Staatsingenieuren liegen müsse. Ziel sei ein politisches System, wo das Volk umfassende Macht habe, die Richtung festzulegen, und die Regierung umfassende Durchsetzungskraft (siehe Sun Yatsen 1924: 113). Gerade in Fragen des effizienten Staatsaufbaus sei China über Jahrtausende dem Westen voraus gewesen. Einerseits lag die exekutive, legislative und judikative Macht vereint beim Kaiser, aber das Aufsichtsrecht und das Recht der Beförderung auf der Basis von Prüfungen sei vom Kaiser relativ unabhängig gewesen. So sei auch die Gewaltenteilung in China vor der im Westen ausgebildet worden.

Aus dem stehenden Urteil, China habe ein autoritäres Regime, wird »logisch« geschlussfolgert, dass die Bürgerinnen und Bürger die Politik ihrer Regierung nicht oder zumindest in deutlich geringerem Maße als in liberalen Demokratien beeinflussen. Chinesische Politiker verweisen in diesem Zusammenhang ihrerseits darauf, dass in liberalen Demokratien Wahlen zwar beeinflussen, wer in Parlamenten Beschlüsse fasst bzw. regiert, diesem Parlament und der Regierung aber dann für Jahre weitgehend freie Hand lassen. In China dagegen sei der Druck auf die Regierungen aller Ebenen permanent. Wie die US-Amerikanische Wissenschaftlerin Ann Lee feststellt: »Chinas Führer sind äußerst sensibel für die Tatsache, dass sie von der Macht entfernt werden könnten, wenn ihre Legitimität jemals in Frage gestellt würde. Angesichts der Dutzenden Millionen von Wanderarbeitern, die in Chinas Großstädten ständig auf der Suche nach Arbeit sind, würde es nicht viel brauchen, bis ein Aufstand die Sicherheitskräfte überwältigt und das Land in ein völliges Chaos stürzt. [...] Die Chinesen betrachten ihre Regierungsform tatsächlich



als demokratischer als die westliche Demokratie im idealen Sinne des Dienstes an der Öffentlichkeit. Sie sind der festen Überzeugung, dass sie, obwohl sie die einzige Partei an der Macht sind, jederzeit von einer wütenden Öffentlichkeit abgesetzt werden können, wenn sie den langfristigen Interessen der Nation nicht dienen.« (Lee 2012: 88, 89)

Proteste sind in China Initialzündung für Reformen oder auch jähe Wendungen wie bei dem Ende der Null-Covid-Politik. Streiks, Aufläufe vor Behörden, der Shitstorm in den sozialen Medien, das System von Eingaben und Beschwerden erzeugen einen – in Maßen durchaus gewünschten und geduldeten – Druck. Jene, die als Anführer stigmatisiert werden, bezahlen teilweise einen sehr hohen Preis. Toleranz und Repression gehen Hand in Hand. Es wird das gesamtstaatliche Monopol der offiziellen Gewerkschaften bewahrt und doch gibt es viele Formen der Organisierung der Arbeiter jenseits dieser Gewerkschaften, mit denen die Behörden auch kooperieren. Man ist auf die Kooperation mit einer Arbeiterklasse angewiesen, die sehr mobil und teilweise auch sehr militant sein kann. Immer wieder erfassen Streikwellen einzelne Provinzen und Branchen. Aber auch ökologische Fragen, das Wohnungsproblem, kulturell konnotierte Konflikte brechen aus und signalisieren Veränderungsbedarf.

Wie dramatisch sich das Bottom-Up-Prinzip bei der Willensbildung auswirken kann, zeigte sich schon am Beginn des Reformprozesses. Im Oktober 1978 trafen sich 18 Bauern des Dorfes Xiaogang im Kreis Fengyang in der Provinz Anhui und fassten einen Beschluss, den sie auch schriftlich festhielten. Sie teilten das Land ihrer Kommune wieder zwischen den Familien auf und hielten fest: »Wenn wir erfolgreich sind, werden wir das Land nicht um Geld oder Getreide bitten. Wenn wir nicht [erfolgreich] sind, sind wir Kader bereit, Gefängnis oder die Todesstrafe zu riskieren.« Das Dokument befindet sich heute im Beijinger Nationalmuseum Chinas (siehe Shui/Veek 2012). Der chinesische Reformprozess war von Anfang an zugleich von unten wie von oben initiiert und vollzog sich im Wechselspiel.

Gerade auf lokaler Ebene sind die chinesischen Regierungen denen vieler anderer Länder voraus, wenn es darum geht,

die Bevölkerung zu konsultieren und ihre Anliegen zu berücksichtigen. Dafür werden nicht zuletzt die modernen Medien genutzt. E-Governance unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung ist keine Phrase. Auch viele zentrale Gesetzesvorhaben wie das Arbeitsgesetz wurden und werden umfassend diskutiert. Klaus Mühlhahn kommt zu dem Schluss: »Der Mangel an demokratischen Prozessen und Institutionen [im liberalen Sinne, M.B.] in China erhöhte paradoxerweise den Druck zur Bewältigung öffentlicher Belange und politischer Herausforderungen. Öffentliche Massenproteste alarmierten die Regierung und veranlassten sie zu schnellen Maßnahmen wie etwa Haftbarmachung von Verantwortlichen, Festnahmen von Funktionären und Entschädigungszahlungen. Während fehlende demokratische Mechanismen zur Meinungsäußerung und Behebung der Unzufriedenheit der Bevölkerung sicherlich ein Hauptgrund für die Intensität vieler sozialer und politischer Unruhen waren, zwang dieses gleiche demokratische Defizit die Regierung, rasch wirkungsvolle Lösungen bei Skandalen und sozialen Spannungen zu finden.« (Mühlhahn 2022: 643) Die KPCh drückt dies so aus: »Die ganze Partei muss sich fest ins Gedächtnis prägen, dass fortbesteht, wer sich auf Ernstfälle einstellt, und untergeht, wer sich in falscher Sicherheit wiegt. Es gilt, immer wieder für die Zukunft zu planen und auch in Friedenszeiten die Gefahren zu bedenken. Wir müssen das neue große Projekt des Parteaufbaus im neuen Zeitalter weiter vorantreiben, an der umfassenden strengen Führung der Partei festhalten, den Aufbau des Arbeitsstils der Partei und einer redlichen und rechtschaffenen Regierung sowie den Kampf gegen Korruption entschlossen vorantreiben.« (ZK der KP Chinas 2021: 67)

China ist ein Land von hoher wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Heterogenität mit 1,4 Mrd. Menschen. Eine der Hauptaufgaben ist es, möglichst häufig zu Entscheidungen zu kommen, die auf der Basis der Anhörung der Ansichten aller relevanten betroffenen Kräfte und der Berücksichtigung der wesentlichen Interessen gefällt werden. Entscheidungen müssen so vorbereitet werden, dass sie möglichst vielen Beteiligten nützen – oder wie die Chinesinnen und Chinesen sagen, sich als

Win-win-Entscheidungen darstellen. Auf der Basis eines Einparteienstaates gibt es dafür nur den Ausweg einer konsultativen Demokratie, in der breite Beteiligung an der Diskussion und Monopolisierung des Letztentscheidungsrechts durch die Parteiorgane verbunden werden.

Eine konsultative Demokratie im Rahmen eines kommunistischen Einparteienstaats bürdet beiden Seiten eine hohe Verantwortung auf: Die Geltendmachung von Interessen, die Äußerung von eigenen Positionen und die Entwicklung kritischer Analysen darf das Monopol der Staatspartei nicht infrage stellen, und dieses Monopol darf seinerseits nicht den Raum zerstören, in dem Interessen artikuliert und Positionen geäußert werden. Die KPCh bezieht sich dabei immer wieder auf ein im revolutionären Kampf entwickeltes Prinzip, das mit Mao Zedong verbunden wird. Dieses Prinzip besagt, »die Ideen der Massen zu bündeln und in systematische Ideen umzuwandeln, dann zu den Massen zu gehen, damit die Ideen durchgehalten und durchgesetzt werden, und die Richtigkeit dieser Ideen in der Praxis der Massen zu prüfen« (CPC Central Committee 1981, These 30). Demzufolge geht es nicht um einen Top-Down-Prozess, sondern um einen Zyklus, der die Pole »Partei« und »Massen« in ihrer Vielfalt in ständige Wechselbeziehung setzt. Doris und John Naisbitt formulieren das Ergebnis so: »Die Partei hat sich von einem willkürlichen, von der Spitze abwärts regierenden, autokratischen System in ein funktionierendes Ein-Parteien-System mit starker Beteiligung der Basis und zunehmender Transparenz seiner Entscheidungen und deren Umsetzung gewandelt.« (Naisbitt/Naisbitt 2009: 57f.) In den letzten Jahrzehnten wurde ein umfassendes System entwickelt, um auf den verschiedenen Ebenen Entscheidungen auf der Basis von Konsultationen zu etablieren. »Wichtige Entscheidungen des Zentralkomitees der KPCh werden mit großer Sorgfalt getroffen. Wichtige Pläne werden in verschiedenen Abteilungen, in den zuständigen Führungsgruppen des Zentralkomitees und im Staatsrat erörtert, bevor sie den Sitzungen des Ständigen Ausschusses des Politbüros und den Sitzungen des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh zur Beratung vorgelegt werden. Bestehen sie die Überprüfung nicht, werden sie zur

erneuten Prüfung und Überarbeitung zurückgenommen und in späteren Sitzungen erneut diskutiert. Diese Verfahren sind obligatorisch und institutionell festgelegt.« (Xin Xiangyang 2020: 169) Berichte des Generalsekretärs an einen Parteitag werden durch Studiengruppen vorbereitet, die auch in die Provinzen fahren und sich dort mit Vertretern aus den verschiedensten sozialen Gruppen und wissenschaftlichen wie politischen Einrichtungen beraten (Kuhn 2005: 509–511). Immer wieder aber werden diese konsultativen Prozesse eingeschränkt, sobald angenommen wird, dass sie das Machtmonopol der Partei bedrohen könnten.

### **Demokratie für das Volk:**

#### **Die KPCh als Dienstleisterin für das Volk**

Sun Yatsen formulierte als drittes demokratisches Prinzip das der Wohlfahrt des Volkes – der Demokratie *für* das Volk. Die Regierung habe sich der sozialen Frage zu widmen, wie sie sich unter den Bedingungen der Industrialisierung völlig neu stelle. Dieses dritte Prinzip besitzt für ihn unmittelbare Berührungspunkte zum Sozialismus oder Kommunismus: »Man kann sagen, dass der Kommunismus das Ideal der Wohlfahrt des Volkes ist, und dass die Lehre von der Wohlfahrt des Volkes die praktische Anwendung des Kommunismus ist [...]. Erst wenn die Lehre vom Lebensunterhalt in die Praxis umgesetzt ist, wird die soziale Frage gelöst sein und die Menschheit in den Genuss des größten Segens kommen können.« (Sun Yatsen 1924: 130) Sun Yatsen kritisierte, dass die Mehrheit der Kuomintang-Anhänger nur die Prinzipien des Nationalbewusstseins und der Rechte des Volkes, aber nicht das der Lehre vom Lebensunterhalt und des Wohls des Volkes angenommen hätten (Sun Yatsen 1924: 133). Zugleich warnte er vor der Übernahme der orthodox marxistischen Ideen: »Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass Chinas Problem die Armut und nicht die ungleiche Verteilung des Reichtums ist. In einer Gesellschaft, in der der Reichtum zu ungleich verteilt ist, stellen die Marxschen Ideen von Klassenkampf und Diktatur eine geeignete Lösung dar. In China ist die Industrie nicht entwickelt, und daher hat das Land wenig Verwendung für diese Ideen. Wir können heute also die

Ideen von Marx als Referenz studieren, aber wir dürfen seine Methoden nicht anwenden.« (Sun Yatsen 1924: 138)

Der Kritik an Chinas politischem System liegt auch zugrunde, dass angenommen wird, dass »Demokratien ihren Bürgern tendenziell mehr öffentliche Güter zur Verfügung als autoritäre Regime« (Dickson 2016: 11) bereitstellen würden, weil die Repräsentanten wiedergewählt werden wollen. Versteht man die KPCh als leninistischen organisatorischen Kaiser und als einen den chinesischen Staat begründenden, die Gesellschaft transformierenden Akteur, dann stellt sich die Frage, warum sie den Interessen Chinas und seiner Bevölkerung folgen sollte und nicht nur dem Interesse am eigenen Machterhalt und der Bereicherung seiner Führungsgruppe. Wieso sollte die Partei ihrer immer wieder erklärten Selbstverpflichtung »Dem Volke dienen« nachkommen? Mancur Olson hatte 1993 in einer Rational-Choice-basierenden Konstruktion versucht nachzuweisen, in welchem Maße das Eigeninteresse einer Regierung mit dem der Regierten in Übereinstimmung liegen könne. Ein autoritärer Machthaber würde nur dann und in dem Maße Steuergelder für öffentliche Güter ausgeben, wie dadurch jener Anteil, den er durch Steuern erzielen kann und für sich selbst zu nutzen vermag, gleichfalls gesteigert werden könne: »Er wird [...] Geld für öffentliche Güter ausgeben bis zu dem Punkt, an dem sein letzter Dollar an Ausgaben für öffentliche Güter eine Erhöhung seines *Anteils* am Volkseinkommen um einen Dollar bewirkt.« (Olson 1993: 570) Da im Unterschied zu autoritären Systemen in liberalen Demokratien die Regierung von den Regierten bestellt sei, würden diese ihre Zustimmung zu Ausgaben für öffentliche Güter nicht nur mit der Möglichkeit von erhöhten Einnahmen der Regierung ins Verhältnis setzen, sondern vor allem auch zu der Steigerung der eigenen Einkommen. Deshalb hätten Demokratien der Tendenz nach höhere Ausgaben für öffentliche Güter und geringere Steuern als Autokratien. Kontrafaktisch dazu steigert China jedoch ständig die Aufwendungen für öffentliche Güter und versucht zugleich, die Steuern niedrig zu halten. Die KPCh verhält sich also nicht wie ein Autokrat, der nur sein eigenes Interesse im Auge hat. Wie ist dies möglich?

Schon der Rückblick auf die sowjetisch geprägten Gesellschaften Osteuropas lässt daran zweifeln. Mehr noch gilt dies heute für China: Gerade aus der Verbindung von kommunistischer und nationaler Legitimation einerseits und dem Wissen der KPCh um die besondere Verwundbarkeit ihrer führenden Stellung andererseits erwuchs in den letzten Jahrzehnten ein umfassendes Programm der Bereitstellung öffentlicher Güter wie die Kranken- und Rentenversicherung, die Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitssystems, der ökologische Umbau usw. Ganz im Gegensatz zu liberalen sozialwissenschaftlichen Annahmen, dass »autoritäre« Systeme Hochschulbildung einschränken (Dickson 2016: 186), hat China diese in den letzten 20 Jahren rasch ausgeweitet. Man könnte auch sagen, die KPCh verhält sich einerseits tatsächlich wie eine autoritäre Partei, wenn man darunter eine Kraft versteht, die das eigene Machtmonopol mit aller ihr zur Verfügung stehenden Macht schützt. Andererseits aber agiert sie wie eine demokratische Kraft, indem sie die Einheit des Volkes zu wahren sucht, Reformen initiiert hat, um den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die konkrete Politik zu erhöhen, und sich stark an öffentlichen Gütern und dem Wohlstand der Bevölkerung sowie dem Aufstieg Chinas in der Weltgesellschaft orientiert.

### **Die arbeitenden Klassen als Akteure der Transformation**

Chinas werktätige Bevölkerung umfasst heute rd. 810 Mio. Menschen, 290 Mio. davon gehören zu denen, die als Bauern-Arbeiterinnen und -Arbeiter registriert sind. Sie haben keinen dauerhaften Wohnsitz am Ort ihrer Arbeit (Green 2018), der ihnen volle Rechte auf die entsprechenden sozialen und kulturellen Dienstleistungen in der Stadt gibt und auch politische Rechte sichert. Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik 1978 haben die arbeitenden Klassen Chinas eine ungeheure, teilweise sehr harte Transformation durchlaufen. Es wäre aber falsch, diesen Prozess auf ein »Opfer-Narrativ« (kritisch dazu Pringle/Fuchs 2015: 53) zu verkürzen. Es sind Prozesse von Verlust, Emanzipation und Eroberung neuer individueller, aber auch kollektiver Gestaltungsräume. In den Jahren zwischen 1978 und 2000 entstand

der weltweit größte nationale Arbeitsmarkt. Die »eiserne Reischale«, die die Arbeiterinnen und Arbeiter der staatlichen Betriebe bis 1978 abgesichert hatte, wurde zerschlagen (Fuchs 2015: 308). Allein zwischen 1998 und 2001 wurden 22,5 Mio. Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen, insgesamt waren es über 50 Millionen (Pringle/Fuchs 2015: 56; Fuchs 2015: 312). Mit der Auflösung der landwirtschaftlichen Kommunen wurden zugleich Hunderte Millionen Bäuerinnen und Bauern in die entstehenden Arbeitsmärkte hineingezogen.

Diese Freisetzung der Arbeitskräfte aus staatlichen Betrieben und landwirtschaftlichen Kommunen schuf auch in China die »doppelt freie Lohnarbeit«. Diese Freiheit war zudem doppelt eingeschränkt: einerseits durch die ungleichen Rechte der Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten gegenüber denen, die am entsprechenden Ort registriert waren und vollen Zugang zu den städtischen Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung, soziale Absicherung) erhielten; andererseits durch die Tatsache, dass sie keine vom Staat und der Partei unabhängige Gewerkschaften bilden können. Anfangs wurden die Arbeitsmigrantinnen und -migranten nicht einmal in die offiziellen Gewerkschaften (ACGB) aufgenommen, da sie als Bauern galten. Es dauerte auch, bis die offiziellen Gewerkschaften die Organisierung der Beschäftigten im privatwirtschaftlichen Sektor übernahmen.

Pringle und Fuchs skizzieren die Ambivalenz der offiziellen Gewerkschaften in folgender Weise: »Die Führung durch die Partei stellte in der Reformära ein zweiseitiges Schwert für den ACGB dar. Einerseits verlieh es der Organisation ausreichend politisches Kapital, um sich zu regenerieren und eine tragende Rolle in der Ausarbeitung von Gesetzen sowie innerhalb der neuen Institutionen zur Regulation der Arbeitsverhältnisse einzunehmen [...] Andererseits wurde das Vertrauen in die Repräsentationsfähigkeit des ACGB durch seine Unterordnung unter die Partei und die entsprechende Befolgung politischer Vorgaben zersetzt. An seiner traditionellen Basis im Staatssektor war der ACGB politisch daran gehindert, sich gegen die Restrukturierungen und die massiven Jobverluste aufzulehnen. [...] Mit der Annäherung der Arbeitsmärkte im staatlichen und privaten Sektor durch die

Ausbreitung kapitalistischer Arbeitsverhältnisse wurden Klassenkämpfe zur entscheidenden Triebkraft für Gewerkschaftsreformen.« (Pringle/Fuchs 2015: 58)

Die Klassen- und Sozialverhältnisse des heutigen Chinas sind im Prozess von Reform und Öffnung von oben wie von unten, zentralstaatlich und regional sowie lokal, durch staatliche, kollektive und private Akteure entstanden. Kommodifizierung der Arbeitskraft und Einschränkung des Warencharakters der Arbeitskraft im Maße der Kodifizierung der Arbeitsverhältnisse und sozialstaatliche Reformen bildeten die Zyklen der Transformation. Die kollektiven Protestbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und insbesondere der Arbeitsmigrantinnen und -migranten wie aber auch die individuelle Bereitschaft, sich schnell einen neuen Arbeitsplatz zu suchen und so Regionen und Unternehmen in eine Konkurrenz um knapper werdende Arbeitskräfte zu versetzen, haben immer wieder Krisen ausgelöst, auf die Staat wie Unternehmen, aber auch die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst Antworten finden mussten. Es gibt Hunderttausende Arbeitskonflikte jährlich. Von einer Ohnmacht gegenüber dem Staat und den Unternehmen kann keine Rede sein. Während Englands Arbeiterklasse über fast siebenzig Jahre nach der Industriellen Revolution keine wirkliche Verbesserung ihres Lebensstandards erreichen konnte, sieht die Erfolgsbilanz der chinesischen Arbeiterklasse seit 1978 deutlich anders aus, ohne dass eine autonome Arbeiterbewegung entstand. Studien zu den Aktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter Chinas kommen zu dem Schluss: »Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die kollektiven Aktionen der chinesischen Arbeiterinnen und Arbeiter zu einem anhaltenden externen Druck geworden sind, der die Arbeitspolitik der Regierung sowohl auf lokaler als auch auf zentraler Ebene beeinflusst.« (Leung 2014: 4)

In jeder Situation, in der die Prozesse außer Kontrolle der Partei zu geraten schienen, wo sich Unzufriedenheit, Kritik und Verselbständigung gegenüber der Hegemonie durch die KPCh zu einem brisanten Krisenknäuel verbanden, wurde mit Umbauprozessen reagiert. Die Erwartung, soziale Konflikte bis hin zum offenen Klassenkampf würden eskalieren, hat sich nicht



bestätigt. Es zeigt sich, »dass der Parteistaat dort, wo es notwendig war, eine engere Beziehung zu gesellschaftlichen Gruppen hergestellt hat, die andernfalls eine Herausforderung für das Regime darstellen könnten« (Goodman 2014: 156). Innerhalb des gegebenen politisch-sozialen Systems wurden funktionale Äquivalente gefunden, die es erlauben, Antworten auf die Ansprüche der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Angestellten auf Partizipation und Repräsentation zu finden.

1978 war China eine Gesellschaft hoher Gleichheit mit einem Gini-Koeffizienten von 0,2. Aber es war eine Gleichheit in der Armut (Goodman 2014: 45). In der ersten Welle der Reformen stiegen gerade die Einkommen der unteren Gruppen, in der Landwirtschaft, aber auch in der Industrie an. Die »Kopfarbeiter« waren zunächst die relativen Verlierer. Chinesische Sozialforscher sprachen vom Phänomen »Kopf-Körper-verkehrt-herum«, da das kulturelle Kapital von Bildung entwertet schien (Chunling 2016: 66). In der zweiten Phase ab 1996 stiegen die sozialen Differenzierungen rasant an und die Ungleichheit wuchs sprunghaft. 2010 erreichte der Gini-Koeffizient den Wert von 0,45. Die Klassenpolarisierung wurde sehr hoch. Die Kluft zwischen den Mittelschichten und den ärmeren Gruppen nahm deutlich zu. Das staatliche System der Wohnregistrierung und der Privilegien für bestimmte Betriebe und Organisationen, das marktwirtschaftliche System und die Strukturen politischer Verteilung von Macht und Eigentum bildeten eine Trias der Ungleichheit. Politisches, soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital (Bourdieu 2015) wurden zu jenen Ressourcen, die über Klassenlage und Aufstiegschancen bzw. Abstiegsgefahren entschieden. Die Bedeutung des politischen Kapitals wurde gegenüber dem ökonomischen Kapital wieder gestärkt (Chunling 2016: 72).

Yan Ye von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) schrieb mit Blick auf die sozialen Gruppen der Gesellschaft 2018: »Der obere Bereich zeichnet sich durch Luxus und Vulgarität aus. Die Mitte ist energisch und ängstlich, und der untere Teil arbeitet bis zum Umfallen und ist wütend. Bei der Verfolgung von Interessen wird der Wettbewerb in der gesamten Gesellschaft immer erbitterter.« (Zitiert in Goodman 2014:

63) Darauf reagierte die neue Parteiführung. Mittlerweile gibt es Tendenzen, dass die soziale Polarisierung wieder sinkt, und zwar deutlich. Die OECD und die Weltbank geben für das Ende des 2010er-Jahrzehnts 0,38 an (OECD 2022). Ziel ist es, den Gini-Koeffizienten bis 2040 auf 0,30 zu senken. Dies entspricht dem heutigen Niveau Deutschlands. Auch die regionalen Disparitäten und die Ungleichheit mit Bezug auf Geschlechterverhältnisse sind relativ hoch, aber die Maßnahmen, dem entgegenzuwirken, wurden massiv ausgeweitet. In den ersten beiden Jahrzehnten waren Wachstum des Bruttosozialprodukts und Verbesserung der Lebensmöglichkeiten sehr stark miteinander verbunden, mittlerweile hat sich die Korrelation abgeschwächt. Die KPCh stellt deshalb das Konzept der »auf die Bürgerinnen und Bürger zentrierten Entwicklung« ins Zentrum.

In jeder der bisherigen drei Wellen der Epoche der Reform- und Öffnungspolitik waren vielfältige, örtlich und zeitlich begrenzte Proteste, politisch-intellektuelle und akademische Interventionen sowie Lernprozesse in der KPCh auf lokaler, regionaler und gesamtstaatlicher Ebene der Auslöser für teilweise starke und deutliche Veränderungen der Politik. Weder ist die KPCh die einzige Kraft, die politisch etwas bewegt, noch gibt es die Arbeiterklasse, Bauernschaft oder die Mittelschicht als organisierter Klassenakteur. Transformation mit chinesischer Prägung vollzieht sich als komplexe Interaktion politischer, sozialer und kultureller Kräfte unter der bisher immer wieder neu sich herstellenden Hegemonie der KPCh und in den Strukturen, die von ihr dominiert werden.

Eine der klassischen Annahmen der klassischen Modernisierungstheorie ist, dass die Mittelschichten einer Gesellschaft zu liberalen Einstellungen tendieren. Dies hat sich nicht nur in westlichen Gesellschaften nicht bestätigt, sondern trifft in dieser Eindimensionalität auch nicht auf die VR China zu. Das Informationsniveau der chinesischen Mittelschichten ist hoch, viele haben Reisen ins Ausland absolviert und sich eine eigene Meinung gebildet. Sie vergleichen ständig die Vor- und Nachteile des eigenen Systems unter Führung der KPCh mit denen der USA oder anderer Staaten sehr pragmatisch mit Blick auf deren

Leistungsfähigkeit, bezogen auf die eigenen Bedürfnisse, aber auch hinsichtlich der Stellung Chinas in der Welt.

Sie erwarten von Partei und Staat die Umsetzung jener Erwartungen, die sie formuliert haben. Und diese sind in vielen Bereichen kritisch, wenn es um soziale Gerechtigkeit, Möglichkeiten der Mitsprache, Ökologie, öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen von Bildung und Gesundheit und nicht zuletzt im Bereich von Wohnen und Wohneigentum geht. Der Staat erscheint in dieser Hinsicht als Transformationsagentur und präsentiert sich auch als solche. Solange er sich dabei bewährt, wird das Arrangement auch halten. Ying Miao kommt auf der Basis empirischer Untersuchungen in der südchinesischen Stadt Ningbo zu dem Schluss: »Die Mittelschicht [...] ist der festen Überzeugung, dass nur die Regierung den Wandel maßgeblich vorantreiben kann.« (Ying Miao 2016: Kapitel 4.6) Aufgrund ihrer Erfahrungen in China und mit Blick auf die internationalen Verhältnisse haben die Angehörigen dieser Mittelschichten ein Set miteinander verbundener und nur auf den ersten Blick inkompatibler Auffassungen herausgebildet, die sie aber als sich ergänzende und bedingende Pole des Sowohl-als-auch, von Yin und Yang verstehen und nicht als Antagonismen. Es hängt von den konkreten Bedingungen ab, wie die Gegensätze artikuliert werden. Der Fluss, auf dem Chinas kommunistischer Parteistaat schwimmt, ist in ständiger Bewegung und kann immer auch gefährliche Wirbel erzeugen, wenn das Schiff nicht den Kurs stets neu so bestimmt, dass den Interessen und Werten der Bürgerinnen und Bürger Chinas Rechnung getragen wird und es nicht zur Spaltung der Crew kommt. Dies weiß die Parteiführung.

### **Die Paradoxa des chinesischen politischen Systems**

Die gängigen liberalen Theorien können die politische Wirklichkeit Chinas nicht erklären. Sie scheitern am Widerspruch zwischen einer hochdynamischen Wirtschaft und Gesellschaft und der Annahme eines rigide politischen Kommandosystems mit totalitären Zügen. Immer wieder wird behauptet, dass die Erfolge Chinas *trotz* der Führung durch die KPCh erreicht wurden, obwohl so vieles auf das Gegenteil hinweist. In eine ähnliche Falle

laufen eine ganze Reihe marxistischer Forscher, die den Widerspruch dadurch einebnen, dass sie das leninistische System chinesischer Prägung einfach zum idealen Überbau eines modernen Staatskapitalismus erklären. Die obige Darstellung sollte deutlich gemacht haben, dass die KPCh versucht, sich den Problemen von Legitimation und Herrschaft einer komplexen Gesellschaft in einer globalen Welt hoher Ungleichheit und wechselseitiger Abhängigkeit dadurch zu stellen, dass sie in immer neuen Anläufen danach sucht, wie sie den damit verbundenen Widersprüchen unter Wahrung und Stärkung ihrer eigenen Hegemonie in der chinesischen Gesellschaft und ihrer Führungsrolle im politischen System gerecht werden kann. Die Widersprüche zwischen dem Willen der Vielen und dem komplexen Gesamtwillen werden nicht unterdrückt, sondern in sehr verschiedenen Formen vermittelt. Die unantastbare Bedingung: Die führende Rolle der KPCh bleibt gewahrt. Was China dabei erreicht hat, erscheint vom Standpunkt vieler westlicher Theorien paradox. Auf einige wenige dieser Paradoxa sein resümierend eingegangen.

- Viele Freiheiten, aber keine Freiheit gegen den Staat: Niemals zuvor in der chinesischen Geschichte hatten die Bürgerinnen und Bürger Chinas so viele Freiheiten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, aber es gibt keinen Anspruch auf Freiheit schlechthin, der gegenüber dem Staat durchgesetzt werden könnte.
- Viel demokratischer Einfluss, aber keine demokratische Entscheidung darüber, welche Partei regiert: Es gibt vielfältige Wege, wie die Bürgerinnen und Bürger die Politik ihres Landes, ihrer Provinz, ihrer Kommune und ihres Kiezes beeinflussen können. Ihre Stimme zählt und wird gehört. Ihre Interessen werden umfassend beachtet. Aber dies erfolgt selektiv. Auf viele Entscheidungen nehmen die Bürgerinnen und Bürger – konsultiert durch Protest, durch Umfragen – Einfluss, aber nicht auf die Frage, dass es die KPCh ist, von der sie regiert werden.
- Eine blühende Zivilgesellschaft, aber zu den Konditionen der herrschenden Partei: Das Maß der gesellschaftlichen Selbstorganisation ist in China relativ hoch. Die Zivilgesellschaft

erfährt eine umfassende Unterstützung dort, wo sie Probleme angeht, die durch die KPCh als relevant angesehen werden oder wo Duldung angesagt scheint. Sie endet abrupt an dem Punkt, wo die zivilgesellschaftlichen Akteure das politische Monopol der KPCh herausfordern.

- Ausbau des Rechtssystems, aber kein Rechtsstaat: China hat in den letzten Jahrzehnten sein Rechtssystem aus- und umgebaut. Der Schutz der Individuen, ihrer Familien, auch der Eigentumsrechte ist weit fortgeschritten. Es gibt keine Herrschaft *des* Rechts, sondern *durch* das Recht. Dies macht China nicht zum liberalen Rechtsstaat. Doch sollte bedacht werden: Ein Nicht-Rechtsstaat ist keinesfalls zwangsläufig ein Unrechtsstaat, so wie ja auch ein Nicht-Mensch keinesfalls ein Unmensch sein muss. Unrechtsstaaten sind jene, die das Unrecht des Massenmordes und der Völkervernichtung zum Staatsziel erheben. Davon kann in China nicht die Rede sein.

Das chinesische politische System ist vor allem deshalb verwundbar, weil es dem Grundprinzip der liberalen Moderne, dass der freie Wille der Einzelnen *der* Ausgangspunkt politischer Legitimation sei, widerspricht. Wie Sun Yatsen sehen es aber auch heute viele in China: Die politische Freiheit der Einzelnen lässt das Ganze zerfallen, wenn sie nicht dem Ganzen untergeordnet wird und sich an dem Ganzen orientiert. Das kommunistische System Chinas versucht, im Selbstverständnis der KPCh zumindest, auf die Hegelsche Herausforderung zu antworten, eine Situation herbeizuführen, in der »die Freiheit die Freiheit wolle« (Hegel 1981: 58).

## Kapitel 8

### Sozialismus als geplante Mischwirtschaft

Der chinesische marxistische Politökonom Cheng Enfu der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften definiert die Grundmerkmale des chinesischen Systems mit Verweis auf Marx wie folgt: »Sozialismus mit chinesischen Merkmalen = öffentliches Eigentum als Hauptstütze und nicht-öffentliches Eigentum als Ergänzung + marktwirtschaftliche Verteilung nach Arbeit als Hauptstütze und Verteilung nach Kapital als Ergänzung [...] + durch den Plan oder den Staat gelenkte Marktwirtschaft.« (Cheng Enfu 2021: 9) Man könnte also von einem System sprechen, das einen bewusst gestalteten hybriden Charakter hat. Gegensätzliche Elemente werden verbunden und in ihrem Wirken ständig überprüft. Es gibt keine Entwicklungsrichtung zur reinen Marktwirtschaft und der Ausbau von gesellschaftlicher Planung wird nicht verstanden als Einschränkung oder gar Ersatz von marktwirtschaftlichen Prozessen. Xi Jinping hat in einer Rede – übrigens beim »15. Kollektiven Lernen« des Politbüros des XVIII. ZK der KP Chinas – unter der Überschrift »Die unsichtbare und die sichtbare Hand« den Gedanken so ausgedrückt: »In der Frage der Funktionen des Marktes und der Regierung sollen wir diese beiden – die ›unsichtbare Hand‹ des Marktes und die ›sichtbare Hand‹ der Regierung – dialektisch betrachten und gut nutzen. Wir müssen uns darum bemühen, die Funktionen des Marktes und der Regierung miteinander zu einer organischen Einheit zu verbinden, um eine sich gegenseitig ergänzende, koordinierende und fördernde Konstellation zu schaffen.« (Xi Jinping 2014b: 141)

In diesen Formeln sind eine Reihe von Charakteristika vereinigt: Erstens unterliegt das gesamte Wirtschaftssystem einer langfristigen zielgerichteten Steuerung. Die wirtschaftslenkenden Akteure betonen vor allem das Ziel der Erneuerung Chinas als großer zivilisatorischer Macht zur Entfaltung der Bedürfnisse seiner Bevölkerung sowie als Beitrag zur Lösung globaler

Probleme einer »Schicksalsgemeinschaft der Menschheit«. Zweitens handelt es sich um eine Mehrsektorenwirtschaft, wobei versucht wird, die spezifischen Vorteile jedes Sektors zu entfalten und dafür Sorge zu tragen, dass ihre jeweiligen Nachteile durch andere Sektoren kompensiert werden. Das radikale Schrumpfen des staatlichen Sektors hat keineswegs dazu geführt, dass dessen Bedeutung für die Durchsetzung der übergreifenden Strategie zurückgegangen ist. In dieser Funktion wurde er eher gestärkt und eine Welle weiterer Privatisierungen ist ausgeblieben (Saratchand 2020: 119). In den letzten Jahren wurde die Macht privater Schlüsselkonzerne eingeschränkt. Drittens wird intensiv daran gearbeitet, den Charakter der wirtschaftlichen Akteure als Unternehmen, die das eingesetzte Kapital effizient nutzen und einem starken nationalen und internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, durchzusetzen und zu erhalten. Wollte man diese verschiedenen Merkmale des chinesischen Wirtschaftssystems begrifflich zusammenfassen, könnte man von einer gelenkten Mehrsektorenwirtschaft mit starker unternehmerischer Fundierung sprechen. Die dahinterstehende Konzeption wird auch so zusammengefasst: »Innovation ist die treibende Kraft der Entwicklung, während Koordination die Kunst, ökologische Rücksichtnahme der Modus und Offenheit der notwendige Helfer der Entwicklung ist. Das Ziel ist Entwicklung für alle, und die Garantie für diese Entwicklung ist Sicherheit.« (Hu Angang et al. 2021: 28)

### **Planung mit chinesischer Prägung**

Die Wirtschaftsreformen Chinas, ihre wesentlichen Züge und Zäsuren, sind ausgiebig beschrieben worden (siehe u. a. Hu Angang et al. 2017; Wemheuer 2019; Weber 2021). Im Folgenden wird auf einige Aspekte eingegangen. Der Erste ist die Frage der Planung. Nur wer Planung damit verwechselt, bei einer Reise durch einen unbekanntem Kontinent jeden einzelnen Schritt im Voraus festlegen zu wollen, kann auf die Idee kommen, dass sich Planung, unternehmerische Selbstverantwortung für das eingesetzte Kapital und Arbeitsvermögen sowie marktwirtschaftliche Allokation von Ressourcen grundsätzlich ausschließen. Bei der volkswirtschaftlichen oder auch regionalen

bzw. kommunalen Planung ökonomischer Entwicklungen geht es um die angestrebten Ergebnisse und um die Schaffung der dafür notwendigen Bedingungen, soweit dies durch die öffentlichen Einrichtungen möglich ist. Dazu zählen Schaffung der Infrastruktur im weitesten Sinne, Angebote von sozialen und kulturellen Diensten oder von Bildungs- und Forschungsleistungen. Zugleich gehören dazu der Aufbau von Netzwerken, die öffentliche, staatliche, semistaatliche und private Wirtschaftsakteure symbiotisch verbinden und die Ausrichtung an den Planzielen befördern. Von Bedeutung sind Unternehmen, die sich direkt oder teilweise in öffentlicher Hand befinden und Schlüsselbereiche kontrollieren oder stark beeinflussen.

Rainer Land hat die Unterscheidung zwischen den Konzepten der Marktwirtschaft, der regulierten und der gelenkten Marktwirtschaft entwickelt. Während eine regulierte Marktwirtschaft vor allem darauf abzielt, das volkswirtschaftliche Gleichgewicht zu gewährleisten, Vollbeschäftigung zu sichern oder die Inflation zu kontrollieren, gehe es bei der gelenkten Marktwirtschaft um die »inhaltliche Gestaltung wirtschaftlicher Entwicklung« (Land 2020: 8): »*Gelenkte wirtschaftliche Entwicklung geht über reguliertes Wachstum hinaus, weil inhaltlich bestimmte Entwicklungsrichtungen angesteuert werden. [...] Gelenkte volkswirtschaftliche Entwicklung setzt inhaltlich bestimmte geteilte Ziele voraus.*« (Land 2020: 12) Diese inhaltliche Gestaltung ist aber ohne einen umfassenden Prozess der Planung und des organisierten Zusammenspiels sehr verschiedener Akteure bei der Planvorbereitung und -umsetzung unmöglich.

Seit Jahrzehnten wird über den Charakter des chinesischen Wirtschaftssystems gestritten. Eine der Schwierigkeiten liegt darin, dass der Begriff Planwirtschaft irreführen kann. Wie Hongjun Yu schreibt: »In einem planwirtschaftlichen System ist die gesamte Gesellschaft eine einheitliche Wirtschaftsorganisation. Die Regierung trifft die Entscheidungen für die wirtschaftlichen Operationen und die Ressourcenzuweisung, und die Unternehmen führen die Anweisungen der Regierung aus, da sie die Produktionseinheiten und ›Werkstätten‹ innerhalb der ›großen Fabrik‹, der Gesellschaft, sind. Anstatt Wirtschaftsorganisationen zu sein,



sind die Unternehmen zu einem nicht geringen Teil Verwaltungsorganisationen, die übergeordneten Regierungsstellen unterstellt sind. Infolgedessen gibt es für ihren Betrieb und ihre Produktion keine angemessenen und dauerhaften Anreize und Zwänge.« (Yu 2020: 415) Dieses System einer geplanten Zentralverwaltungswirtschaft dominierte, mit mehr oder minder starken Modifikationen, in der Sowjetunion, den europäischen staatssozialistischen Ländern und auch in China bis 1978. Ein solches System war aber vor allem durch die zentrale Verwaltung der wirtschaftlichen Ressourcen geprägt, mit der die Planung durchgesetzt werden sollte. Die unternehmerische Selbständigkeit war dem untergeordnet, die Ressourcen wurden weitgehend zentral zugeteilt, Gewinnorientierung und Marktnachfrage blieben bestenfalls sekundär.

Planung kann sich aber sehr verschiedener Instrumente bedienen und China hat damit seit 1978 sehr erfolgreich experimentiert. Es wurde die Erfahrung gemacht: »Die Kombination von Planwirtschaft und Marktwirtschaft kann die Produktivkräfte freisetzen und die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen.« (Cao 2020: 8) Die Verbindung mit unternehmerischer Selbständigkeit und marktwirtschaftlicher Allokation kann den planmäßigen Charakter der Entwicklung gegenüber einer Zentralverwaltungswirtschaft sogar deutlich erhöhen. Das zentralverwaltungswirtschaftliche Planungssystem Chinas mit seiner hohen Regionalisierung konnte in den ersten drei Jahrzehnten nach Gründung der Volksrepublik beträchtliche Erfolge aufweisen. Es gelang, ein weitgehend autonomes Industriesystem aufzubauen mit einer entsprechenden ingenieurwissenschaftlichen Grundlage. Die Reformperiode konnte daran ansetzen. Wie auch in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern traten aber Probleme auf: »Als sich die Priorität der Herstellung von ›Produktionsmitteln‹ in die Priorität der vollständigen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen verwandelte, wurde die für die gesellschaftliche Produktion erforderliche Informationsstruktur immer komplexer. Außerdem stieg die Nachfrage nach Informationen, und die Informationsquellen wurden immer verstreuter. Infolgedessen sah sich das planwirtschaftliche System zunehmend mit dem Problem der un-

vollständigen Information konfrontiert, was zu einer geringeren Produktionseffizienz führte. Gleichzeitig nahm die Anreizwirkung des neu geschaffenen sozialistischen Systems mit der Zeit ab.« (Yu 2020: 416)

Auf dieser Basis des alten Planungssystems konnte der Übergang von einer extensiven Entwicklung zu einer innovationsbasierten, an einer komplexen Nachfrage orientierten intensiven Entwicklung weder in der Sowjetunion, der DDR oder in China erfolgen. Yu zieht daraus den Schluss von der notwendigen Kombination von Planung und Markt: »[...] das planwirtschaftliche System kann die allseitige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere die allseitige Entwicklung des Menschen, fördern. Es kann die Überlegenheit des sozialistischen Systems besser verwirklichen. Das marktwirtschaftliche System kann das Eigeninteresse, die Vitalität und die Kreativität der Mitglieder der Gesellschaft besser stimulieren und somit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reichtum rasch anhäufen und erweitern« (Yu 2020: 420).

Der Erfolg Chinas erklärt sich nicht zuletzt daraus, dass keiner theoretischen Blaupause gefolgt wurde. Es handelt sich vielmehr um eine institutionelle Bricolage (Wikipedia 2021), wie sie Claude Lévi-Strauss als Denk- und Handlungsform beschrieb, die nicht einem abstrakten Modell folgt, sondern aus dem Vorhandenen schöpft und es kreativ umwandelt. Eine solche Bricolage ist »eine absichtliche, stückweise und kontinuierliche Aktivität der Umgestaltung einer Organisation, bei der einfallreich auf einen Werkzeugkasten scheinbar unvereinbarer Instrumente zurückgegriffen wird, der brandneue Praktiken neben scheinbar veralteten und vorübergehend vernachlässigten Praktiken enthält« (Koss 2021: 223). Dabei hat die KPCh auch auf ihre Erfahrungen aus der langen Periode des Bürgerkriegs zurückgegriffen (Heilmann/Perry 2011: 20–23) und selbst die Mobilisierungsansätze der Kulturrevolution nicht aus dem Auge verloren. Sehr anschaulich wird das auch so formuliert: Sich auf Plan und Markt zu stützen, sei, wie auf zwei Beinen zu laufen und nicht nur auf einem. Zweibeinig sei man stabiler, schneller und nachhaltiger« (Hu Angang et al. 2017: 132) unterwegs.

Im Zusammenhang mit dem Beitritt Chinas zur WTO wurden umfassende Reformen vorgenommen, viele Bereiche der Wirtschaft geöffnet, hat sich der wirtschaftliche Wettbewerb in China und mit ausländischen Konkurrenten deutlich verschärft. Eine Einschätzung über das Maß der Angleichung an die »eingebetteten« liberalen Ökonomien der OECD-Länder kommt zu dem Schluss: »Einerseits nimmt China erfolgreich an der internationalen Handelsliberalisierung teil und erreicht einen Grad an wirtschaftlicher Offenheit, der dem etablierter Marktwirtschaften entspricht. Andererseits hat China, während es sich als verantwortungsvoller Akteur im internationalen Handel präsentiert, ein Modell begrenzter Reziprozität in Bezug auf Marktzugang, Investitionen und Eigentum an der Wirtschaft beibehalten, das wahrscheinlich fortbestehen wird [...]. Chinas Teilnahme am internationalen Handel kann daher dazu führen, dass zentrale Grundsätze des Marktliberalismus durch eine alternative Strategie der selektiven Beschränkung des Marktzugangs und der staatlichen Intervention in die Wirtschaft ersetzt werden.« (Stefanova/Zhelev 2022: 107)

Die heutige chinesische Wirtschaft ist viel mehr als vor 40 Jahren in der Lage, wirkliche Planung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu realisieren. Die Regierungen auf nationalstaatlicher und regionaler Ebene haben die Rolle von »Entrepreneur-in-Chief« (Burlamaqui 2015) übernommen, während die staatlichen Großkonzerne im In- und Ausland zu »Flaggschiffen« werden, die die staatlichen Ziele in Gestalt zentraler Projekte unternehmerisch umsetzen (Jabbour et al. 2022). Chinas Führung ist sich der Widersprüchlichkeit eines solchen Ansatzes bewusst: »Wir bezeichnen unser System als sozialistische Marktwirtschaft, weil wir darauf orientieren, die Stärken unseres Systems zu erhalten und gleichzeitig die Mängel einer kapitalistischen Marktwirtschaft wirksam zu vermeiden. Wir erkennen die beiden Seiten der Medaille im Rahmen eines dialektischen Herangehens und müssen deshalb weiter daran arbeiten, das sozialistische Grundsystem in die Marktwirtschaft zu integrieren, wobei wir sicherstellen müssen, dass die Stärken eines jeden zum Tragen kommen; gleichzeitig müssen wir praktisch daran arbeiten,

mit der umfassenden wirtschaftlichen Herausforderung fertig zu werden, sowohl einen funktionierenden Markt als auch eine wirksam handelnde Regierung zu haben.« (Xi Jinping 2020: 6)

Einerseits wird immer wieder betont: »Wir haben uns stärker für die Entwicklung der grundlegenden Institutionen für ein Marktsystem eingesetzt, und haben Reformen vorangetrieben, um sicherzustellen, dass die Produktionsfaktoren durch den Markt zugewiesen werden.« (Li Keqiang 2022: 5) Andererseits soll die Fähigkeit des Staates gestärkt werden, die *Richtung* der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu bestimmen. Die KPCh hat immer wieder präzisierte Entwicklungsziele formuliert, die gegenwärtig bis weit in die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts reichen. Ziel, so Xi Jinping, ist es, »China zu einem großen, modernen und sozialistischen Land, das reich, stark, demokratisch, kultiviert, harmonisch und schön ist« (Xi Jinping 2017: 30), werden zu lassen. Mittel dabei sind die Fünfjahrpläne, gesonderte Pläne auf zentralen Feldern der technologischen, sozialen oder ökologischen Entwicklung, der Aufbau bzw. Umbau wichtiger Staatsbetriebe, regionale Entwicklungsprogramme usw.

Dies zeigt sich auch im Zukunftsbereich der Digitalwirtschaft, wo »in China zwei auf den ersten Blick gegensätzliche Elemente zusammenkommen – eine staatlich gelenkte planerische Politik, die eine digitalindustrielle Modernisierungsagenda vorantreibt, auf der einen Seite und ein dynamischer privatkapitalistischer Digitalsektor auf der anderen.« (Daum 2021: 3) Der Aufstieg der chinesischen Autoindustrie ist dafür ein prägnantes Beispiel. China ist dabei, Deutschland als Exportland für Autos zu überholen und unmittelbar dabei, auf dem Gebiet der E-Mobilität die globale Führungsrolle zu übernehmen (Zhang Weiwei/Chengliang Yin 2022). Ins Zentrum ist der Aufbau von Innovationsclustern getreten. Dabei geht es nicht mehr nur um Führerschaft in ausgewählten Bereichen, sondern angesichts der Bedrohung, von Entwicklungen abgeschnitten zu sein, immer mehr auch um »das Streben nach technologischer Eigenständigkeit (d. h. Sicherheit, Durchbrechen des sogenannten technologischen Würgegriffs des Auslands)« (Groenewegen-Lau/Laha 2023: 4).

Die Erfüllungsrate der Fünfjahrpläne ist sehr hoch. So kamen chinesische Forscher 2013 mit Blick auf den Zeitraum von 2003 bis 2012 zu dem Ergebnis: »Die Hauptaufgaben wurden mit einer Erfüllungsquote von 89,7% und einer Unvollständigkeitsquote von nur 10,3% im Wesentlichen abgeschlossen.« (Hu Angang et al. 2017: 77) Insgesamt ist ein hochflexibles komplexes System der Verbindung von Planung, vernetzter Interaktion und Abstimmung sowie Markt, von staatlichen und privaten Besitzformen, des Zusammenwirkens der verschiedenen Sektoren der Gesellschaft, von Zentralstaat, Regionen und Kommunen entstanden. Experimente sollen institutionelle Innovationen fördern und ihre Verallgemeinerung ermöglichen (zu verschiedenen regionalen Entwicklungsmodellen in China siehe Zhang Jun/Peck 2014).

In seinem zusammenfassenden Überblick zur Frage, was das Wesen von Chinas System ausmache, kommt Wolfram Elsner zu dem Schluss, dass man »von einem ›gemischten‹ System sprechen« könne: »Es ist hier ein effektiveres Modell vor unseren Augen entstanden, sowohl gegenüber dem niedergehenden neoliberalen Finanzkapitalismus als auch gegenüber dem alten, eurozentrierten Sozialismusentwurf [...] China ist heute fähig, die jahrzehntelange Diskreditierung und Tabuisierung jeder Idee von realem Sozialismus wieder aufzubrechen, vor allem weil es zeigt, dass Sozialismus im 21. Jahrhundert kein statisches, bürokratisches Armutssystem mehr ist, sondern diesbezüglich den real existierenden Kapitalismus sogar überflügeln und die menschlichen Perspektiven erweitern kann.« (Elsner 2020: 325f.)

Das chinesische System zeichnet sich, nicht nur im Bereich der Wirtschaft, durch die Fähigkeit aus, Ausrichtung gesellschaftlicher Entwicklungen an langfristigen Zielen und Selbstorganisation und Eigendynamik zu verbinden. Wenn Darwin mit Blick auf die natürliche Evolution von »natürlicher Zuchtwahl« sprach im Unterschied zur künstlichen Zuchtwahl des Menschen bei der Domestikation von Tieren und Pflanzen (Darwin 1980), so hat die KPCh in den letzten Jahrzehnten im chinesischen System die hohe Kunst der »gerichteten Improvisation« entwickelt, in dem »Variation, Selektion und Nischenbildung« verbunden

sind: Hauptformen sind: »1. Ausarbeitung nationaler Reformpakete und Formulierung zentraler Mandate in einer Weise, die ein Gleichgewicht zwischen Vielfalt und Einheitlichkeit bei der Umsetzung der Politik schaffen; 2. Strukturierung des Kaderbewertungs- und Vergütungssystems in einer Weise, die Erfolg innerhalb der Bürokratie klar definiert und belohnt; 3. den Regionen die Möglichkeit geben, ihre natürlichen komparativen Vorteile zu nutzen, aber auch intervenieren, um die Wirtschaften der Vorreiter und Nachzügler zu verbinden« (Ang Yuen Yuen 2016: 49).

### **Das Finanzsystem unter Kontrolle und die Regionen im Wettbewerb**

Rainer Land verweist vor allem auf die folgenden Instrumente der Wirtschaftslenkung: Kreditlenkung, Infrastrukturprogramme sowie spezifische Finanzmärkte. Wie gravierend zum Beispiel die Differenzen zwischen Chinas staatsgelenktem Kapitalmarkt und der von den USA geprägten globalen Finanzordnung sind, die eine volkswirtschaftliche Planung und Lenkung unmöglich machten, hat Johannes Petry aufgezeigt: »Die staatlichen Börsen Chinas organisieren Marktinfrastrukturen, die Zwänge und Anreize für die Marktteilnehmer schaffen, wodurch sie versuchen, die Marktergebnisse auf bestimmte staatliche Maßnahmen auszurichten.« (Petry 2020: 8) In der Tabelle 1 (siehe nächste Seite) hat Petry diese Unterschiede zusammengefasst (hier wiedergegeben nach der Übersetzung von Land 2020: 10).

Angesichts der Bedeutung, die das Finanzsystem in modernen Volkswirtschaften hat, ist es keinesfalls erstaunlich, wie stark es in China der politischen Kontrolle unterliegt und genutzt wird, um die extrem hohe Sparquote privater Haushalte in wirtschaftliche Entwicklung umzulenken. Sebastian Heilmann hebt in diesem Zusammenhang vor allem folgende Instrumente hervor: »Zum einen wird das Finanzsystem von *staatseigenen Banken* dominiert, deren Führungspersonal im Rahmen des *Kadersystems* der Partei eingesetzt wird [...]. Dies ermöglicht es der Partei- und Staatsführung, gezielten Einfluss auf die Kreditvergabe der Banken auszuüben. Zum anderen sorgt der Staat durch eine *administrative Festsetzung des Zinsniveaus* dafür, dass insbesondere

**Tabelle 1: Marktinfrastrukturen auf neoliberalen vs. staatskapitalistischen (chinesischen) Kapitalmärkten nach Petry (2020: 9)**

	<b>Neoliberale Kapitalmärkte</b>	<b>Chinas staatskapitalistische Kapitalmärkte</b>
<i>Spekulation</i>	ermutigt, z.B. durch Anreizsysteme	entmutigt, z. B. durch Handelsregeln
<i>Marktdaten</i>	kontinuierlicher Fluss, kostspielig, unterschiedlicher Zugriff	Snap-Shots, kostenlos, wenig/keine Diskriminierung
<i>Regulierungsaufsicht</i>	begrenzt, privatisiert, (dunkle Pools, etc.)	umfangreiches transparentes Überwachungssystem
<i>Marktzugang</i>	Ungleich (externe Standorte, direkter Marktzugang)	relativ gleich (externe Standorte begrenzt, kein direkter Marktzugang)
<i>Kontostruktur</i>	Sammelkonten (wenig Aufsicht)	Individuell (vollständige Aufsicht)
<i>Margen-Anforderungen</i>	Portfolio-Margen, Aufrechnung von Margen	volle Margen, keine Aufrechnung, Margen-Monitoring
<i>Positions-begrenzungen</i>	sehr wenige, nur bei bestimmten Produkten	umfangreich, streng durchgesetzt, alle Produkte
<i>Handelsregeln</i>	wenige Bestellimits, unzählige Auftragsarten	strenge Bestellimits, Absicherungsquoten
<i>Handels-geschwindigkeit</i>	(Ultra)Hochfrequenzhandel wird ermutigt	kein Tageshandel für Aktien, langsam für Futures
<i>Nichteinhaltung der Regeln</i>	wenige Sanktionen (Spekulation ermutigt)	Auftrag storniert, Makler genannt, Gebühren erhöht
<i>Börsenmotivation</i>	Marktorientiert (profitorientiert, shareholder value)	Politikgetrieben (verfolgt politische Ziele des Staates)
<i>Dominante Akteure</i>	privates Finanzkapital	staatliche Institutionen
<i>Institutionelle Logik</i>	»Effizienz« durch private Gewinne, Trennung von Staat und Markt	Staatliche Kontrolle und Leitung der Märkte, Unterstützung der staatlichen Politik

Staatsunternehmen günstige Kredite für ihre Investitionen erhalten. [...] Gleichzeitig hat die chinesische Regierung die *Entwicklung der Kapitalmärkte* gebremst, um zu verhindern, dass

Ersparnisse aus dem Bankensektor abfließen. Selbst die Aktien- und Anleihemärkte Chinas befriedigen in erster Linie die Finanzierungsbedürfnisse staatlicher Institutionen und staatseigener Unternehmen. Abgerundet wird dieses System durch ein striktes Wechselkursmanagement sowie *Kapitalverkehrskontrollen*, die einen Abfluss von Ersparnissen ins Ausland verhindern sollen.« (Heilmann 2016: 203f.)

China hat es in seiner langen Geschichte vermocht, nach Phasen des Zerfalls letztlich die staatliche Einheit immer wieder herzustellen. Dies war nur möglich, weil es vor allem Kraft seiner konfuzianischen Staatsklasse, die einer Kultur und Ethik verpflichtet war, ein multinationales und multiregionales Land sein konnte, ohne dauerhaft zu zerfallen. Heute hat die KPCh diese Funktion übernommen. Die von ihr entwickelte Staatskapazität ist die entscheidende Erfolgsbedingung. Die Volksrepublik hat seit seinem Bestehen immer wieder Reformen unternommen, um das Verhältnis von Zentralstaat, Regionen und Kommunen neu zu regeln. Ende der 1950er-Jahre wurden weitgehende Schritte der Dezentralisierung der Verfügung über die Steuern eingeleitet und auch die Verantwortung für viele Unternehmen wurde den Regionen übertragen.

Nach 1978 erfolgten Schritte, die die Fähigkeit der Zentralregierung erhöhten, die Gesamtentwicklung zu steuern und dabei den Wettbewerb und das Eigeninteresse der Regionen und Kommunen freizusetzen: »Bei der Erstellung langfristiger Entwicklungspläne muss die Gesamtsituation Chinas berücksichtigt werden. Das ›große Aufbauprogramm‹ bezieht sich darauf, dass die Zentralregierung die Verantwortung für die nationale Planung auf allen Ebenen übernehmen soll. ›Freiheit in kleineren Angelegenheiten‹ bedeutet, dass den lokalen Regierungen Entscheidungsbefugnisse übertragen werden, damit sie sich selbst anpassen, selbst verwalten und selbst entwickeln können.« (Hu Angang et al. 2017: 165) China verfügt über ein regional dezentralisiertes Verwaltungssystem« mit einem »staatlich gelenkten Wettbewerbsdruck«, »der Chinas beeindruckende wirtschaftliche Erfolge in den letzten drei Jahrzehnten begünstigt hat« (Hu-ang 2017: 196).



## Die Vielfalt der Besitzformen

Es gibt in China über 150 Mio. eigenständige Wirtschaftssubjekte (The State Council Information Office of the People's Republic of China 2021: 30), von kleinen Selbständigen bis hin zu globalen Unternehmen. Insgesamt beschäftigen sie 700 Mio. Menschen. Eine mögliche Kategorisierung, die die chinesischen Bedingungen im Besonderen berücksichtigt, geht von neun Sektoren aus: »Die neun Sektoren beziehen sich auf: (1) die staatliche Wirtschaft (Wirtschaftsform der Produktionsgüter, die dem Staat gehören); (2) die kollektive Wirtschaft; (3) die Wirtschaft in Gemeinschaftseigentum; (4) die individuelle Wirtschaft; (5) die gemeinsam betriebene Wirtschaft; (6) Aktiengesellschaften; (7) die Wirtschaft mit ausländischer Finanzierung; (8) die Wirtschaft mit Investitionen aus Hongkong, Macao und Taiwan; (9) andere Wirtschaftszweige.« (Hu Angang et al. 2017: 125) Große staatliche wie private Unternehmen werden teilweise besonders gefördert, teilweise wird vor allem auf ihre globale Wettbewerbsfähigkeit orientiert (Heilmann 2016: 199). Gemeinsam werden sie besonders bei der Kreditvergabe, Förderprogrammen im Rahmen der Industriepolitik, Genehmigungen und im Rahmen öffentlicher Beschaffungen bevorzugt (Heilmann 2016: 201).

Ein solches Mischsystem wirft gerade aus sozialistischer Sicht viele Fragen auf: »Wie weit darf die Privatwirtschaft in einem sozialistischen Land maximal wachsen, und welche Größe sollten private Unternehmen erreichen dürfen? Worin besteht der Unterschied zwischen großen und kleinen Unternehmen in den politischen Beziehungen, die sie innerhalb der nicht-öffentlichen Wirtschaft aufbauen? Welche Grenzen sollten der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen in Bereichen wie dem Bildungs- und Gesundheitswesen gesetzt werden? Es gibt viele wichtige Fragen über Recht und Unrecht, die nicht ohne Debatte entschieden werden sollten. Sie sollten sorgfältig untersucht und ausführlich diskutiert werden, auch wenn sie nicht eindeutig erklärt werden können.« (Cao 2020: 9)

China ist es gelungen, im Rahmen der Wirtschaftsreformen über mehrere Jahrzehnte eine Reihe von Staatsunternehmen so umzubauen, dass sie in China selbst und teilweise auch auf den

internationalen Märkten eine starke Wettbewerbsfähigkeit entwickelt haben und zugleich zentrale Akteure bei der Umsetzung der parteistaatlichen Planorientierungen sind. Von einer neoliberalen Orientierung der chinesischen Politik, wie sie oft behauptet wird, kann nicht die Rede sein. Vier Jahrzehnte nach Beginn der Reformen gibt es einen neu erstarkten öffentlichen Wirtschaftssektor mit zentralen strategischen Funktionen (Saratchand 2020: 119). Gerade für diese Unternehmen gilt: »Für sozialistische Unternehmen besteht das oberste Ziel darin, sich selbst zu stärken, um der gesamten Gesellschaft zu dienen, mit all den sozialen Vorteilen, die sich daraus ergeben. Daraus folgt, dass einige Unternehmen ausschließlich gewinnorientiert arbeiten und andere nicht, dass aber der wirtschaftliche und soziale Nutzen, den sie schaffen, grundsätzlich miteinander vereinbar sind. Einige Unternehmen sollten bestrebt sein, ihre Gewinne zu maximieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt zu steigern und der Gesellschaft besser zu dienen, während andere Unternehmen ohne Gewinn oder mit einem Defizit arbeiten müssen und in einigen Fällen sogar staatliche Unterstützung benötigen, um die Interessen des Landes und der Gesellschaft zu wahren.« (Cao 2020: 12)

Das Leitungspersonal der staatlichen Unternehmen wird direkt im Rahmen des Nomenklaturasystems eingesetzt. Der Einfluss der KPCh geht aber wesentlich weiter: »Die Xi-Regierung hat die ›Führungsrolle‹ der Partei bei der Führung staatlicher Unternehmen institutionalisiert. Sie hat die staatlichen Unternehmen angewiesen, die Partei zum ›politischen Kern‹ ihrer Unternehmensführung zu machen, und die seit langem bestehende Praxis formalisiert, dass die Parteikomitees ›wichtige Entscheidungen‹ erörtern, bevor sie den Vorständen zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Sie hat die staatlichen Unternehmen außerdem angewiesen, ihre Unternehmenssatzungen zu überarbeiten, um die Anforderungen an die Parteaufbauarbeit und die Führungsrolle des Parteikomitees in der Unternehmensführung zu legalisieren.« (Leutert/Eaton 2021: 213)

Bei den Staatsunternehmen gibt es vielfältige Abstufungen von Besitzformen: »Erstens kann eine kleine Anzahl staatlicher

Unternehmen, staatlicher Kapitalinvestitionsgesellschaften und staatlicher Kapitalbetriebsgesellschaften, die mit der nationalen Sicherheit verbunden sind, die Form des vollständigen Staatsbesitzes annehmen. Zweitens können staatliche Unternehmen in wichtigen Industrien und Schlüsselbereichen, die mit den Lebensadern der Volkswirtschaft verbunden sind, mehrheitlich im Staatsbesitz bleiben. Drittens dürfen wichtige staatliche Unternehmen in Schlüsselindustrien sowie in Hoch- und Neutechnologiebranchen Minderheitsbeteiligungen des Staates behalten. Viertens kann es bei staatseigenen Unternehmen ohne Kontrolle über staatliches Kapital, die unter die Kontrolle des Sozialkapitals kommen, zur teilweisen oder vollständigen Entnahme des staatlichen Kapitals kommen.« (Hu Angang et al. 2017: 126)

Der zentrale Akteur, der die staatlichen Aktiva an den wichtigsten Unternehmen im Staatsbesitz kontrolliert, ist die *State-owned Assets Supervision and Administration Commission of the State Council* (SASAC). Sie wurde 2003, nach dem Beitritt Chinas zur WTO, gegründet. Heute sind noch knapp einhundert Unternehmen der SASAC unterstellt. Die SASAC kontrolliert ein sehr großes Vermögen: »Im Jahr 2021 verfügten die Unternehmen über ein Gesamtvermögen von 194 Billionen RMB (30 Billionen US-Dollar), einen Umsatz von mehr als 30 Billionen RMB (4,6 Billionen US-Dollar) und einen geschätzten Aktienwert von 65 Billionen RMB (10,06 Billionen US-Dollar)« (Wikipedia 2022b, hier findet sich auch eine Übersicht über die Unternehmen). Der Direktor der SASAC ist zugleich Vorsitzender des Parteikomitees der Kommission und Mitglied des ZK der KPCh.

Am 30. Dezember 2021 erließ die chinesische Regierung eine Anordnung, nach der die 97 zentralen Staatsunternehmen, von denen viele in sehr energieintensiven Bereichen tätig sind, die Energieeffizienz (Energieverbrauch im Verhältnis zur Produktion) um 18% zu steigern und die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verhältnis zur Produktion bis 2025 um 15% senken haben. Weitere strenge Vorgaben sind bis 2030 vorgesehen. Die zuständige Aufsichtskommission des Staatsrats für diese Staatsunternehmen verwies auf die »Vorbildfunktion« dieser Unternehmen »bei der Erreichung der Klimaziele« (zitiert in China.Table 2022).

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich vielfältige Formen der Verbindung von privaten Unternehmen und staatlichen Investoren entwickelt: »Der Anteil privater Unternehmen mit staatlich kontrollierten Investoren ist von 14,1% des gesamten registrierten Kapitals in China im Jahr 2000 auf 33,5% im Jahr 2019 gestiegen. Dies geht aus einer Studie von Chong-En Bai von der Tsinghua University in Peking, Chang-Tai Hsieh von der Booth School of Business in Chicago und zwei weiteren Wissenschaftlern hervor. Während sich die Zahl der staatlich kontrollierten Investoren nicht wesentlich verändert hat, hat jeder von ihnen deutlich mehr Geschäfte mit privaten Firmen gemacht [...]. Infolgedessen lässt sich die heutige chinesische Unternehmenslandschaft am besten als ein sich ausbreitender Komplex aus staatlichem und privatem Handel beschreiben. Mehr als 130.000 private Unternehmen und Unternehmer hatten bis 2019 Joint Ventures mit staatlichen Unternehmen gegründet, im Jahr 2000 waren es noch 45.000.« (The Economist 2021: 3)

Neben der engen Verschränkung von staatlichem und privatem Kapital kam es auch zum Vordringen der KPCh in den privaten Unternehmen. Das leitende Personal der Staatsunternehmen gehörte schon lange zum inneren Kreis der gesamtstaatlichen Nomenklatura. Mittlerweile sind viele der Vorstandsvorsitzenden der großen Staatskonzerne zugleich Vorsitzende der Parteikomitees der von ihnen geleiteten Unternehmen. Die in sowjetischen Systemen geübte Unterscheidung zwischen staatlicher Leitung und Parteiführung wurde so aufgehoben. Systematisch erfolgt mittlerweile auch der Aufbau von Strukturen der KPCh in den privaten Unternehmen. War dies erst ein Notbehelf, um jene Parteimitglieder, die nicht mehr bei staatlichen Unternehmen tätig waren, organisatorisch zu erfassen, so ist dies nun ein Mittel, um die Ausrichtung und Arbeitsweise privater Unternehmen verstärkt an den parteistaatlichen Vorgaben auszurichten. 2018 gab es in 1,6 Mio. Privatunternehmen Parteiorganisationen (Koss 2021: 230). Auch die private Wirtschaft wird so von der Partei »hegemonisiert«.

## Kapitel 9

### Die chinesische Nation und die Politik in Xinjiang

Zum Hauptangriffspunkt auf die VR China ist in den letzten Jahren neben der Taiwan-Frage die Minderheitenpolitik der Regierung in Xinjiang und Tibet geworden. Die Faktenlage selbst zur Situation in beiden autonomen Gebieten ist umstritten. Im Folgenden werde ich nicht versuchen, auf einer derart unsicheren Basis eine eigene Darstellung zu geben. Mir geht es ausschließlich darum, einen Rahmen zu skizzieren, der helfen kann, die Diskussion (soweit man überhaupt von Diskussion sprechen kann), auf ein sachliches Format zurückzuführen, nachdem China des Völkermords an den Uiguren und Tibetanern bezichtigt wird. Dabei werde ich mich auf Xinjiang konzentrieren und vor allem drei Dokumente heranziehen – die Stellungnahme des Hochkommissars für Menschenrechte der UN, die Gegenstellungnahme der chinesischen Regierung und eine Stellungnahme der Sinologin Mechthild Leutner im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, die alle ihrerseits auf umfangreiche innerchinesische und ausländische Quellen zurückgreifen. Des Weiteren stütze ich mich auf das Buch »Xinjiang. China und die Uiguren« von Björn Alpermann.

Der westliche Blick auf Chinas Minderheitenpolitik wird nicht zuletzt dadurch geprägt, dass China am Maßstab eines idealisierten westeuropäischen Nationalstaats gemessen wird. Das Konstrukt des Nationalstaats als »weltliche Machtorganisation« (Weber 1895: 19) basiert auf der Annahme, dass es eine »Volksnation« gibt, die »den Anspruch« erhebt, »sich in ihrem eigenen Staat selbst zu verwirklichen und zu entfalten« (Schulze 2004: 209). Ein solcher Staat basiert auf der behaupteten Identität eines ethnisch-kulturell definierten Volkes als Nation mit dem Staat als seiner Herrschaftsform. Dabei ist ganz offenkundig: »Wenn man davon ausgeht, dass sich die Grenzen des Staatsgebiets und die einer homogenen ethnischen Gemeinschaft überschneiden und dass alle Einwohner eines Staates eine identische Kultur besitzen,

dann werden wir nicht mehr als etwa 10% der bestehenden Staaten als Kandidaten für den Titel ›Nationalstaat‹ aufstellen können.« (Smith 1989: 229) Keiner der neun bevölkerungsreichsten Staaten der Welt (Indien, China, die USA, Indonesien, Brasilien, Pakistan, Bangladesch, Nigeria und Russland) ist in diesem Sinne ein Nationalstaat. In sehr vielen Staaten besteht eine mehr oder minder große Differenz zwischen der Staatlichkeit und den kollektiven Identitäten, die aus geteilter Kultur, Sprache, Geschichte und Tradition hervorgehen. Durch die globale Migration verstärken sich diese Tendenzen. Man sollte sich immer die These von Nicos Poulantzas vor Augen führen: »Die nationale Einheit, die moderne Nation, wird [...] zur *Historizität eines Territoriums und zur Territorialisierung einer Geschichte*, zur nationalen Tradition eines Territoriums, die sich im Nationalstaat materialisiert. Die Grenzmarkierungen des Territoriums werden zu Orientierungspunkten der Geschichte, die im Staat vorgezeichnet sind.« (Poulantzas 1978: 147)

Seit den Kriegen Englands und anderer Kolonialmächte in der Mitte des 19. Jahrhunderts ringt China um seine Identität als Staat und als Zivilisation. Mit der Einleitung von Reform und Öffnung hat sich dieses Ringen intensiviert. Die Bezeichnung »Volksrepublik China« verweist auf die Einheit von Staat und Zivilisation: 中华人民共和国 (in Umschrift: Zhōnghuá Rénmín Gònghéguó). 中华 (Zhōnghuá) steht dabei für ein Land mit besonderer Zivilisiertheit und Kultur. Im historischen Selbstverständnis ist dieses Land geprägt durch eine gegenüber den Völkern »am Rande« »überlegene« Kultur, die sich vor allem in den Riten, der Schriftsprache und der kulturtragenden, konfuzianisch geprägten Klasse der Gentry verkörpert. Als Zhōngguórén, Chinesen, werden alle verstanden, die auf dem Gebiet der Volksrepublik oder Taiwan leben, unabhängig davon, welcher ethnisch-kulturellen Gruppe sie angehören, im Weiteren auch alle, die chinesischer Herkunft sind. Schon in der späten Qing-Dynastie (1644 bis 1911), die unter Herrschaft der Mandschu stand, die China im 17. Jahrhundert erobert hatten, wurde diese Identität betont.

Die Führer der Republik nach 1911 »folgten der späten Qing-Formulierung von China als der Großen Harmonie der Fünf

Völker 五族大同 (andere Formulierungen waren Vereinigte Fünf Völker 五族合一 und die Familie der Fünf Völker 五族一家).<sup>1</sup> Da die nationalistischen Führer 1911 für eine Republik eintraten, änderten sie den Begriff und sprachen von der Republik der Fünf Völker 五族共和. Sie gingen dann noch weiter und definierten die Fünf Völker als Kernmitglieder der Zhōnghuá mínzú (中华民族), der chinesischen Nation, zu der auch viele andere innerhalb der Landesgrenzen lebende Menschen gehören.« (Wang Gungwu 2019: 66) Als Mao Zedong am 1. Oktober 1949 in Beijing die VR China ausrief, sprach er vom »chinesischen Volk« (中国人民 oder Zhōngguó rénmin), aber auch von China als Nation (mínzú). Mit der Politik der Reform und Öffnung wurde in der VR China der Begriff der chinesischen Nation, Zhōnghuá mínzú (中华民族), zum offiziellen Begriff für das Staatsvolk. Damit wurde deutlich gemacht, dass in der Staatsauffassung die verschiedenen ethnisch-kulturellen Gruppen, die in China leben, nicht nur Mitglieder eines Volkes im Sinne von Bürgerinnen und Bürgern ein und desselben Staates sind, sondern auch eine nationale Gemeinschaft bilden, die zusammen der großen Geschichte, Zivilisation und Kultur Chinas in einem weiten Sinne verbunden sind. Die Regierung betont immer wieder, dass China ein »geeinter multi-ethnischer Staat« (Government of the P.R. China 2000) sei. In China hat das Konzept des zivilisatorischen Staates an Einfluss gewonnen. Darunter wird ein Staat verstanden, »der den Nationalstaat und den Zivilisationsstaat miteinander verbindet und die Stärken beider vereint« (Zhang 2012: 64). Modernität und chinesische Tradition sollen eine neue dynamische Synthese eingehen. Im Selbstverständnis der Regierung Chinas wird zudem immer wieder betont, dass es die KPCh war, unter deren Führung die Einheit des Landes erreicht, das Erbe des Kolonialismus überwunden und der Wiederaufstieg Chinas eingeleitet wurde. Die KPCh wird als Garant gesehen, dass dieses Erbe nicht zerstört

---

<sup>1</sup> Mit den »Fünf Völkern« waren neben den Han-Chinesen die Mandchu, die Mongolen, die Hui als Angehörige von islamisch geprägten Völkern im Nordosten Chinas und die Tibetaner als große ethnisch-kulturelle Gruppen benannt. Heute sind in der Volksrepublik neben den Han-Chinesen weitere 55 Gruppen als Nationalitäten anerkannt.

werden kann. Insbesondere der Zerfall der Sowjetunion, der aus der Spaltung der KPdSU hervorging, hat der chinesischen Führung wie Bevölkerung erneut vor Augen geführt, wie fragil Staaten sein können. Zu den wichtigen Besonderheiten, die zu berücksichtigen sind, wenn man über nationale Fragen in China spricht, gehört, dass jene ethnisch-kulturellen Gruppen, die nicht zu den Han-Chinesen gehören, 50–60% des Territoriums Chinas besiedeln. Zugleich sind nach fast einem Dreivierteljahrhundert der Modernisierung, Industrialisierung und Urbanisierung sowie gezielter Förderpolitik der Zentralregierung viele Han-Chinesen in jene Gebiete gezogen, die zu den Kerngebieten anderer ethnisch-kultureller Gruppen gehören. Damit setzen sich Tendenzen fort, die schon in der Qing-Dynastie zu beobachten waren. In einem Ballungszentrum wie der Hauptstadt des autonomen Gebietes von Xinjiang, Ürümqi, sind rund drei Viertel der Einwohner Han-Chinesen (Wikipedia 2023b), während es im gesamten Gebiet rund 40 Prozent sind (Wikipedia 2023d). Im autonomen Gebiet Tibet liegt der Anteil der Han-Chinesen an der Gesamtbevölkerung dagegen bei unter zehn Prozent (Wikipedia 2023c), in der Autonomen Region Innere Mongolei sind es wiederum 80 Prozent (Wikipedia 2022d).

Fast alle Staaten der Welt sind mit dem Problem des Verhältnisses zwischen der Titularnation bzw. mehr oder dominanten ethnischen Gruppen und anderen ethnischen Gruppen konfrontiert. Dies hat historische Ursachen oder ist zugleich Folge vielfältiger Migration, die sich aus der Globalisierung der sozialen Frage spätestens seit dem 19. Jahrhundert ergeben hat (Faist 2022). Zudem sind Staaten einerseits institutionelle Gebilde hoher Abstraktion und Komplexität und werden andererseits »aber gleichzeitig auf der Ebene des persönlichen Kontakts in Subjektivitäten der verkörperten Beziehung zu relevanten Anderen und zum Ort als begründet erlebt« (James 2006: 228), wie jede Fußballweltmeisterschaft friedlich und jeder militärische Konflikt kriegerisch zeigt.

Harris Mylonas unterscheidet drei Strategien eines Staates gegenüber ethnisch-kulturellen Gruppen, die nicht zur Titularnation gehören bzw. im Staat dominant sind (d. h. zu jenen Gruppen, die er Nicht-Kerngruppen nennt). Dies sind erstens die



Strategie der Assimilation, zweitens der Akkommodation und drittens des Ausschlusses: »Assimilationspolitik« bezieht sich auf bildungspolitische, kulturelle, berufliche, eheliche, demografische, politische und andere staatliche Maßnahmen, die darauf abzielen, die Kultur und Lebensweise der Kerngruppe durch die Nicht-Kerngruppe zu übernehmen. [...] »Akkommodation« bezieht sich auf Situationen, in denen die »Unterschiede« einer Nicht-Kerngruppe mehr oder weniger respektiert werden und Institutionen geschaffen werden, die diese Unterschiede regeln und aufrechterhalten. Der Aufnahmestaat gewährt dieser Nicht-Kerngruppe den Status einer »Minderheit«. [...] »Ausgrenzungsmaßnahmen« beziehen sich auf Maßnahmen, die darauf abzielen, eine nicht zum Kernbestand gehörende Gruppe physisch aus dem Aufnahmestaat (oder bestimmten Gebieten desselben) zu entfernen. Zu dieser Kategorie gehören Maßnahmen wie Bevölkerungsaustausch, Deportation, interne Vertreibung, Pogrome oder sogar Massentötungen.« (Mylonas 2013: 21f.) Die Wahl der jeweiligen Strategie, so Mylonas, sei, vergleicht man verschiedene Staaten, nicht primär aus dem inneren Kontext zu erklären, sondern aus internationalen Zusammenhängen. Nicht die Besonderheiten der Nicht-Kerngruppen oder auch die kulturelle Distanz zwischen ihnen und der ethnisch-kulturellen Kerngruppe, sondern das Verhältnis externer Mächte zu den Nicht-Kerngruppen würde letztlich über die Wahl der Strategie entscheiden. Wenn feindliche Staaten oder feindliche nichtstaatliche Organisationen die Nicht-Kerngruppen mit dem Ziel unterstützen, dem jeweiligen Staat durch Bewegungen für Unabhängigkeit, durch Entfesselung von Instabilität, Terror oder Bürgerkrieg zu schaden, würde die Tendenz an Kraft gewinnen, zu einer harten Assimilationspolitik oder, bei Bedrohung des Status quo bzw. mit dem Ziel, diesen zu verändern, zu Exklusion überzugehen. Sein Rat ist deshalb, die staatliche Souveränität anderer Länder strikt zu achten, Kooperation ins Zentrum zu stellen, vorhandene Grenzen zu respektieren (Mylonas 2013: 188–197).

Die VR China ist damit konfrontiert, dass es solche ausländischen Kräfte gibt, die ein Interesse am Schüren ethnisch begründeter Spannungen bis hin zu Sezessionsbewegungen haben.

Dies gilt insbesondere für die USA, die in China ihren Hauptfeind ausgemacht haben, den es zurückzudrängen und zu schwächen gelte. 1991 ging der US-Präsident George H.W. Bush so weit, ein Gesetz des Kongresses zu unterzeichnen, in dem Tibet als »besetztes Land« bezeichnet und der Dalai Lama und die sog. Exil-Regierung im indischen Dharamsala als »die wahren Vertreter Tibets« anerkannt werden. Zur Geschichte gehört auch die Ausbildung von Freiwilligen für Guerilla-Operationen in China durch die CIA in den 1960er-Jahren. Der in München ansässige »Weltkongress der Uiguren«, kofinanziert durch die staatliche »National Endowment for Democracy« der USA, fordert die Unabhängigkeit von Xinjiang als »Ost-Turkestan« (Wikipedia 2023f). Nach 1990 bildete sich eine bewaffnete Organisation, die von der UNO 2002 auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt wurde – die »Turkestanische Islamische Partei« (Türkistan Islam Partiyisi), die nicht nur in China, sondern vor allem auch in Pakistan, Afghanistan und Syrien aktiv war bzw. ist (Wikipedia 2023e). In den letzten 30 Jahren hat es eine ganze Reihe von terroristischen Anschlägen in Tibet, Xinjiang und anderen Teilen Chinas gegeben. Gleichzeitig hat die Reform- und Öffnungspolitik sehr ungleiche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Modernisierungen nach sich gezogen, die die Spaltungslinien in der chinesischen Gesellschaft teilweise verschärft haben und ethnisch konnotiert werden und – verbunden mit den internationalen Veränderungen – in Teilen der ighurischen Bevölkerung zu einer Re-Islamisierung führten. Diese hatte selbst Teile der KPCh und ihrer Kader sowie die Lehrerschaft erfasst (Heberer 2010: 304f.)

Angesichts dieses internationalen Hintergrunds und innerer Bedrohungen sowie rapider Modernisierungsprozesse und Gegenbewegungen der Retraditionalisierung hat die chinesische Regierung im letzten Jahrzehnt den Schwerpunkt von einer Politik der Akkommodation auf eine strikte Politik der Assimilation verlagert und zugleich eine harte Sicherheitspolitik durchgesetzt. Mechthild Leutner verweist auf folgende strategische Ansätze der chinesischen Regierung in Xinjiang. Erstens wird mit Härte gegen alle Formen von Terrorismus und dessen

Vorbereitung vorgegangen. Grundlage sind ein Anti-Terrorgesetz der Zentralregierung für Xinjiang von 2015 und regionale Verordnungen von 2016. »2014 bis 2019 wurden rund 1.588 Terrorgruppen zerstört, 12.995 Terroristen festgenommen, 2.052 Bomben beschlagnahmt, 30.645 Menschen wegen »illegaler religiöser Aktivitäten« bestraft und 345.229 illegale religiöse Materialien konfisziert.« (Leutner 2020: 2). Dies erzeugte teilweise Gegenreaktionen, die zur Radikalisierung beitrugen. Der Sicherheitsapparat wurde geradezu explosionsartig ausgebaut. Es entstand »ein engmaschiges Kontrollnetz« (Alpermann 2021: 169). Die Zahl der Verurteilten stieg sprunghaft an und liegt weit über dem gesamtchinesischen Durchschnitt.

Zweitens wurden Deradikalisierungszentren eingerichtet »für diejenigen, denen die Involvierung in terroristische und extremistische religiöse oder separatistische Aktivitäten nachgewiesen wurde, deren Vergehen aber als nicht juristisch zu verfolgende Straftaten gewertet wurden« (Leutner 2020: 2). Sie sollen 2019 wieder aufgelöst worden sein. Die chinesischen Behörden machen keine Angabe über die Zahl der betroffenen Personen, aber die ins Spiel gebrachte Zahl von einer Million scheint völlig überzogen, so Leutner. Alpermann dagegen verweist auf die Schätzungen von Adrian Zenz, der von einem »spekulativen oberen Limit von 1,8 Millionen« Inhaftierten spricht (zitiert in Alpermann 2021: 172). Die Regionalregierung weist einerseits Behauptungen zurück, Millionen Menschen seien in Lager verbracht worden, nennt andererseits aber selbst keine Zahlen, wenn es um jene geht, die in den De-Radikalisierungszentren gewesen waren. Als – wenig überzeugende – Begründung wird angegeben, dass »die Gesamtzahl der Berufsbildungszentren und ihrer Auszubildenden in ganz Xinjiang dynamisch« (Information Office of the People's Government of Xinjiang Uyghur Autonomous Region. 2022: 78) gewesen sei und sich ständig verändert habe.

Drittens wurden aktive Maßnahmen der Überwindung von Armut, der wirtschaftlichen Modernisierung, der Integration in den chinesischen Arbeitsmarkt getroffen. Die Infrastruktur wurde ausgebaut. Es erfolgten massive Investitionen in die Wirtschaft, auch durch geförderte Ansiedlung ausländischer Kon-

zerne. Gezielt wurde der Transfer von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie und den Dienstleistungssektor betrieben. Die behauptete Zwangsarbeit ist dagegen bisher nicht überzeugend nachgewiesen.

Viertens wurden umfassende Maßnahmen eingeleitet, um die Integration in die han-chinesische Gesellschaft zu fördern. Dazu gehört eine bilinguale Schulausbildung, die teilweise erzwungene Erlernung der Staatssprache, die Förderung von Arbeitsvermittlung in den Osten Chinas, die Schaffung gemischt-ethnischer Wohngebiete, die »Sinisierung« der Religion, die Kriminalisierung von Verhaltensweisen, die als nichtchinesisch gelten. Auch die Ablehnung von Fernsehen und Radio gehört dazu (siehe Alpermann 2021: 170f.).

In der Stellungnahme des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte vom August 2022, damals noch unter Leitung von Michelle Bachelet, heißt es, dass die Vereinten Nationen anerkennen, »dass wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus auf der einen Seite und der Schutz der Menschenrechte nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern sich ergänzen und sich gegenseitig verstärken« (OHCHR 2022: 5). Würde man einer solchen These wörtlich folgen, gäbe es weder größere Konflikte zwischen den verschiedenen sozialen, politischen und kulturellen Menschenrechten untereinander noch in ihrem Verhältnis zum Terror. Die reale Politik aller betroffenen Staaten spricht dagegen. Überall werden Abwägungsprozesse vorgenommen, wobei klar ist, dass, je stärker einzelne Menschenrechte eingeschränkt werden, umso besser diese Einschränkung legitimiert werden muss. Die genannte Stellungnahme verweist mit Blick auf die staatliche Politik in Xinjiang auf eine sehr (oder sogar zu) breite Definition von Extremismus und von dessen Erscheinungsformen in den chinesischen Verordnungen. In den Derradikalisierungszentren würden Freiheiten außerordentlich stark begrenzt, es gäbe keine klaren Prozedere, gegen die Einspruch erhoben werden könne usw. Es wurde die auf Adrian Zenz zurückgehende Behauptung aufgenommen, dass ein Zehntel bis ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung in Xinjiang in den

Jahren 2017/18 festgehalten worden wäre. Zudem sei eine dramatische Senkung der Geburtenquote herbeigeführt worden. Es wird auch von Zwangsarbeit ausgegangen. In der Stellungnahme heißt es, dass »das Ausmaß der willkürlichen und diskriminierenden Inhaftierung von Angehörigen der Uiguren und anderer überwiegend muslimischer Gruppen gemäß Gesetz und Politik im Zusammenhang mit den Einschränkungen und dem Entzug von Grundrechten, die individuell und kollektiv genossen werden, [...] internationale Verbrechen, insbesondere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darstellen« (OHCHR 2022: 44) könne.

Die Stellungnahme der Regionalregierung von Xinjiang vom September 2022 reagierte auf die kurz dargestellte Position des Hohen Kommissars der UNO. Ausgehend von der Schwere der terroristischen Angriffe habe man einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt. Die Regierung habe »sich bemüht, sowohl die Symptome als auch die Ursachen des Terrorismus ganzheitlich zu bekämpfen, indem sie die Entstehung von Extremismus an der Quelle verhindert und im Einklang mit dem Gesetz gegen alle gewalttätigen terroristischen Aktivitäten vorgeht, die gegen die Menschenrechte verstoßen, die öffentliche Sicherheit gefährden, die ethnische Einheit untergraben oder die Spaltung des Landes zum Ziel haben« (Information Office of the People's Government of Xinjiang Uyghur Autonomous Region. 2022: 11) Weiter heißt es: »Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Bemühungen Xinjians zur Terrorismusbekämpfung und Deradikalisierung nicht gegen eine bestimmte ethnische Gruppe oder Religion gerichtet sind. Es geht darum, gegen Terroristen und Extremisten vorzugehen, nicht um die ›Unterdrückung der ethnischen Minderheiten‹. Es geht um die Ausrottung der Ideologie des religiösen Extremismus und den Schutz der Glaubensfreiheit, nicht um die ›Beseitigung der Religion‹ oder die ›Verfolgung von Muslimen‹.« (Information Office of the People's Government of Xinjiang Uyghur Autonomous Region. 2022: 16) Der Bericht geht auch auf die genannten Deradikalisierungszentren ein: »Die Berufsbildungszentren in Xinjiang bieten gemäß dem Gesetz Kurse in chinesischer Standardsprache in Wort und Schrift, in Rechtskunde und in beruflichen Fertigkeiten an,

wobei der Schwerpunkt auf der De-Radikalisierung liegt.« (Information Office of the People's Government of Xinjiang Uyghur Autonomous Region. 2022: 66) Dabei wird deutlich, dass Formen des Zwangs angewandt wurden, um Menschen in diesen Zentren umzuerziehen.

Es ist keine Frage, dass die Politik der Geburtenkontrolle der Zentralregierung, die in abgestufter Gestalt auch ethnisch-kulturelle Minderheiten betrifft, die Erhöhung des Heiratsalters sowie die gezielt vorangetriebenen Maßnahmen der Modernisierung und Integration in das marktwirtschaftliche System tiefe Eingriffe in die traditionelle Lebensführung darstellen (Paech 2021: 8). Im Zeitraum zwischen 2016 und 2018 stieg die Zahl der Eileiterunterbindungen drastisch an und die Geburtenrate halbierte sich (Alpermann 2021: 192, 197).

Die Maßnahmen zur Aneignung der Staatssprache, zur Qualifizierung, zur Übernahme der Staatsideologie usw., teilweise unter Bedingungen von erzwungener Internierung, stellen schwere Einschränkungen der individuellen Freiheiten dar, auch dann, wenn sie nur auf Zeit erfolgen. Weder aber ist mit dieser Politik objektiv der Tatbestand von Völkermord erfüllt, noch liegt eine entsprechende Absicht vor (Paech 2021: 11ff.). Wenn die Ausweitung des Vorschulbesuchs uighurischer Kinder, bei dem diese neben der Muttersprache auch die Staatssprache lernen, mit dem Stichwort der »kulturellen Umformung« als Teil eines »kulturellen Genozids« (Alpermann 2021: 198) in Verbindung gebracht wird, wird eine so weite Fassung des Begriffs Genozid vorgenommen, dass damit alle Prozesse der Modernisierung und Integration in ein Staatsvolk als Völkermord stigmatisiert werden. In China findet gegenwärtig eine intensive Diskussion statt und es wird die Forderung erhoben, wieder verstärkt zu einer Politik der Akkommodation gegenüber ethnischen Minderheiten überzugehen. Die genannten Maßnahmen werden gelockert, ohne das Hauptziel aufzugeben – die Entstehung separatistischer Kräfte in China zu verhindern.

## **Kapitel 10**

### **Stärken und Schwächen des gesellschaftlichen Systems Chinas**

Chinas Eliten haben seit 150 Jahren ein Ziel: Es ist der Wiederaufstieg des Landes als eine der großen Zivilisationen auf Augenhöhe mit den großen Weltmächten. Alle Reformen und Revolutionen, Kriege und Bürgerkriege, Wechsel oder Umbauten der politischen und wirtschaftlichen Systeme waren Mittel zu diesem einen Zweck. Harro von Senger sieht nicht ohne Grund Supraplanung als Schlüssel, um chinesische Politik zu verstehen: »Supraplanerisches Denken ist demgemäß flexibles langfristiges und weiträumiges zielgerichtetes Denken, das ständig zwischen orthodoxem (zheng) und unorthodoxem strategischen (qi) Verhalten hin und her oszilliert.« (Senger 2008: 18) Er verweist auf zwei der vielen chinesischen Sinnsprüche: »Wer nicht mit Blick für das Gesamtgebiet plant, vermag nicht für einen Landstrich zu planen, wer nicht für 10.000 Generationen plant, vermag nicht für eine Ära zu planen.« – »10.000 Richtungsänderungen vornehmen, aber das Ziel nie aus den Augen verlieren.« (Zitiert in Senger 2008: 24, 75)

Ein solcher Ansatz verlangt die klare Definition dessen, was in der konkreten Handlungssituation, der »Epoche«, den Hauptwiderspruch, ausmache: »Seit Mitte der 1930er-Jahre hat die KPCh viermal einen Hauptwiderspruch definiert, und zwar: 1. den Hauptwiderspruch ›ganzes chinesisches Volk einschließlich die Guomindang Tsiang Kaisheks mit all den von ihr vertretenen sozialen Klassen gegen Japan‹ mit der Hauptaufgabe der Niederringung Japans (1937–45); 2. den Hauptwiderspruch ›Kommunistische Partei Chinas gegen die Guomindang Tsiang Kaisheks‹ mit der Niederringung der Guomindang auf dem chinesischen Festland als der Hauptaufgabe (1945–49); 3. den Hauptwiderspruch ›Proletariat/Bauern gegen Bourgeoisie/Landeigentümer‹ mit dem Klassenkampf als der Hauptaufgabe (1949–76/78); 4. den seit 1978 geltenden [...] Hauptwider-

spruch [der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der Rückständigkeit der gesellschaftlichen Produktion, M.B.] mit der Niederringung der Armut und Rückständigkeit als der Hauptaufgabe.« (Senger 2008: 111)

Auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution formulierte Mao Zedong für die chinesische Gesellschaft ein radikales Ziel: »Er wollte die chinesische Gesellschaft umgestalten, indem er ihre Werte auf ›alles öffentlich und nichts privat‹ (*dagong wusi*) umstellte. Sein Werkzeug war die Rebellion (*zaofan*). In seinem ›Brief an die Genossin Jiang Qing‹ (seine Frau) vom 8. Juli 1966 schrieb Mao, dass ›große Unordnung unter dem Himmel‹ gut sei, weil sie erlaube, Feinde zu entlarven und die Massen zu mobilisieren, und schließlich zu Ordnung führe.« (Mühlhahn 2022: 500) Es war ein Programm kommunistischer Einseitigkeit. Dies widersprach direkt jenen Vorstellungen, die Mao Zedong 1957, vor dem Großen Sprung, entwickelt hatte, als er für die Verbindung von Gegensätzen plädierte, wie die KPCh später immer wieder hervorhob (CPC Central Committee 1981: 13f.).

Chinas Kommunisten mussten eine Erfahrung machen, die Hegel aus der Großen Französischen Revolution gewonnen hatte: »Eine Partei bewährt sich erst dadurch als die *siegende*, dass sie in zwei Parteien zerfällt; denn darin zeigt sie das Prinzip, das sie bekämpfte, an ihr selbst zu besitzen und hiermit die Einseitigkeit aufgehoben zu haben, in der sie vorher auftrat.« (Hegel 1986b: 425) Chinas Partei versucht in den letzten Jahrzehnten, diesem Zerfall dadurch zu begegnen, dass sie liberale Tendenzen in das parteikommunistische System integriert. Natürlich bleibt trotzdem die Frage, ob eine geplante Marktwirtschaft und kommunistische Führung dauerhaft zusammengehen.

Unbestreitbar ist: »Taxonomisch gesehen ist die VR China des 21. Jahrhunderts ein welthistorisches *Novum*: die Kombination einer heute nach allen konventionellen Maßstäben überwiegend kapitalistischen Wirtschaft mit einem nach allen konventionellen Maßstäben nach wie vor unbestreitbar kommunistischen Staat – jeweils der dynamischste seiner Art bis heute.« (Anderson 2010: 95) Wie gesagt, ist aber die Wirtschaft viel weniger kapitalistisch



als oft angenommen, und der Staat hat zudem demokratische und liberale Elemente in sich aufgenommen.

Chinas Gesellschaftssystem ist zutiefst widersprüchlich. Nach den orthodoxen liberalen wie marxistischen Standardtheorien dürfte es gar nicht existieren. Beim Blick auf China ist man an den bekannten Welle-Teilchen-Dualismus erinnert: Je nach Versuchsanordnung, je nach gewählter Theorie erscheint es als kommunistisch und leninistisch, als kapitalistisch und autoritär, als Reinkarnation der traditionellen chinesischen Zivilisation und ihres Kaisertums oder als Hypermoderne. Das Besondere ist nun, dass die KPCh schon in ihrer Zeit als revolutionäre Partei im Krieg und Bürgerkrieg lernen musste, sich den realen Widersprüchen zu stellen. Was Lenin und die Bolschewiki erst nach der Revolution lernten, hat die KPCh schon im langen Bürgerkrieg praktiziert.

Koss bringt die Paradoxa der chinesischen Gesellschaft so auf den Punkt: »Dies ähnelt den scheinbar unvereinbaren Trends in der Organisation, wo die KPCh die Kräfte des Marktes voll und ganz umarmt und gleichzeitig an den Parteizellen und anderen Verfahren festhält, die Lenin noch vertraut waren. Das Ergebnis sind hochmoderne Hightech-Firmen, die schnell auf den globalen Märkten agieren, während sie sich den Parteiorganen unterordnen, die den Organisationsprinzipien folgen, die von der Avantgarde der kommunistischen Bewegung im frühen 20. Jahrhundert kodifizierten Organisationsprinzipien der kommunistischen Avantgarde folgen. Im Moment erscheint diese Koexistenz noch paradox, doch im Laufe des 21. Jahrhunderts kann sie sich weiter ausbreiten.« (Koss 2021: 239)

Die Zukunft des chinesischen Experiments einer sozialistischen Marktwirtschaft in einem Land, geführt von einer Kommunistischen Partei, wie überhaupt des Bewegens in fundamentalen Widersprüchen innerhalb einer durch Kapitalismus und von imperialer Hegemonie der USA geprägten Welt, ist offen. Der sowjetisch geprägte Sozialismus des 20. Jahrhunderts ist vor allem daran gescheitert, dass er unfähig war, sich diesen Widersprüchen offensiv zu stellen. Die KPdSU war lange von Angst geprägt, durch grundlegende Veränderung die aufgestauten Probleme anzugehen, bis die Helden der Perestroika dann geradezu

übermütig davon ausgingen, dass marktorientierte Reformen, liberale Demokratisierung und Öffnung in eine sozialistische Richtung weisen würden (Brie 1993).

Das von den kommunistischen Ideen geprägte chinesische System erscheint vom liberalen Standpunkt als vormodern insofern, weil es auf dem Primat der Gesamtinteressen besteht und im Zentrum ein einzelner dominierender Akteur, die KPCh, steht, ein »kollektiver Kaiser«. Eine solche Sicht identifiziert das liberale Modell mit Modernität. Doch dies ist falsch. Zur Modernität gehören auch die kommunistischen Fundamente der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Fähigkeit zur langfristigen Planung und Gestaltung umfassender Transformationsprozesse und auch neue Formen von Gemeinschaftlichkeit, von kulturellen und sittlichen Identitäten. Wie gezeigt wurde, hat China im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik zudem nicht nur im Wirtschaftlichen wesentliche liberale Elemente in das kommunistische System integriert, ohne dieses dabei aufzulösen, sondern es im Gegenteil sogar zu stärken.

Unter den Bedingungen von nachholender Entwicklung, aber auch angesichts der Bedeutung *gesamtgesellschaftlicher* sozialer, ökologischer, sicherheitspolitischer und anderer Problemlagen kann sich das *Primat des Kommunistischen* als Vorteil im Systemwettbewerb erweisen, oder, wie Beat Schneider schreibt: »Das Sowohl-als-auch von Entfesselung und staatlicher Bändigung der Produktivkräfte, von Wettbewerb und langfristiger staatlicher Planung, von Innovation und Kontrolle, ist die große Stärke der neueren chinesischen Entwicklung und gleichzeitig der systemische Vorteil der VRCh gegenüber den Staaten des kapitalistischen Westens.« (Schneider 2022: 58). Es geht um die gestaltete Entwicklung auf der Basis eines gesellschaftlichen Grundkonsenses. Das, was aus liberaler Sicht als vormodern angesehen wird, kann sich – muss aber natürlich nicht – als höchst zeitgemäß erweisen. Wenn akzeptiert wird, dass komplexe Gesellschaften der Moderne nicht nur durch ein einziges – das liberale –, sondern durch zwei gegensätzliche Prinzipien konstituiert werden, das liberale und das kommunistische Prinzip, dann verschwindet der Fundamentalismus absoluter Gegensätze und eröffnet

sich ein Raum der Anerkennung des jeweils anderen. Es ist dies auch ein Raum der Kritik, der dem anderen nicht die Legitimität abspricht und nur deshalb auch konstruktiv sein kann. Man kann dies auch so formulieren: »China ist wie ein Kind, das sich in einem langen Emanzipationsprozess von seinen Eltern, Kommunismus und Kapitalismus, löst und die ihm von beiden Seiten verliehenen Stärken nutzt, um auf eigenen Beinen zu stehen.« (Naisbitt/Naisbitt 2009: 41)

Der chinesische Aufstieg ist gefährdet. Das politische System einer kommunistischen Einparteiherrschaft hat Schwächen, die es prinzipiell nicht überwinden kann. Die größte Schwäche ist die, dass die Regierenden sich faktisch selbst ernennen. Jeder Aufstieg innerhalb des politischen Systems wird letztlich durch die übergeordnete Behörde entschieden. Demokratische und meritokratische Aspekte können eine wichtige Rolle spielen, aber über die Kriterien und Prozeduren sowie ihre Anwendung entscheidet wieder genau jene Behörde, die auch den Aufstieg kontrolliert – der Parteiapparat. Dies begrenzt einerseits die Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger und öffnet andererseits unter bestimmten Bedingungen einen sehr großen Raum für Willkür an der Spitze, da es keine unabhängigen Gegengewalten geben kann.<sup>1</sup> Stalin, Mao, aber auch Gorbatschow sind warnende Beispiele für Chinas politische Elite. Durch die Reformen der letzten 40 Jahre, gerade auch durch die politischen Reformen, haben sie versucht, dieser Gefahr zu begegnen und waren bisher durchaus erfolgreich. Sie können die Gefahr aber nicht bannen. Die schwache Institutionalisierung der Regelung der Nachfolge an der Spitze von Partei und Regierung (Zheng Yongnian 2021: 29) ist die Achillesferse des chinesischen politischen Systems. Einerseits ist die Gefahr der Spaltung der herrschenden Elite an diesem Punkt außerordentlich hoch, andererseits ist die Legitimität des Wechsels gegenüber der Bevölkerung immer zweifelhaft und muss stets neu erworben werden.

---

<sup>1</sup> »Das Legitimationsproblem ist vielleicht die größte Bedrohung für das meritokratische System.« (Bell 2015: 9)

Unter Deng Xiaoping wurden drei Reformen umgesetzt, die das politische System Chinas grundsätzlich veränderten. Erstens war dies die weitgehende Reisefreiheit für die Bürgerinnen und Bürger der Volksrepublik. Bei eingeschränkten Möglichkeiten der eigenen Stimme politisch Gehör zu verschaffen, ist die Option der Auswanderung, des Exits, der zweitbeste Weg (Hirschman 2004). Die Öffnung eines solchen Weges verschiebt das Kräfteverhältnis zwischen Staat und den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zugunsten Letzterer. Zweitens haben die Wirtschaftsreformen die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Selbständigkeit gegenüber dem Staat und die Abhängigkeit des Staates von dem eigeninteressierten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Handeln einer Vielzahl sozialer Kräfte fundamental erhöht. Nur um den Preis des Verzichts auf einen weiteren Aufstieg Chinas können diese Selbständigkeit und diese Abhängigkeit gebrochen werden. Drittens hatte Deng Xiaoping eine Begrenzung der Amtszeit vor allem auch auf der obersten Ebene der Partei durchgesetzt. Es wurde damit ein institutioneller Mechanismus der ständigen Erneuerung im gesamten Kader-system auf der Basis des Ringens um Unterstützung, durch Formierung sich ändernder Bündnisse und Allianzen in der Partei und in der Gesellschaft, ein Zwang, sich durch innovative Ansätze zu profilieren und zugleich für Stabilität zu sorgen, etabliert. Durch die Abschaffung dieser Amtszeitbegrenzung an der obersten Spitze des politischen Systems – bei der Funktion des Generalsekretärs des ZK der KPCh – ist dieses funktionale Äquivalent zum System von Wahlen bei der Erneuerung des politischen Führungspersonals in liberalen Demokratien aktuell geschwächt oder auch ganz außer Kraft gesetzt. Dies kann zu einer Bedrohung des gesamten Erfolgs der Reformpolitik werden, da ohne Erneuerung an der Spitze auch Erneuerungsprozesse auf allen anderen Ebenen blockiert werden können und die Machtbalance in der Führungsgruppe zugunsten des Generalsekretärs verschoben wird.

Die Stärkung der konsultativen Elemente, die Institutionalisierung von Regeln der Entscheidungsvorbereitung, die deutlich gestiegene Transparenz oder das riesige Feld zivilgesellschaftlicher

Organisationen ändern nichts daran, dass ein Einparteiensystem deutlich stärker als liberale Demokratien dafür anfällig ist, dass die politische Macht bei einer kleinen Gruppe oder sogar bei nur einer Person konzentriert wird. Dies gilt besonders dann, wenn es keine feste Amtszeitbeschränkung gibt. Die erste Achillesferse eines solchen Systems ist die Unmöglichkeit, eine formelle Regel der legitimen Amtsnachfolge an der Spitze zu institutionalisieren. Es gibt in einem solchen System kein Pendant zu freien Wahlen, das diese Lücke füllen könnte. Das gesamte Gefüge des politischen Systems hat hinter den Kulissen eine schwankende informelle Basis in den personellen Beziehungen einer kleineren Führungsgruppe. Die zweite Achillesferse ist die Tatsache, dass es in Situationen, in denen eine umfassende politische Krise eingetreten ist, die Parteiführung sich spaltet, große aktive Minderheiten in der Bevölkerung dem System ihre Loyalität entziehen, keinen formellen Mechanismus gibt, Legitimation wieder herzustellen. Freie Wahlen haben genau diese Funktion. Sie können aber auch zum Bürgerkrieg führen, wenn sie spalten und nicht einigen. Aus beiden Gründen tut die KPCh alles, um eine derartige politische Fundamentalkrise, wie sie sich 1989 abzeichnete, in Zukunft zu verhindern. Wie auch liberale Demokratien sind kommunistische Systeme letztlich vom Konsens innerhalb der Eliten und der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger abhängig. Dieser Konsens aber muss ständig neu hergestellt werden.

Das parteikommunistische politische System ist vor allem dadurch verwundbar, dass ihm eine periodische und klar institutionalisierte Legitimation fehlt. Die KPCh kann sich zwar darauf berufen, dass sie sich, wie auch die Leninsche Partei, im Bürgerkrieg letztlich durchgesetzt hat, ihr fehlt aber die Möglichkeit, sich aktuell und immer wieder durch einen Prozess zu legitimieren, der aus der gleichzeitigen freien Willensäußerung aller einzelnen Bürgerinnen und Bürger hervorgeht. Sie muss den Legitimitätsglauben aktiver staatstragender Minderheiten und die Loyalität der Bevölkerung anders absichern als durch eine Prozedur freier Wahlen. Dies verlangt, die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger sogar noch intensiver einzuholen als in vielen liberal-demokratischen Ländern. Es ist völlig falsch, anzunehmen,

das politische System Chinas kenne keine Input-Legitimation. Sie beruht, wie dargestellt, vor allem auf der Konsultation, der Befragung, den intensiven Rückkopplungsschleifen bei wichtigen Vorhaben entsprechend der »Massenlinie«. Zugleich kommt der Legitimation durch Leistung der Behörden, durch Vorhaben, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger und auf nationale Interessen gerichtet sind, besondere Bedeutung zu. Wie Xi Jinping nach seiner Wahl zum Generalsekretär des ZK der KPCh betonte: »Unsere Menschen haben eine große Begeisterung für das Leben. Sie hoffen auf eine bessere Ausbildung, stabilere Arbeitsplätze, ein zufriedenstellendes Einkommen, eine zuverlässigere soziale Sicherheit, eine medizinische Versorgung mit höheren Standards, komfortablere Lebensbedingungen und eine schönere Umwelt. Sie wünschen sich, dass die Kinder besser aufwachsen, besser arbeiten und besser leben. Der Wunsch der Menschen nach einem besseren Leben ist das ganze Ziel unserer Bemühungen.« (Xi Jinping 2012)

Ob diese Legitimation durch Leistung auf Dauer erhalten werden kann, vermag nur die Praxis zu beweisen. Es sind immer wieder die Erfolge, die ganz plötzlich zu Bedrohungen werden. Dies geschieht dann, wenn nicht begriffen wird, dass je größer der Erfolg war, umso größer auch die Änderung der Politik ausfallen muss, da sich die Bedingungen von Politik mit den Erfolgen grundlegend verändert haben. Die großen Fehler der späten 1950er-Jahre oder der Kulturrevolution resultierten nicht zuletzt aus dem Versuch, mit den Mitteln der Vergangenheit, die zu Erfolgen geführt hatten, sich den Herausforderungen, die mit diesen Erfolgen neu entstanden, zu stellen. Auch heute gibt es diese Versuchung. Sie ist besonders gefährlich, weil sich der internationale Kontext, auch bedingt durch den Aufstieg Chinas, radikal verändert hat. Es häufen sich die Anzeichen für einen Neuen Kalten Krieg und Konfrontation. Ob es der KPCh gelingt, unter diesen Bedingungen ihre Fähigkeit zur Selbsterneuerung, Innovation, Anpassung wie Gestaltung der inneren und äußeren Verhältnisse aufrecht zu erhalten, ist offen. Der gesellschaftliche Druck, die Erwartungen der Chinesinnen und Chinesen, die Vielfalt der innerchinesischen Akteure sind dafür gute Voraussetzungen. Die

KPCh selbst hat in den letzten Jahrzehnten eines vor allem begriffen: Nur als lernende und sich ständig entwickelnde Organisation hat sie eine Zukunft. Zugleich sieht sie die eigene Führungsfähigkeit als die absolut entscheidende Bedingung für den weiteren Wiederaufstieg Chinas.

## Kapitel 11

### Chinas (Wieder-)Aufstieg zu einem der Zentren der Welt

Viele Beobachter warnen vor einem Neuen Kalten Krieg und gerade die, die am stärksten beschwören, dass sie keinesfalls beabsichtigen, diesen Kalten Krieg gegen China zu betreiben, sind es, die ihn längst begonnen haben. Dies hat eine lange Vorgeschichte im alten Kalten Krieg. Am 22. Februar 1946 sandte der US-Botschafter, George F. Kennan, aus Moskau ein langes Memorandum an das Außenministerium der USA, das berühmt gewordene »Long Telegram«. 1947 erschien es anonym (»X«) unter dem Titel »The Sources of Soviet Conduct« in *Foreign Affairs*. Kennan hob hervor, »dass das wichtigste Element jeder Politik der USA gegenüber der Sowjetunion die einer langfristigen, geduldigen und zugleich festen und wachsamten Eindämmung [containment] der expansiven Tendenzen Russlands sein muss. Es ist jedoch wichtig, darauf hinzuweisen, dass eine solche Politik nichts mit äußerem Gehabe zu tun hat: mit Drohungen oder Prahlerei oder überflüssigen Gesten äußerer »Härte«. Der Kreaml ist zwar grundsätzlich flexibel in seiner Reaktion auf die politischen Realitäten, aber keineswegs unempfindlich für Prestigefragen.« (Kennan 1947: 575) Alles, so Kennan, hänge davon ab, »inwieweit die Vereinigten Staaten bei den Menschen in der Welt allgemein den Eindruck eines Landes erwecken können, das weiß, was es will, das die Probleme seines inneren Lebens und die Verantwortung einer Weltmacht erfolgreich bewältigt und das eine geistige Vitalität besitzt, die in der Lage ist, sich unter den großen ideologischen Strömungen der Zeit zu behaupten.« (Kennan 1947: 581) Zu dieser Zeit, so Kennan, waren die Kräfteverhältnisse klar: »Wir verfügen über 50% des Reichtums der Welt, haben aber nur 6,3% der Bevölkerung. Dieses Missverhältnis ist besonders groß zwischen uns und den Völkern Asiens. In dieser Situation sind wir unweigerlich das Ziel von Neid und Missgunst. Unsere eigentliche Aufgabe in der kommenden Zeit besteht darin, ein Beziehungsgefüge zu entwickeln, das es



uns ermöglicht, diese ungleiche Position [...] zu halten.« (Kennan 1948: 20)

75 Jahre später, kurz vor dem Antritt von Joe Biden als 46. Präsident der USA, erschien »The Longer Telegram. Toward a New American China Strategy«, herausgegeben vom *Transatlantic Institute* in Washington. Wieder wurde es anonym veröffentlicht. Dieses strategische Dokument formuliert einen neuen Grundkonsens der US-Außenpolitik, der seitdem durch die Biden-Administration konsequent umgesetzt und von beiden Parteien im Kongress und Senat unterstützt wird. Die Ausgangsprämissen werden so formuliert: »Die wichtigste Herausforderung für die Vereinigten Staaten im 21. Jahrhundert ist der Aufstieg eines zunehmend autoritären Chinas unter Präsident und Generalsekretär Xi Jinping. [...] Xi ist ein unverbesserlicher Nationalist, der sein Land mit Hilfe des Ethnonationalismus gegen alle internen und externen Angriffe auf seine Autorität eint. [...] Xis China ähnelt zunehmend einer neuen Form eines totalitären Polizeistaats. In einer grundlegenden Abkehr von seinen risikoscheuen Vorgängern nach Mao hat Xi bewiesen, dass er Chinas autoritäres System, seine zwanghafte Außenpolitik und seine militärische Präsenz weit über die Grenzen seines Landes hinaus auf die ganze Welt ausdehnen will. Im Gegensatz zu Deng Xiaoping, Jiang Zemin und Hu Jintao ist China unter Xi nicht länger eine Macht des Status quo. Es ist zu einer revisionistischen Macht geworden.« (Anonymos 2021: 6) Als wichtigste Ziele formulieren die Autoren in der folgenden Reihenfolge: »Bewahrung der kollektiven wirtschaftlichen und technologischen Überlegenheit [der USA, M.B.]; Schutz des globalen Status des US-Dollars; Aufrechterhaltung einer überwältigenden konventionellen militärischen Abschreckung und Verhinderung einer unannehmbaren Verschiebung des strategischen nuklearen Gleichgewichts; Verhinderung jeder chinesischen territorialen Expansion, insbesondere der gewaltsamen Wiedervereinigung mit Taiwan [...].« (Anonymos 2021: 9) Als letzter Punkt wurde die »Bewältigung anhaltender gemeinsamer globaler Bedrohungen, einschließlich der Verhinderung eines katastrophalen Klimawandels« (Anonymos 2021: 9) angesprochen.

Es ist dies das Programm einer imperialen Hegemonialmacht, die ihre Vorherrschaft gegen den Herausforderer zu behaupten sucht und dabei neben Russland im Westen des eurasischen Kontinents vor allem China im Osten dieses Kontinents vor Augen hat. Es ist dies deshalb ein Kalter Krieg, weil er auf der Behauptung eines fundamentalen Werteantagonismus basiert – dem Antagonismus von Freiheit und Unfreiheit, Demokratie und Autokratie, regelbasierter internationaler Ordnung und aggressiver Revision dieser Ordnung, Verteidigung der Menschenrechte und einer Unterdrückungspolitik, die als Genozid bezeichnet wird.

Der Westen hat vergessen oder verdrängt, was China durch ihn an imperialer Unterdrückung und Missachtung erlitten hat. Die Politik der USA ist mittlerweile offen darauf ausgerichtet, alle Anstrengungen darauf zu fokussieren, China als Rivalen auszuschalten oder zumindest dauerhaft in einer unterlegenen Position zu halten. Immer noch wird diese Herrschaft mit der Annahme legitimiert, die USA seien zur Herrschaft verdammt, weil diese Herrschaft die entscheidende Bedingung von Frieden und globaler Entwicklung sei. Das Streben der USA nach Aufrechterhaltung ihrer globalen Dominanz ist mit einer fundamentalistischen Ideologie des Kampfes des »Guten« gegen das »Böse« in Gestalt der »Demokratie« gegen die »Autokratien« verschmolzen worden. Jeffrey Sachs spricht von einem »heilloosen Kreuzzug« gegen die KPCh (Sachs 2020) und der frühere US-Außenminister Kissinger warnt: »Wenn die Präferenz für die Demokratie in den internationalen Beziehungen der heutigen Welt zum Hauptziel erklärt wird, führt das zu einem missionarischen Impuls. Der könnte einen erneuten militärischen Konflikt wie im Dreißigjährigen Krieg zur Folge haben.« (Zand 2022: 50)

Marco D'Eramo hat recht: »Am 7. Oktober [2022, M.B.] wurde ein Weltkrieg erklärt. Kein Nachrichtensender hat darüber berichtet, obwohl wir alle unter seinen Auswirkungen zu leiden haben werden. An diesem Tag leitete die Regierung Biden eine technologische Offensive gegen China ein, indem sie nicht nur die Ausfuhr integrierter Schaltkreise, sondern auch deren Entwürfe, die Maschinen, mit denen sie auf Silizium »geschrieben« werden, und die Werkzeuge, die diese Maschinen herstellen,

strengen Beschränkungen und umfassenden Kontrollen unterwarf.« (D'Eramo 2022) »Wir sind [China] voraus«, erklärte US-Handelsministerin Gina Raimondo. »Wir müssen ihnen einen Schritt voraus sein. Und wir müssen ihnen diese Technologie vorenthalten, die sie brauchen, um ihr Militär voranzubringen.« (zitiert in Jackson 2023) Damit ist die USA zu einer offensiven Politik der aktiven Verhinderung des weiteren Aufstiegs Chinas als eine der großen Mächte des 21. Jahrhunderts übergegangen. Wie Gregory C. Allen vom Center for Strategic and International Studies schreibt: »Diese Maßnahmen zeigen ein noch nie da gewesenes Ausmaß an Intervention der US-Regierung, um nicht nur die Kontrolle über die Chokepoints aufrechtzuerhalten, sondern auch eine neue US-Politik der aktiven Strangulierung großer Teile der chinesischen Technologieindustrie einzuleiten – Strangulierung mit der Absicht zu töten.« (Allen 2022) Das Entstehen einer technologisch-ökonomisch, mit den USA gleichwertigen Macht, soll mit allen Mitteln verhindert werden. Die USA wird damit aus dem selbstproklamierten Hüter des freien Welthandels zum Akteur von dessen Zerstörung (Yang Rong 2023). Die bewusste Zuspitzung der Situation um Taiwan und die Schaffung eines Militärbündnisses im Westpazifik, vor der Haustür Chinas, analog zur NATO vor der Haustür erst der Sowjetunion und dann Russlands, sind Teile dieser Strategie. Sie stellen eine direkte politische wie militärische Bedrohung Chinas dar.

Ideologisch wird dieser Neue Kalte Krieg der USA und ihrer Verbündeten durch den erklärten Kampf der »Demokratien« gegen »autoritäre Regime« im Namen von »Menschenrechten« und einer »regelbasierten Ordnung«. Es handelt sich um eine veritable »Kriegserzählung« (Müller 2022). Eine solche Politik wird die »Weltunordnung« nur weiter verstärken (Masala 2022: 11), weil alles als Nullsummenspiel von Sieg und Niederlage konzipiert ist. Ein Konzert der Mächte wird unmöglich. Die Selbstinszenierung des Westens und insbesondere der USA als Norm einer guten, sprich: liberalen, Gesellschaft wertet wie schon in den 500 Jahren imperialer Dominanz alle anderen Gesellschaften ab. Ihnen wird – gemessen an der Durchsetzung der individuel-

len politischen Menschenrechte – Legitimität abgesprochen. Die anderen Dimensionen der Menschenrechte, die sozialen, kulturellen, ökologischen Rechte und das Recht auf Entwicklung oder auf Solidarität werden als sekundär herabgestuft.

Die chinesische Führung hat ihrerseits in den letzten zehn Jahren intensiv an der Entwicklung einer Gegenerzählung gearbeitet, untermalt durch eine ganze Reihe von sehr anspruchsvollen Initiativen, die zumeist nicht bei bloßen Absichtserklärungen geblieben sind. Martin Jacques verweist in chronologischer Reihenfolge auf den »Chinesischen Traum, die Seidenstraße, die AIIB [Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank, M.B.], das neue Konzept der Beziehungen zwischen Großmächten, die Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit und dem doppelten Kreislauf [von Binnenwirtschaft und Außenhandel, M.B.]« (Jacques 2022a). Die Differenzen zwischen den USA und China sind grundsätzlicher Natur. Sie betreffen (1) die Einschätzung der Ziele Chinas, (2) die Vision einer neuen internationalen Ordnung, (3) Chinas Rolle als reformorientierte globale Macht und die ideologische Aufladung der Differenzen als Systemkonfrontation sowie (4) Chinas Strategie, sich als eines der Zentren in der heutigen Welt zu entwickeln.

### **Die Einschätzung der Ziele Chinas**

Im Westen ist die Annahme weit verbreitet, dass China vergleichbar mit Großbritannien im 19. und der USA im 20. Jahrhundert eine globale Vorherrschaft anstrebe und dies mit aggressiven Mitteln und unter Bruch des Völkerrechts durchzusetzen sucht, wie in the »Longer Telegram« auf den Punkt gebracht wurde. Während die Hegemonie der USA mit Demokratie, Freiheit und Kooperation zum wechselseitigen Vorteil identifiziert wird, wird China das Gegenteil unterstellt. Ganz in diesem Sinne hat der US-Außenminister Antony Blinken in einer seiner ersten Reden die US-Strategie so auf den Punkt gebracht: »China ist das einzige Land, das über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, um das stabile und offene internationale System ernsthaft infrage zu stellen. All die Regeln, Werte und Beziehungen, die dafür

sorgen, dass die Welt so funktioniert, wie wir es wollen, weil sie letztlich den Interessen und Werten des amerikanischen Volkes dienen. Unsere Beziehung zu China wird wettbewerbsorientiert sein, wenn sie es sein sollte, kooperativ, wenn sie es sein kann, und feindselig, wenn sie es sein muss. Der gemeinsame Nenner ist die Notwendigkeit, China aus einer Position der Stärke heraus zu begegnen. Dazu müssen wir mit Verbündeten und Partnern zusammenarbeiten und dürfen sie nicht verunglimpfen, denn unser gemeinsames Gewicht ist für China viel schwieriger zu ignorieren.« (Blinken 2021) Aus dieser Sicht werden technologische, ökonomische, politische und militärische Vorherrschaft der USA, gestützt auf ein möglichst breites Bündnis von Partnern, und eine globale Ordnung, die im Interesse aller sei, in eins gesetzt. Die USA erscheinen als Hegemon, dessen Interesse an eigener Dominanz im internationalen System mit dem Interesse aller an einer von den USA bereitgestellten und abgesicherten »regelbasierten Ordnung« als globale Gemeingüter (Menzel 2015: 1082–1084) zusammenfallen. Unter diesem Gesichtspunkt *muss* jeder Aufstieg eines anderen Staates zu gleicher Macht zwangsläufig als Bedrohung der eigenen existenziellen Interessen und als Gefährdung der allen nützenden internationalen Ordnung erscheinen. Wenn dem so ist, dann kann China auf keinen Fall hoffen, dass die USA nicht unilateral genau jene Regeln gegenüber China außer Kraft setzt, mit deren Verteidigung die USA ihre eigene Vormacht rechtfertigen.

Eine solche Epochensituation der Konfrontation einer aufsteigenden und einer den für sich selbst günstigen Status quo verteidigenden Macht ist zuerst vom griechischen Historiker Thukydides vor dem Hintergrund des fast dreißigjährigen Krieges zwischen Athen und dem Attischen Seebund einerseits und dem Peloponnesischen Bund unter Führung Spartas (431 bis 404 v.u.Z.) beschrieben worden. Der Aufstieg des Einen erscheint dem Anderen als zwangsläufiger Abstieg und existenzielle Bedrohung. Geringfügige Anlässe werden zum Ausgangspunkt einer totalen Konfrontation, die sich zusätzlich aus der Aufladung der Differenzen hin zu einem Werteantagonismus speisen. Wie Thukydides in der Einleitung schrieb: »Den letzten und wahren

Grund, von dem man freilich am wenigsten sprach, sehe ich im Machtzuwachs der Athener, der den Lakedaimoniern [Sparta, M.B.] Furcht einflößte und sie zum Krieg zwang« (Thukydides 2000: 25).

Die Thukydides-Falle ist das Vorbild vieler aktueller Studien (siehe mit Blick auf das Verhältnis von USA und China Allison 2018). Genau dieser Falle will die chinesische Führung unbedingt entgehen. In Genf erklärte Xi Jinping 2017 in einer Rede unter der programmatischen Überschrift »Gemeinsamer Aufbau der Zukunftsgemeinschaft der Menschheit«: »Wenn alle Länder Frieden genießen, so wird auch die Welt davon profitieren; wenn einige Länder miteinander kämpfen, wird auch die Welt darunter leiden. Vom Peloponnesischen Krieg im fünften Jahrhundert vor Christus bis zu den beiden Weltkriegen und dem über 40 Jahre währenden Kalten Krieg im vergangenen Jahrhundert – aus allen Kriegswirren sind schmerzliche und tief gehende Lektionen zu lernen.« (Xi Jinping 2018: 662) Die Sicht der chinesischen Führung auf die neue Situation unterscheidet sich diametral von der der USA. Man beschreibt den Aufstieg Chinas auch mit einer dreifachen Null: Null Kriege Chinas, Null absolute Armut, Null Slums in den Städten.

Nun könnte man die »Beschränkung« auf das Ziel des eigenen Wiederaufstiegs als einer führenden Zivilisation als bloße Rhetorik abtun, hinter der doch der Versuch der Schaffung eines globalen antiwestlichen Blocks steht, dessen Ziel die eigene Vorherrschaft ist. Dies unterstellt aber, dass die Führung Chinas nicht um die wichtigsten Fakten weiß: Ein globales imperiales Projekt, wie es die USA nach 1945 verfolgt hat (damals betrug der Anteil der USA am globalen Sozialprodukt 50 Prozent, die USA hielten 80% der Währungsreserven), würde genau das Ziel, was China zu verfolgen sucht, ad absurdum führen, indem es die Mehrheit aller anderen Länder an die Seite der USA treibt. Zudem kann China selbst unter sehr günstigen Bedingungen nur hoffen, bis 2040 ungefähr die gleiche Wirtschaftskraft zu entfalten wie die USA und die mit den USA eng verbündeten Staaten (Großbritannien, EU, Japan usw.). Zugleich wird sich in dieser Zeit voraussichtlich der Aufstieg Indiens zur zweitgröß-

ten Volkswirtschaft der Welt<sup>1</sup> und ein Machtgewinn der Staaten Afrikas vollziehen (PricewaterhouseCoopers 2017: 3–5). Brzezinski hatte Recht, als er die USA als letzte globale Supermacht sah, deren unilaterale Vorherrschaft zudem von kurzer Dauer sein dürfte (Brzezinski 1999: 298–307). Mit den Worten von Wang Gungwu aus Singapur: »Xi Jinping und seine Kollegen sind nicht so töricht zu versuchen, die Vereinigten Staaten als dominierende Kraft zu ersetzen. Neu aufstrebende Mächte wie China und Indien können allenfalls hoffen, dass eine multipolare Ordnung eine bessere Grundlage für einen dauerhaften Frieden darstellt. Wenn es ihnen gelänge, eine weniger selbstbewusste amerikanische Supermacht davon zu überzeugen, dass die Multipolarität Amerikas Platz im Weltgeschehen sichern würde, gäbe es keinen Grund zur Sorge.« (Wang Gungwu 2019: 33)

Peter B. Walker erfasst realistisch Chinas sehr anspruchsvolles Ziel im Verhältnis zu den USA mit drei Worten: »Powerful. Different. Equal« (Walker 2019). Jeder Versuch einer eigenen Blockbildung, dem China schon im alten Kalten Krieg erfolgreich ausgewichen ist, würde Chinas Aufstieg verlangsamen oder verhindern. Eine multipolare Ordnung auf der Basis von Beziehungen wechselseitigen Vorteils einer Vielzahl von Akteuren ist das einzige realistische Ziel, das Chinas verfolgen kann und von dem es die größten Vorteile hat. Während die USA eine Politik betreiben, die auf eine neue Blockkonfrontation hinausläuft, mittels derer sie ihre Hegemonie zu bewahren suchen, zielt die Strategie der chinesischen Führung darauf ab, eine solche Blockbildung zu verhindern und China als Vorreiter einer multilateralen und multipolaren Welt zu profilieren. Dies entspricht nicht nur den eigenen Traditionen, sondern auch dem aufgeklärten Eigeninteresse.

Der Erzählung der USA vom Kampf der »Demokratien« gegen die »Autokratien« wird die Vision einer »Schicksalsgemein-

---

<sup>1</sup> Chris Ogden macht mit Recht darauf aufmerksam, dass die USA gegenwärtig mit Indien wie schon im Falle Chinas nach 1972 erneut einen Gegenspieler gegenüber ihrem jeweiligen Hauptkonkurrenten heranziehen, der seinerseits selbst langfristig die Übermacht der USA herausfordern wird (Ogden 2022).

schaft der Menschheit« entgegengestellt. Man kann in diesem Zusammenhang vom Primat einer »weichen Gegenmachtbildung« (Masala 2022: 82) sprechen. Man könnte Chinas außenpolitische Strategie dadurch charakterisieren, dass erstens versucht wird, die Chancen, die die von den USA dominierte Ordnung – noch – bietet, weiter zu nutzen und sie nicht mit offener Gewalt zu torpedieren, wie es Russlands Angriff auf die Ukraine ausdrückt. Die Möglichkeiten für die Nutzung dieser Ordnung sind aber aus der Sicht Chinas deutlich zurückgegangen und der Preis ist gestiegen. Zweitens wird mit dem Projekt der Seidenstraße ein eigenes komplexes Netzwerk aufgebaut, das nach Möglichkeit robust genug ist, um im Falle von Störungen und Sanktionen die eigene Unabhängigkeit zu sichern (Naisbitt/Naisbitt 2019). Zugleich werden damit die »Möglichkeitsräume einer alternativen Globalisierung« bereitgestellt (Turowski 2021a). In den letzten Jahren ist zudem die Bedeutung von großen Infrastrukturprojekten zugunsten nachhaltigerer Formen der Kooperation im akademischen Bereich, der Telekommunikation, des Handels usw. zurückgegangen (Schradler/Cole 2023).

China versucht einerseits, die Potenziale zu nutzen, die das durch die USA und ihre Verbündeten dominierte System der WTO und des IMF China noch gibt, andererseits werden neue Kanäle der multi- und bilateralen Kooperation aufgebaut, die weniger allgemeinen Regeln folgt, sondern dem von der chinesischen Seite immer wieder beschworenen Prinzip des wechselseitigen Nutzens, des Win-Win. Man könnte auch von einer Guanxi-Globalisierung sprechen, wobei Guanxi (chinesisch 关系) auf Netzwerke wechselseitiger Verpflichtungen verweist, die im Interesse aller beteiligten Seiten sind und auf Vertrauen aufbauen. Wie Wang Yiwei schreibt: »Insgesamt ist das OBOR-Projekt [die Seidenstraße, M.B.] kein chinesisches Solo, sondern eine Symphonie, die von allen Staaten entlang der Route gespielt wird.« (Wang 2022: 101) Die chinesische Führung verfolgt die Strategie, die vorhandenen internationalen Institutionen so umzubauen, dass bei Wahrung einer relativen Stabilität die westliche Dominanz schrittweise überwunden wird. Gleichzeitig wird intensiv daran gearbeitet, eigene nichtwest-



lich dominierte Institutionen zu schaffen (Crome 2022). Dazu gehören unter anderem die BRICS, die um weitere Staaten erweitert werden sollen, die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit sowie das größte Freihandelsabkommen der Welt, die Regional Comprehensive Economic Partnership.

Die Sanktionen der USA insbesondere im technologischen Bereich sowie der totale Wirtschaftskrieg der USA, der EU und ihrer Verbündeten gegen Russland, zeigen in den Augen Chinas, dass eine weitgehende Unabhängigkeit vom Westen im Bereich von Technologie und Rohstoffen zwingend notwendig ist, und der Absatz eigener Waren verstärkt in nichtwestliche Länder und mehr noch ins Inland verlagert werden muss. Diese (relative) Unabhängigkeit soll bis Ende des laufenden Jahrzehnts erreicht werden. Wie Elsner vermerkt: »Während *Deutschland* noch 2019 einen *Exportüberschuss* (Leistungsbilanzüberschuss) in Höhe von 7,3% des Sozialprodukts (BIP) aufwies, hat sich *China* schon auf 0,9% heruntergearbeitet, also die härteste aller wirtschaftspolitischen Drogen überwunden. Zu Chinas Sozialproduktwachstum von 6,5% (2018) hatte der Exportüberschuss nur noch unbedeutende 1,5 Prozentpunkte beigetragen.« (Elsner 2021: 107)<sup>2</sup>

Drittens wurde eine Strategie des »doppelten Kreislaufs« von Binnenzirkulation und Weltmarktverflechtung entwickelt. Nach innen soll wirtschaftliche Entwicklung stärker auf den Binnenkonsum ausgerichtet werden. Zugleich wird die Beherrschung der wichtigsten Technologien angestrebt, um nicht erpressbar zu sein. Nach außen sollen die Offenheit der Wirtschaft und die Koope-

---

<sup>2</sup> Ganz nüchtern hatte der große britische Imperialismusforscher John A. Hobson schon vor 120 Jahren vorhergesagt, dass es in China »in nicht allzu ferner Zukunft« zu einem Stadium kommen könne, wo es die »zivilisatorische« Unterstützung durch Großbritannien und andere westliche Staaten nicht mehr braucht, wo Kapital und organisatorische Energie innerhalb des Landes hinreichend entwickelt sind [...]. Ist eine Nation, dieserart mit allen erforderlichen Produktionskräften für die künftige innere Entwicklung voll ausgerüstet, dann kann sie sich, ungehemmt durch das Bedürfnis nach weiterer Wirtschaftshilfe, gegen ihren Zivilisator wenden, ihn auf seinem eigenen Markt unterbieten, ihm seine anderen Auslandsmärkte fortnehmen und sich selbst das zuschanzen, was an weiterer Entwicklungsarbeit in anderen unentwickelten Teilen der Erde zu tun übrigbleibt.« (Hobson 1968: 263)

ration mit ausländischen Unternehmen gestärkt werden, um ihre Kompetenzen zu nutzen, während zugleich ein weiterer Aufstieg Chinas in den globalen Wertschöpfungsketten angestrebt wird. (Sabautzki 2022: 21) Während vor 20 Jahren der Anteil des Außenhandels 60% des Bruttosozialprodukts betrug, ist er jetzt auf 30% gesunken und nähert sich damit den Quoten der OECD-Länder an (Kappel/Bonschab 2022: 3) Gleichzeitig wächst mit dem durch die USA ausgerufenen Technologiekrieg und der darauf antwortenden Strategie Chinas nach technologischer Unabhängigkeit die Gefahr einer technologisch zweigeteilten Welt mit inkompatiblen technologischen Standards (Rühlig 2022: 6f.).

Viertens erfolgt mit hoher Geschwindigkeit der Aufbau einer chinesischen Militärmacht, die in der Lage sein soll, der Gesamtheit von militärischen Risiken und Gefahren zu begegnen, soweit sie unmittelbar für China relevant sind. Wolfgang Müller kommt zu dem Schluss: »Chinas Vorgehen speziell in Asien lässt sich als Versuch beschreiben, das regionale Umfeld präventiv zu kontrollieren, zum Schutz seiner territorialen Integrität und der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist eine weitgehend defensive Einflussnahme, gerichtet auf enge Beziehungen zu den Nachbarländern. Weil China viel größer ist als die meisten Länder in seiner Umgebung und mittlerweile eine um ein Vielfaches höhere Wirtschaftskraft hat, bringt diese Einflussnahme auch Abhängigkeiten mit sich – zuvorderst ökonomische, aber auch politische. Daraus einen aggressiven chinesischen Imperialismus zu konstruieren, geht an den Realitäten vorbei.« (Müller 2021: 6)

Das militärische Konzept Chinas ist seit dem Beginn der Reform- und Öffnungspolitik auf »aktive Verteidigung« orientiert, wobei im Maße der Globalisierung der chinesischen Wirtschaft diese Verteidigung zwangsläufig immer weiter über die unmittelbaren Küstengewässer hinausreicht (Fravel 2019). Man muss sich bewusst sein: »Chinas geopolitische Lage ist einzigartig. [...] Es hat mehr Nachbarn als jedes andere Land der Erde: Auf dem Lande hat China Grenzen mit 14 Staaten, zur See mit acht Ländern (mit zwei Ländern, Nordkorea und Vietnam, verbindet China sowohl eine Land- als auch eine Seegrenze). Zählt man die Länder mit, die nicht direkt an China grenzen, jedoch

geografisch nahe gelegen sind – Singapur, Thailand und Kambodscha in Südostasien, Bangladesch, Sri Lanka und die Malediven in Südasien sowie Usbekistan und Turkmenistan in Zentralasien –, hat China etwa 30 Nachbarländer. Darunter befinden sich Großmächte wie Russland, Japan, Indien und sogar der »besondere Nachbar USA«, die zudem auch großen Einfluss auf die Grenzländer ausüben«. (Zhang 2022: 127)

Die Blockade seiner Seewege stellt die größte sicherheitspolitische Gefahr für China dar. Die der Küste Chinas vorgelagerten Inselketten verfügen über große US-Militärstützpunkte – beginnend bei Japan und Südkorea und weit in den Süden und Osten. Fast der gesamte Außenhandel mit Europa, den USA, Lateinamerika und Afrika und auch vielen asiatischen Ländern wird auf dem Seeweg realisiert. Das Südchinesische Meer ist die Lebensader, die China mit der Welt verbindet. Viele Stützpunkte der USA sowie ihrer engeren Verbündeten zielen auf die Kontrolle dieser Lebensader. Um der Gefahr einer Blockade zu entgehen, werden durch China nicht nur die Landverbindungen ins Ausland massiv entwickelt (die eurasische Seidenstraße und der Weg über Pakistan), sondern es wird auch nach Möglichkeiten gesucht, das erforderliche militärische Potenzial aufzubauen, um vor jedem Versuch einer solchen Blockade abzuschrecken und sie gegebenenfalls zu verhindern. Da China zu einer globalen Handelsmacht geworden ist, kann es den Schutz seiner wichtigsten Seewege nicht der maritimen Vorherrschaft der USA überlassen, da es davon ausgehen muss, dass es im Konfliktfall, aus welchem Anlass auch immer, ansonsten von existenziell wichtigen Ressourcen und Absatzmärkten abgeschnitten wird.

Dies und der Aufbau der chinesischen Seestreitkräfte kollidiert frontal mit dem Anspruch der USA auf die eigene maritime militärische Vorherrschaft im gesamten pazifischen Raum einschließlich des ostchinesischen Meeres sowie im Indischen Ozean. Die Gründung der Militärallianz AUKUS durch die USA, Großbritannien und Australien im September 2021 wird von China als direkte Bedrohung gesehen. In der gleichen Zeit verkündet auch die NATO, ihre eigenen Ziele mit denen der USA und ihrer Verbündeten im Pazifik zu koordinieren. Die Entsendung der Fre-

gatte *Bayern* der deutschen Marine 2021/22 in den Pazifik ist Teil einer Politik, die die Unterstützung Deutschlands für die Politik der USA gegenüber China auf globaler Ebene und unmittelbar vor den Häfen und Seewegen Chinas demonstrieren sollte. Alles dies trägt dazu bei, einen neuen Rüstungswettlauf zu entfesseln. Van Jackson bringt das strategische Dilemma, in das die USA die pazifische Region stürzt, auf den Punkt: »Chinas Wirtschaft in die Knie zu zwingen, sich auf ein endloses Wettrüsten einzulassen, sich mit lokalen despotischen Regimen zu verbünden, um Peking einzukreisen, und kleinere Länder zu entfremden, indem man von ihnen verlangt, sich zwischen China und den Vereinigten Staaten zu entscheiden, mag Washington kurzfristig mehr Macht in Asien verschaffen. Aber das sind die Zutaten für regionale Brüche und eventuelle Kriege, nicht für Stabilität. Die Asienpolitik der Vereinigten Staaten befindet sich also an einem uneingestandenem Scheideweg. Washington kann den regionalen Frieden unterstützen oder eine regionale Vormachtstellung anstreben, aber es kann nicht beides tun.« (Jackson 2023) Zur Zeit werden die Weichen in Richtung Konfrontation und Krieg gestellt, der geradezu herbeigeredet wird (Linge 2023). Die USA sind dabei, sich und ihre Verbündeten in eine »China-Falle« zu stürzen, die die USA selbst schwächt und das gesamte internationale System der Logik eines Nullsummenspiels unterwirft, bei dem alle verlieren und die Lösung der gemeinsamen globalen Probleme dauerhaft blockiert wird (Weiss 2022).

### **Die Vision einer neuen internationalen Ordnung**

Während die USA ihre eigene globale technologische, ökonomische, politisch-ideologische und militärische Vormacht als unverzichtbar für die eigene Sicherheit und für eine »regelbasierte internationale Ordnung« ansehen, als globales Gut also, von dem alle profitieren, wenn sie sich den damit gesetzten Regeln unterwerfen, sieht China genau diese Ordnung zunehmend als Bedrohung für seinen eigenen Aufstieg an. Aus den letzten dreißig Jahren hat die chinesische Führung den Schluss gezogen, dass die »regelbasierte Ordnung« immer dann durch die USA und andere westliche Kräfte verletzt wird, wenn diese deren Zielen

und/oder Interessen widerspricht. Sie hat nicht vergessen, dass sich alle jene, die in den letzten 200 Jahren gegen China vorgingen, immer auf Regeln im allgemeinen Interesse berufen hatten – sei es des freien Handels, sei es der Bezahlung von Staatsschulden, die durch Chinas Niederlagen in Verteidigungskriegen entstanden waren, sei es eines »asiatischen Commonwealth« unter Kontrolle Japans.

Angesichts der Tatsache, dass die USA den Aufstieg Chinas als direkte Bedrohung der eigenen Position wahrnehmen, geht die chinesische Führung davon aus, dass die Instrumente der heutigen »regelbasierten Ordnung« im wachsenden Maße als technologische, ökonomische, politische oder auch militärische Waffe eingesetzt werden. Der chinesische Philosoph Zhao Tingyang verweist darauf, dass westlich-imperialistische Mächte, mit denen China seit über zwei Jahrhunderten konfrontiert ist, eine sehr spezifische Weltsicht haben: »Diese Mächte hoffen auf den Fortbestand einer vom Imperialismus dominierten Welt und betrachten alles, was sich nicht an deren Aufteilung beteiligt, als zu dominierenden ›Rest der Welt‹ (*the rest of the world*). Die imperialistische Weltanschauung betrachtet die Welt als Objekt der Unterwerfung, Beherrschung und Ausbeutung und keinesfalls als politisches Subjekt.« (Zhao Tingyang 2020: 14) Der Imperialismus habe »ein von Grund auf verkehrtes Verständnis der für den Aufbau einer universalen Ordnung erforderlichen Bedingungen. Er pflegt das Missverständnis, Universalität (universality) entstehe aus Universalisierung (universalization) [eines bestimmten Modells von Gesellschaft, M.B.], ein tödliches Missverständnis.« (Zhao Tingyang 2020: 210) Zhao Tingyang stellt dem westlichen Modell das über dreitausend Jahre alte chinesische Konzept des »Alles unter dem Himmel« oder der »Allumfassenheit« entgegen: »Die Idee der ›Allumfassenheit‹ begreift die Welt apriorisch als eine vollkommen internalisierte gesamtheitliche Existenz ohne ein Außen, sie anerkennt apriorisch, dass die Welt dem gemeinsamen Nutzen und als gemeinsame Ressource aller Menschen dient, sie schließt apriorisch jede Idee einer inkompatiblen Verschiedenheit aus, zugleich anerkennt sie apriorisch die Diversität der Welt und die darin

enthaltene Möglichkeit kompatibler Beziehungen. Sie verwirft einseitigen Universalismus und Kulturimperialismus.« (Zhao Tingyang 2020: 119)

Die Führung Chinas hat in den letzten fünfzehn Jahren zunehmend offensiv eine alternative Vision formuliert, die durchaus an die Vorstellungen einer Vielfalt in der »Allumfassenheit« anknüpft. 2013 stellte Xi Jinping in Moskau das Konzept von der »Schicksalsgemeinschaft der Menschheit« vor. Es fand Eingang in Dokumente der UNO und in die Verfassung der VR China. Vor der UNO erklärte Xi Jinping 2015: »Wir sollten unsere Verpflichtung auf die Zwecke und Grundsätze der UN-Charta erneuern, eine neue Art der internationalen Beziehungen schaffen, die auf Zusammenarbeit zum wechselseitigen Vorteil beruhen, und eine Gemeinschaft einer geteilten Zukunft für die Menschheit schaffen.« (zitiert in Wikipedia 2022a) Im Mittelpunkt dieses Konzepts stehen nicht universale abstrakte Regeln, sondern die Interessen der Staaten, die über ein Geflecht von internationalen Institutionen und Vereinbarungen zum wechselseitigen Vorteil miteinander verbunden werden sollen. So ist die Seidenstraße »so konzipiert, dass sie auf einer Zusammenarbeit der jeweils interessierten Staaten auf der Basis von Politikkoordination basiert« (Hagemann/Scholz 2020: 27). Außen- und Innenpolitik werden in diesem Ansatz weitgehend getrennt, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten soll wieder einen sehr hohen Stellenwert erhalten (siehe zusammenfassend auch Zhang 2016).

Am 21. April 2022 stellte der chinesische Präsident Xi auf dem Boao Forum für Asien die Grundprinzipien einer Globalen Sicherheitsinitiative (GSI) vor: »Es ist wichtig, dass wir uns weiterhin der Vision einer gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit verpflichtet fühlen und zusammenarbeiten, um den Weltfrieden und die Sicherheit zu wahren; dass wir uns weiterhin der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Länder verpflichtet fühlen, für die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eintreten und die von den Menschen in den verschiedenen Ländern getroffenen unabhängigen Entscheidungen über Entwicklungspfade und Gesellschaftssysteme respektieren; dass wir uns weiterhin den

Zielen und Grundsätzen der UN-Charta verpflichtet fühlen, die Mentalität des Kalten Krieges ablehnen, uns gegen Unilateralismus aussprechen und Gruppenpolitik und Blockkonfrontation ablehnen; sich weiterhin dazu verpflichten, die legitimen Sicherheitsanliegen aller Länder ernst zu nehmen, den Grundsatz der unteilbaren Sicherheit zu wahren, eine ausgewogene, wirksame und nachhaltige Sicherheitsarchitektur aufzubauen und das Streben nach eigener Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer abzulehnen; sich weiterhin für die friedliche Beilegung von Differenzen und Streitigkeiten zwischen Ländern im Wege des Dialogs und der Konsultation einsetzen, alle Bemühungen unterstützen, die der friedlichen Beilegung von Krisen förderlich sind, doppelte Standards ablehnen und sich gegen die mutwillige Anwendung einseitiger Sanktionen und langwieriger Rechtsprechung wenden; sich weiterhin für die Aufrechterhaltung der Sicherheit sowohl in traditionellen als auch in nichttraditionellen Bereichen einsetzen und bei regionalen Streitigkeiten und globalen Herausforderungen wie Terrorismus, Klimawandel, Cybersicherheit und Biosicherheit zusammenarbeiten.« (Xi Jinping 2022b) Ein Jahr später hat diese Initiative konkretere Gestalt angenommen und wird mit den BRICS-Staaten sowie vielen Ländern des globalen Südens weiterentwickelt (Ministry of Foreign Affairs of the PRC 2023).

Aus chinesischer Sicht ist der Krieg in der Ukraine vor allem dadurch bedingt, dass in Europa in den letzten Jahrzehnten nicht die berechtigten Sicherheitsinteressen aller beteiligten Seiten berücksichtigt wurden: »Die größte Lehre, die man aus dem Russland-Ukraine-Konflikt ziehen muss, ist, dass die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten derer anderer Länder aufgebaut, dass regionale Sicherheit nicht durch die Stärkung und sogar die Ausweitung eines Militärbündnisses garantiert werden kann« (Xi Jinping Thought on Diplomacy Studies Center 2022: 15). China hat dabei die Bemühungen der USA im pazifischen Raum vor Augen, mit verschiedenen Militärbündnissen die eigene Vormacht zu stärken und das Stützpunktsystem der USA vor den Küsten Chinas und im gesamten Raum weiter auszubauen.

## **China als reformorientierte globale Macht und die Gefahr eines Neuen Kalten Krieges**

Das günstige Zeitfenster für den Wiederaufstieg Chinas, das sich mit der Annäherung der USA an China in den 1970er-Jahren öffnete (Ziel der USA war, die Sowjetunion zu schwächen), hatte sich schon in den 1990er-Jahren verengt. Doch der Terroranfall vom 11. September 2001, die Folgekriege der USA und die Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2007 haben noch einmal die internationalen Bedingungen zugunsten Chinas verändert, weil sich die USA angesichts dieser Bedrohungen auf die Kooperation Chinas angewiesen sahen. Heute aber ist China für die politischen Führungskräfte der USA der Hauptgegner. Die Konkurrenz mit der Volksrepublik und nicht etwa die Klimakatastrophe sehen sie als die zentrale Herausforderung. In den USA wird *jede* internationale Ordnung, die nicht auf ihrer Führung basiert, als Bedrohung wahrgenommen. Chinas systematische Ansätze, internationale multilaterale Ordnungsstrukturen aufzubauen, die nicht auf die USA zentriert sind, erscheinen aus Sicht der USA als chinesischer Anspruch auf Weltherrschaft. Es konkurrieren zwei grundlegend verschiedene Ansichten auf Wege, internationale Sicherheit und Lösung gemeinsamer Fragen zu organisieren – unilateral-hegemonial oder multilateral-kooperativ (Kulow 2022).

Immer wieder werfen die USA und die EU China vor, es sei eine Macht, die die heutige Weltordnung grundlegend verändern wolle. Dieser Vorwurf ist berechtigt. Die chinesische Führung geht davon aus, dass eine Ordnung, in der eine globale Macht, die USA, zugleich die Macht hat, die Regeln zu setzen, sich selbst von Fall zu Fall von ihnen auszunehmen und unilaterale Sanktionen gegenüber anderen zu verhängen, die weltweit Geltung beanspruchen, mit dem Aufstieg Chinas auf Dauer nicht vereinbar ist. China hat unter anderem das Ziel, die Vormacht des Dollar im internationalen Zahlungsverkehr zu überwinden, das noch auf wenigen Gebieten vorhandene Monopol des Westens auf Hochtechnologien zu beseitigen sowie der militärischen Vormacht der USA in den an China angrenzenden Seegebieten mit überlegenen Kräften Paroli bieten zu können. Die 2021 vorgestellte Globale Entwicklungsinitiative zielt gemeinsam mit der schon erwähnten



Globalen Sicherheitsinitiative eindeutig auf die Transformation der globalen Institutionen unter maßgeblichem Einfluss Chinas. Der Direktor des Instituts für Vergleichende Studien der Politik und Öffentlichen Politik in Shanghai, Yu Hongyuan, bringt es so auf den Punkt: »Als Nutznießer globaler Entwicklungsdividenden und als jemand, der beiträgt zu globaler Entwicklung, wandelt sich China von einem Teilnehmer zu einem Führer in der Governance globaler Entwicklung.« (Yu Hongyuan 2022: 40)

Die größte Gefahr liegt *nicht* in den realen Interessendifferenzen und unvermeidlichen Konflikten zwischen den USA und China selbst, sondern darin, ob sie zu Systemgegensätzen aufgeladen werden, bei denen der anderen Seite jegliche Legitimität abgesprochen wird. Erst dann kann aus kleineren Konflikten jene Eskalation entstehen, die in eine große Katastrophe führt. Der frühere australische Premierminister Kevin Rudd verweist auf ein Dokument, das 2014 in der chinesischen Führung zirkuliert habe. In diesem Dokument seien die Autoren zum Schluss gekommen, dass die strategischen Intentionen der USA darin lägen, »China zu isolieren, China einzudämmen, China zu schwächen, China intern zu spalten und Chinas Führung zu sabotieren«. Dieser Einschätzung der chinesischen Seite lägen, so Rudd, zwei Überzeugungen zugrunde: Erstens wird davon ausgegangen, »dass die Vereinigten Staaten die grundlegende politische Legitimität der chinesischen Regierung nicht anerkennen und niemals anerkennen werden, da sie keine liberale Demokratie sei«. Zweitens würden die Chinesen davon ausgehen, »dass die USA niemals freiwillig ihren Status als überlegene regionale und globale Macht aufgeben werden und alles in ihrer Macht tun werden, um diese Position zu erhalten« (Rudd 2015: 14).

Von Kissingers Vision für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen als »Ko-Evolution«, bei der »beide Mächte ihren innenpolitischen Anforderungen Beachtung schenken, dabei umfassend kooperieren und ihre Beziehungen so abstimmen, dass möglichst wenig Konflikte entstehen« (Kissinger 2011: 540), haben sich die realen Verhältnisse beider Staaten im letzten Jahrzehnt immer weiter entfernt. Die USA sind offensiv dazu übergegangen, international den Systemgegensatz von »Demo-

kratien« und »Autokratien« ins Zentrum zu stellen und die Vormacht des liberalen Westens als Bedingung von Frieden, Freiheit und Wohlstand darzustellen. Sie stellen Gesellschaften, die auf den Werten der »Freiheit« und der »Menschenrechte« aufgebaut sind, jene gegenüber, die in ihren Augen »Unfreiheit« und »Diktatur« verkörpern (siehe als Flugschrift des neuen Kalten Krieges Kagan 2008). Es ist dies Teil der »Festschreibung des globalen Führungsanspruches der USA geworden« (Leutner 2021: 15). Auch die EU spricht seit 2019 von China als »Systemrivalen« (European Commission 2019: 1). In Punkt 13 der neuen NATO-Strategie heißt es mit aller Eindeutigkeit: »Die erklärten Ambitionen und auf Zwang beruhenden Politiken der Volksrepublik China (PRC) fordern unsere Interessen, Sicherheit und Werte heraus.« (NATO 2022: 5) An die Stelle von Interessendifferenzen werden antagonistische Wertekonflikte formuliert, die der chinesischen Seite die Legitimität absprechen, zu respektierende Positionen zu vertreten. Wie selbstverständlich wird von einem »Genozid« in Xinjiang gesprochen, wird das politische System Chinas als totalitär bezeichnet und seine Außenpolitik als aggressiv darstellt.

Über Jahrhunderte hatten sich die Westeuropäer und die USA in der Welt gespiegelt und sich als überlegene Rasse und Zivilisation wahrgenommen. Jetzt blickt ihnen aus diesem Spiegel das selbstbewusste Gesicht anderer entgegen, die über eine vergleichbare oder in einzelnen Bereichen auch überlegene Leistungsfähigkeit verfügen. Dies ist der Boden einer ungeheuren narzisstischen Ich-Kränkung des Westens, wollte man »die Völker behandeln wie den einzelnen Neurotiker« (Freud 1999: 179, 207). Plötzlich soll nicht mehr nach »unseren (westlichen) Regeln« gespielt werden, ist »unser System« von Demokratie und Marktwirtschaft nicht mehr das Maß der Dinge. Wie Li Tuo schreibt: »Eine vom Westen über Jahrhunderte verachtete Zivilisation wird binnen kürzester Zeit zum zentralen Akteur auf der Weltbühne. Aufführungen ohne China sind kaum mehr denkbar. Für viele im Westen ist dies ein äußerst unangenehmes Gefühl. Es wäre vielleicht an der Zeit, ein psychoanalytisches Buch über das kollektive Unbehagen des Westens angesichts

der Veränderungen um die Jahrhundertwende zu schreiben.« (Li Tuo 2021: 32f.)

Werden die Differenzen als Teil einer Konfrontation von Feinden gesehen, erscheint jeder Erfolg der einen Seite als Niederlage der anderen. Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger warnte deshalb kürzlich in einem Gespräch mit der *Financial Times*, es sei »nicht weise«, gegenüber China »eine feindliche Position einzunehmen«. Er wandte sich dezidiert dagegen, die Differenzen zwischen den USA und China ideologisch derart aufzuladen, dass die sachbezogene Kooperation erschwert würde. Man dürfe nicht die Positionierung Chinas als Feind »zur Grundlage« der Gestaltung der Beziehungen machen, sondern müsse die problembezogene Kooperation bei Anerkennung der Differenzen ins Zentrum stellen (Kissinger 2022, 8. bis 9. Minute).

Selbst wenn man annimmt, dass das westliche System menschlicher und demokratischer ist, so sagen absolut alle Erfahrungen, dass die überwältigende Mehrheit der Eliten und der Bürgerinnen und Bürger in den anderen Ländern selbst zu dieser Erkenntnis kommen müssen, bevor es zu einem Systemwechsel mit gutem Ausgang kommt. Ansonsten wird alles nur schlimmer. Wer also tatsächlich meint, dass ein solcher Systemwechsel eine gute Sache sei, der muss erstens aufhören, den anderen schwächen oder zerstören zu wollen, und zweitens muss er durch eigene überlegene Leistung zeigen, dass das eigene System wirklich besser ist. In den 1980er-Jahren sahen in der Sowjetunion und den anderen europäischen Ländern, teilweise auch in China, viele Menschen so auf den Westen. Dies gilt aber nicht mehr für China in den 2020er-Jahren. Trotzdem muss China konstatieren: »Die Tatsache, dass das Nobelpreiskomitee den Friedenspreis 2010 an einen eingesperrten Dissidenten, Liu Xiaobo, verliehen hat und nicht an Hu Jintao, der eine Milliarde Menschen auf friedliche Weise zu Wohlstand geführt hat, zeugt von dem großen Versagen der chinesischen Öffentlichkeitsarbeit bei der Vermittlung ihrer Position und der Präsentation ihres Images in der Welt.« (Lee 2012: 233)

Man könnte es aber auch umgekehrt sehen: Der Blick der USA und der Europäischen Union auf China und die gesamte nichtwestliche Welt ist derart dogmatisch liberal verengt, dass

er jedes Maß verloren hat. Die Trias Kooperation, Konkurrenz und Systemrivalität muss überdacht werden. Gegenwärtig ist die Reihenfolge vertauscht. Es dominiert Rivalität seitens des Westens, während China die Kooperation betont. Das geht nicht lange gut. Außerdem muss man klar sagen, was denn Systemwettbewerb sein soll. In einer solchen Situation des ideologischen Fundamentalkonflikts ist es sinnvoll, an die Ringparabel von Lessing zu erinnern: Jeder mag davon überzeugt sein, dem richtigen Gott, der richtigen Idee, dem richtigen Modell zu folgen. Beweisen lässt sich dies nur durch die eigene Praxis, oder, wie der Jude Nathan den Richter, der über die Echtheit des einen und die Unechtheit der zwei anderen geerbten Ringe entscheiden sollte, sagen ließ: »Es strebe von euch jeder um die Wette,/ Die Kraft des Steins in seinem Ring' an Tag/ Zu legen! komme dieser Kraft mit Sanftmut,/ Mit herzlichster Verträglichkeit, mit Wohltun,/ Mit innigster Ergebenheit in Gott,/ Zu Hülf'!« (Lessing 1954: 408) China hat einen Wettbewerb um das bessere Modell von Entwicklung und Beitrag zum gemeinsamen Besten der Menschheit eröffnet. Anstatt diesen friedlichen Wettbewerb anzunehmen, herrscht im Westen eine Politik der Eindämmung, Einkreisung, der Aufrüstung und Militarisierung der Beziehungen.

### **China auf dem Weg zu einem eigenständigen Zentrum in der Welt?**

Die schon Ende der 1990er-Jahre deutlich werdende Krise der Globalisierung und US-Hegemonie, der Aufstieg von China, Indien und weiteren Staaten und Regionen in der Weltwirtschaft sowie auch die Erschütterungen in der EU und nun der fast totale Krieg des Westens gegen Russland verweisen darauf, dass es neuer Ansätze der Verbindung von globaler Kooperation, transnationalen Fertigungsketten und stabilen weltwirtschaftlichen Arrangements einerseits und hoher Eigenständigkeit von Staaten und vor allem Großregionen bei der Verfolgung sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und politischer sowie nicht zuletzt kultureller Ziele andererseits bedarf. Es geht also um ein plurales System der Weltwirtschaft, das der Pluralität der Gesellschaften (lokal,

regional, national und supranational) entspricht, wie es unter dem Stichwort der De-Globalisierung seit Ende der 1990er-Jahre u.a. von Walden Bello entwickelt wurde (Bello 2005).

Schon vor dem Krieg in der Ukraine haben sich die Tendenzen in China und im Westen verstärkt, eine relative Unabhängigkeit voneinander herzustellen. Gleichzeitig ist die internationale Arbeitsteilung weiter auf einem hohen Niveau. Diese Koexistenz von selektiver Deglobalisierung mit einer sehr überschaubaren Zahl von Zentren einerseits und globaler Kooperation andererseits, wäre die günstigste Variante, die realistisch scheint. Dabei hat China im letzten Jahrzehnt eine Vorreiterrolle übernommen, die sich unter dem Eindruck des Wirtschafts- und Technologieembargos des Westens gegenüber Russland noch einmal verstärken wird. China ist tief in die internationale Arbeitsteilung integriert und verbindet dies mit dem Netzwerk der Seidenstraße und anderen multilateralen Projekten. Systematisch werden sich überschneidende Foren der internationalen Kooperation zu Sicherheitsfragen, zur wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen Kooperation entwickelt, aus- und umgebaut. Es wird weniger »universellen« Regeln gefolgt, als nach konkreten Wegen gesucht, um konkrete, wechselseitig günstige Lösungen zu finden, »Win-Win-Situationen« zu schaffen und sich dabei wieder als eines der wichtigsten Zentren der Weltgesellschaft neben anderen zu etablieren.

Besonders konfliktreich sind die unterschiedlichen Ansprüche auf Inseln im Südchinesischen Meer. China sucht den Weg bilateraler Verhandlungen und Kompromisse, einschließlich der gemeinsamen Nutzung der Ressourcen, und baut zugleich, wie andere auch, die militärische Präsenz aus (siehe Sacks 2022). Besonders dynamisch vollzieht sich die Integration der asiatischen Wirtschaften. Die Unterzeichnung des Abkommens über die Regional Comprehensive Economic Partnership ist dafür symptomatisch. Es gründete die größte Freihandelszone der Welt, sie umfasst neben China die ASEAN-Staaten, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland. Indien beschloss 2019 jedoch, diesem Abkommen nicht beizutreten. Die Krise der Globalisierung wird durch Strategien der Regionalisierung beantwortet, bei der China eine Führungsrolle übernommen hat (Wikipedia 2023a).

Es ist offen, ob sich damit Polanyis Vision einer Epoche befriedeter regionaler Zentren erfüllt (Polanyi 2003), die in zentralen Menschheitsfragen kooperieren, oder ob die Welt doch durch eine neue Blockkonfrontation und Kriege geprägt sein wird, in die die Hauptmächte der Welt, auch China, direkt involviert sind. Erstens versuchen die USA und ihre Verbündeten, die eigene globale Dominanz zu verstetigen, zweitens nehmen Tendenzen globaler Konkurrenz unterschiedlicher Entwicklungswege zu, drittens erfolgt eine relative Schließung unter Vorherrschaft jeweiliger Machtzentren, viertens steigt die Gefahr, dass die vorhandenen Differenzen in scharfe Antagonismen münden und Entwicklungen völlig außer Kontrolle geraten (National Intelligence Council 2021: 108–119).

Der Krieg in der Ukraine ist ein Menetekel an der Wand. Eine fünfte Tendenz, nämlich die Bemühung, die globalen Fragen von Klima und Entwicklung ins Zentrum zu rücken, droht nun völlig randständig zu werden und unter die Räder eines Neuen Kalten Kriegs zu geraten. Die Hauptgefahr für China liegt darin, sich angesichts der konfrontativen Strategie der USA in jene Falle locken zu lassen, in die die Sowjetunion und heute auch Russland gegangen sind. Noch versucht Chinas Führung, der Logik der totalen Konfrontation zu entgehen. Die Frage, ob sich die Tendenzen hin zu einem Neuen Kalten Krieg verstetigen oder die Kräfte der (konfliktbewussten) Kooperation wieder verstärken und durchsetzen, wird darüber entscheiden, welche Kräfte freigesetzt werden, die gemeinsamen Menschheitsprobleme auch gemeinsam anzugehen oder nicht. Zumindest gegenüber vielen Ländern des Südens scheint China immer besser in der Lage zu sein, jene Anforderung zu erfüllen, die Kennan 1946 gegenüber den USA aufstellte – »bei den Menschen in der Welt allgemein den Eindruck eines Landes« zu erwecken, »das weiß, was es will, das die Probleme seines inneren Lebens und die Verantwortung einer Weltmacht erfolgreich bewältigt und das eine geistige Vitalität besitzt, die in der Lage ist, sich unter den großen ideologischen Strömungen der Zeit zu behaupten.« (Kennan 1947: 581)

## Literatur

- Adolphi, Wolfram (2010): Chinas Planwirtschaft als dialektische Aufhebung der sowjetischen. In: *Das Argument*, 286 (2), 159–169.
- Allen, Gregory C. (2022): Choking off China's Access to the Future of AI. Center for Strategic and International Studies. Text abrufbar unter: [www.csis.org/analysis/choking-chinas-access-future-ai](http://www.csis.org/analysis/choking-chinas-access-future-ai) (Zugriff am 29.1.2023).
- Allison, Graham (2018): *Destined for War. Can America and China Escape Thucydides's Trap?* Melbourne/London: Scribe UK.
- Alpermann, Björn (2021): *Xinjiang: China und die Uiguren*. 1. Aufl. Würzburg: Würzburg University Press.
- Anderson, Perry (2010): Two Revolutions. *Rough Notes*. In: *New Left Review*, 61 (January/February), 59–96.
- Ang Yuen Yuen (2016): *How China Escaped the Poverty Trap*. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Anonymos (2021): *The Longer Telegram. Toward a New American China Strategy*. Atlantic Council.
- Bauer, Wolfgang (1974): Vorwort. In: Ta T'ung Shu. *Das Buch der Großen Gemeinschaft*. Düsseldorf/Köln: Eugen Diederichs, 9–24.
- Bell, Daniel A. (2015): *The China Model: Political Meritocracy and the Limits of Democracy*. Princeton: Princeton University Press.
- Bello, Walden (2005): *De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung*. Hamburg: VSA.
- Blinken, Antony (2021): *Speech on Foreign Policy, March 3 2021*.
- Boer, Roland/Ping Van (2021): »Not Some Other -ism«. On Some Western Marxist Misrepresentations of Chinese Socialism. In: *International Critical Thought*, 11 (2), 171–189.
- Bourdieu, Pierre (2015): *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg: VSA.
- Brie, Michael (1993): *Michail Gorbatschow - Held der Demontage*. In: *Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage*. Berlin: Karl Dietz, 281–303.
- Brie, Michael (2011): *Rosa Luxemburgs Symphonie zur russischen Revolution*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Brie, Michael (2017): *Lenin neu entdecken: Das hellblaue Bändchen zur Dialektik der Revolution & Metaphysik der Herrschaft*. Hamburg: VSA.
- Brie, Michael (2019): *Emanzipation - eine Vier-in-einem-Perspektive. Fragen in einer Diskussion*. In: Demirovic, Alex/Lettow, Susanne/Maihofer, Andrea (Hrsg.), *Emanzipation: Zu Geschichte und Aktualität eines*

- politischen Begriffs. Münster: Westfälisches Dampfboot, 74–91.
- Brie, Michael (2022): Sozialismus neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen zu den Widersprüchen einer solidarischen Gesellschaft. Hamburg: VSA.
- Brink, Tobias (2013): Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien. Frankfurt am Main: Campus.
- Brown, Kerry (2018): Die Welt des Xi Jinping. Alles, was man über das neue China wissen muss. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Brzezinski, Zbigniew (1999): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Burlamaqui, Leonardo (2015): Finance, development and the Chinese entrepreneurial state: A Schumpeter-Keynes-Minsky approach. In: *Revista de Economia Política*, 35, 728–744.
- Burns, John P. (2007): Civil Service Reform in China. In: *OECD Journal on Budgeting*, 7 (1), 1–26.
- Cabestan, Jean-Pierre (2020): The Party Runs the Show. How the CCP Controls the State and Towers over the Government, Legislature and Judiciary. In: Lam, Willy Wo-Lap (Hrsg.), *Routledge Handbook of the Chinese Communist Party*. London/New York: Routledge, 135–152.
- Cao, Yongxin (2020): Socialist Factors in China's Economic Miracle and Development Achievements. In: *International Critical Thought*, 10 (1), 1–17.
- Central Party School of the Communist Party of China (2013): The Chinese Dream Infuses Socialism with Chinese Characteristics with New Energy. China Copyright and Media.
- Chan, Hon S./Gao, Jia (2018): The Politics of Personnel Redundancy. The Non-leading Cadre System in the Chinese Bureaucracy. In: *China Quarterly*, 235 (9), 622–643.
- Chan, Hon S./Suizhou, Edward Li (2007): Civil Service Law in the People's Republic of China: A Return to Cadre Personnel Management. In: *Public Administration Review*, 67 (3), 383–398.
- Changbao Jia/Leutner, Mechthild/Minxing Xiao (2021): Die China-Berichterstattung in deutschen Medien. Rosa Luxemburg Stiftung.
- Chen Chunjin (2022): Precise Poverty Alleviation and Intergenerational Mobility in China. London/New York: Routledge.
- Cheng Enfu (2021): Five Hundred Years of World Socialism and Its Prospect. Interview. In: *International Critical Thought*, 11 (1), 1–19.
- China.Table (2022): Zentrale Staatsfirmen müssen Klima schützen. China.Table.
- Cho, Hyekyung (2005): Chinas langer Marsch in den Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Chu, Yun-Han/Diamond, Larry/Nathan, Andrew J./Shin, Doh Chull (2010): Introduction: Comparative Perspectives on Democratic Legitimacy in East Asia. In: Chu, Yun-Han/Diamond, Larry/Nathan, An-



- drew J./Shin, Doh Chull (Hrsg.), *How East Asians View Democracy*. New York: Columbia University Press, 1–38.
- Chunling, Li (2016): *Class and Inequality in the Post-Mao Era*. In: Guo, Yingjie (Hrsg.), *Handbook on Class and Social Stratification in China*. Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing, 59–82.
- CPC Central Committee (1981): *Resolution on certain questions in the history of our party since the founding of the People's Republic of China (Adopted by the Sixth Plenary Session of the Eleventh Central Committee of the Communist Party of China on June 27, 1981)*. Text abrufbar unter: [www.marxists.org/subject/china/documents/cpc/history/01.htm](http://www.marxists.org/subject/china/documents/cpc/history/01.htm) (Zugriff am 15.2.2022).
- Crome, Erhard (2022): *Chinas Aufstieg und die BRICS-Gruppe (2018)*. In: Lian, Yuru/Krämer, Raimund (Hrsg.), *China und Deutschland in einer turbulenten Welt: 50 Jahre diplomatische Beziehungen*. Potsdam: WeltTrends, 171–176.
- Dahl, Robert A. (1989): *Democracy and Its Critics*. New Haven/London: Yale University Press.
- Darwin, Charles (1980): *Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl*. Leipzig: Philipp Reclam jun.
- Daum, Timo (2021): *Planwirtschaft digital – Chinas Weg zu einem digitalen Ökosystem jenseits von Plan und Markt*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Defraigne, Pierre (2015): *China's »Peaceful Rise« Also Depends on Europe*. In: China Center for Contemporary World Studies (Hrsg.), *China's New Reforms: The Role of the Party. Papers from »The Party and the World Dialogue 2014«*. Beijing: Central Compilation & Translation Press, 68–85.
- Deng Xiaoping (1984): *Socialism with Chinese Characteristics*. New Learning Online. Text abrufbar unter: <https://newlearningonline.com/new-learning/chapter-4/deng-xiaoping-socialism-with-chinese-characteristics> (Zugriff am 23.5.2022).
- Deng Xiaoping (1992): *Excerpts from talks given in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai and Shanghai, January 18–February 21, 1992*. Text abrufbar unter: <https://olemiss.edu/courses/pol324/dengxp92.htm> (Zugriff am 23.5.2022).
- Deng Xiaoping (1994): *Two Features of the Thirteenth National Congress of the Communist Party of China*. In: *Selected Works of Deng Xiaoping, Vol. 3, E-Book*. Beijing: China Book Trading.
- D'Eramo, Marco C. (2022): *Circuits of War*. *New Left Review - Sidecar*. Text abrufbar unter: <https://newleftreview.org/sidecar/posts/circuits-of-war> (Zugriff am 29.1.2023).
- Deutscher, Isaac (1964): *Maoism – Its Origins and Outlook*. Text abrufbar unter: [www.marxists.org/archive/deutscher/1964/maoism-origins-](http://www.marxists.org/archive/deutscher/1964/maoism-origins-)

- outlook.htm (Zugriff am 12.2.2022).
- Dickson, Bruce J. (2016): *The Dictator's Dilemma. The Chinese Communist Party's Strategy for Survival*. New York: Oxford University Press Inc.
- Dickson, Bruce J. (2021): *The Party and the People. Chinese Politics in the 21st Century*. Princeton: Princeton University Press.
- Dolack, Pete (2022): *China talks Marxism, but Still Walks Capitalism*. CounterPunch.org.
- Elsner, Wolfram (2020): *Das chinesische Jahrhundert. Die neue Nummer eins ist anders*. Frankfurt: Westend.
- Elsner, Wolfram (2021): *Die Zeitenwende. China, USA und Europa »nach Corona«*. Köln: PapyRossa Verlag.
- European Commission (2019): *EU-China – A strategic outlook*. European Commission.
- Faist, Thomas (2022): *Exit. Warum Menschen aufbrechen. Globale Migration im 21. Jahrhundert*. München: C.H.Beck.
- Feng Liujuan (2014): *State Theory of Marxism and Modernization of China's State Governance*. In: Cheng Enfu/Deng Chundong (Hrsg.), *Marxist Studies in China 2014*. Beijing: China Translation & Publishing House, 175–194.
- Fisahn, Andreas (2021): *Repressive Toleranz und marktkonforme Demokratie. Zur Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie in der Bundesrepublik. Mit einem Geleitwort von Heribert Prantl*. Köln: PapyRossa Verlag.
- Fravel, M. Taylor (2019): *Active Defense. China's Military Strategy since 1949*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Freud, Sigmund (1999): *Der Mann Moses und die monotheistische Religion*. In: *Gesammelte Werke, Bd. XVI: Werke aus den Jahren 1932–1939*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch, 101–246.
- Fuchs, Daniel (2015): *Das neue »Epizentrum weltweiter Arbeiterunruhe«? Klassenzusammensetzung und Arbeitskämpfe in China seit den 1980er Jahren*. In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, 35 (138/139), 303–326.
- Fukuyama, Francis (2011): *The Origins of Political Order. From Prehuman Times to the French Revolution*. New York: Farrar, Straus & Giroux.
- Goodman, David S. G. (2014): *Class in Contemporary China*. Cambridge: Polity.
- Gore, Lance L. P./Zheng Yongnian (2021): *Introduction*. In: Gore, Lance L. P./Zheng Yongnian (Hrsg.), *The Chinese Communist Party in Action: Consolidating Party Rule*. Abingdon/New York: Routledge, 2–10.
- Government of the P.R. China (2000): *National Minorities Policy and Its Practice in China*. White Paper. Text abrufbar unter: [www.china.org](http://www.china.org).

cn/e-white/4/ (Zugriff am 16.2.2023).

- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Bd. 2. Heft 2–3. Hamburg: Argument.
- Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Bd. 7. Hefte 12–15. Hamburg: Argument.
- Green, Julie (2018): The Condition of the Working Class in Shenzhen. Dissent Magazine. Text abrufbar unter: [www.dissentmagazine.org/article/condition-working-class-shenzhen-peasant-workers-authoritarian-consumerism](http://www.dissentmagazine.org/article/condition-working-class-shenzhen-peasant-workers-authoritarian-consumerism) (Zugriff am 8.5.2023).
- Groenewegen-Lau, Jeroen/Laha, Michael (2023): Controlling the innovation chain. China's strategy to become a science & technology superpower. Merics.
- Hagemann, Norbert/Scholz, Helmut (2020): Die Neue-Seidenstraße-Initiative – Herausforderungen für Politik und Wirtschaft. In: Berliner Debatte Initial, 31 (4), 23–36.
- Han Zhen (2015): Welches ist am Ende die größte demokratische Nation? (chin.). Goba Times. Text abrufbar unter: <https://opinion.huanqiu.com/article/9CaKrnJOT6z> (Zugriff am 20.7.2022).
- Heberer, Thomas (2010): The People's Republic of China. In: Ende, Werner/Steinbach, Udo (Hrsg.), Islam in the World today. A Handbook of Politics, Religion, Culture, and Society. Ithaca/London: Cornell University Press, 297–309.
- Heberer, Thomas/Schubert, Gunter (2007): Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China. Band I: Der urbane Raum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1981): Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Nach der Ausgabe von Eduard Gans. Herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner. Berlin: Akademie Verlag.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1986a): Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Werke, Bd. 12. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1986b): Phänomenologie des Geistes. Werke, Bd. 3. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Heilmann, Sebastian (2011): Policy-Making through Experimentation: The Formation of a Distinctive Policy Process. In: Heilmann, Sebastian/Perry, Elizabeth J. (Hrsg.), Mao's Invisible Hand. The Political Foundations of Adaptive Governance in China. Cambridge: Harvard University Asia Center, 62–101.
- Heilmann, Sebastian (2016): Das politische System der Volksrepublik China. 3. akt. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Heilmann, Sebastian/Perry, Elizabeth J. (2011): Embracing Uncertainty: Guerrilla Policy Style and Adaptive Governance in China. In: Heilmann,

- Sebastian/Perry, Elizabeth J. (Hrsg.), *Mao's Invisible Hand. The Political Foundations of Adaptive Governance in China*. Cambridge: Harvard University Asia Center, 1–29.
- Henrich, Rolf (1989): *Der vormundschaftliche Staat*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Herrmann-Pillath, Carsten (1994): *Modell China – Transformation als Evolution?* In: *Gegenwartskunde*, (3), 385–423.
- Hirschman, Albert O. (2004): *Abwanderung und Widerspruch. Reaktion auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisation und Staaten*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hobson, John Atkinson (1968): *Der Imperialismus*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Hobson, John M. (2004): *The Eastern origins of Western civilization*. Cambridge, UK/New York: Cambridge University Press.
- Hu Angang/Tang Xiao/Yang Zhusong/Yan Yilong (2017): *The Modernization of China's State Governance*. Singapore: Springer.
- Hu Angang/Yan Yilong/Tang Xiao/Shenglong Liu (2021): *2050 China: Becoming a Great Modern Socialist Country*. Singapore: Springer.
- Hu, Chunchun (2022): *Europas historische Verantwortung im Ukraine-Krieg*. In: Lian, Yuru/Krämer, Raimund (Hrsg.), *China und Deutschland in einer turbulenten Welt: 50 Jahre diplomatische Beziehungen*. Potsdam: WeltTrends, 188–193.
- Hu Wei/Zhiyoung Lan/Liu Songbo (2014): *Innovations in Cadres Selection and Promotion in China. The Case of Mudanjiang City*. Washington: Washington Institute of China Studies.
- Huan Qingzhi (Hrsg.) (2014): *Eco-Socialism as Politics. Rebuilding the Basis of Our Modern Civilisation*. London /New York: Springer.
- Huang, Yukon (2017): *Cracking the China Conundrum. Why Conventional Economic Wisdom Is Wrong*. New York City: Oxford University Press.
- Information Office of the People's Government of Xinjiang Uyghur Autonomous Region. (2022): *Fight against Terrorism and Extremism in Xinjiang: Truth and Facts*. People's Government of Xinjiang Uyghur Autonomous Region.
- Inglehart, Ronald/Welzer, Christian (2005): *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*. Cambridge, UK/New York: Cambridge University Press.
- Jabbour, Elias/Dantas, Alexis/Espíndola, Carlos (2021): *China and Market Socialism: A New Socioeconomic Formation*. In: *International Critical Thought*, 11 (1), 20–36.
- Jabbour, Elias/Dantas, Alexis/Espíndola, Carlos José (2022): *On the Chinese Socialist Market Economy and the »New Project Economy«*. In:

- World Review of Political Economy, 13 (4), 502–530.
- Jackson, Van (2023): The Problem With Primacy. America's Dangerous Quest to Dominate the Pacific. Foreign Affairs, Text abrufbar unter: <https://www.foreignaffairs.com/asia/problem-primacy> (Zugriff am 29.1.2023).
- Jacques, Martin (2022a): China's success comes from seeking its own form of modernization. Fudan Development Institute,.
- Jacques, Martin (2022b): Five Key Points That the West Can Learn from China's Governance. The Transnational. Text abrufbar unter: <https://transnational.live/2022/12/28/martin-jacques-five-key-points-that-the-west-can-learn-from-chinas-governance/> (Zugriff am 21.2.2023).
- James, Paul W. (2006): Globalism, Nationalism, Tribalism. Bringing Theory Back In. London: Sage Publications.
- Jiang Zemin (2002): Build a Well-off Society in an All-Round Way and Create a New Situation in Building Socialism with Chinese Characteristics. Report delivered at the 16th National Congress of the Communist Party of China (CPC) on Nov. 8, 2002. Text abrufbar unter: [www.mfa.gov.cn/ce/cegy//eng/zgbd/zgbdxw/t85779.htm](http://www.mfa.gov.cn/ce/cegy//eng/zgbd/zgbdxw/t85779.htm) (Zugriff am 19.5.2022).
- Jones, Lee (2021): Fractured China. How State Transformation Is Shaping China's Rise. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kagan, Robert (2008): Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung? München: Siedler Verlag.
- K'ang Yu-Wei (1974): Ta T'ung Shu. Das Buch der Großen Gemeinschaft. Düsseldorf/Köln: Eugen Diederichs.
- Kant, Immanuel (1968): Kritik der reinen Vernunft. 2. Auflage 1787. Akademie-Textausgabe. Berlin: Walter de Gruyter.
- Kappel, Robert/Bonschab, Thomas (2022): Wie umgehen mit China? MAKRONOM.
- Kennan, George F. (1947): The sources of Soviet conduct. In: Foreign Affairs, 25 (4), 566–582.
- Kennan, George F. (1948): Review of Current Trends, U.S. Foreign Policy, Policy Planning Staff, PPS No. 23. Washington.
- Kissinger, Henry (2022): ›We are now living in a totally new era‹. In: Financial Times, 9. Mai 2022. Text abrufbar unter: <https://www.ft.com/content/cd88912d-506a-41d4-b38f-0c37cb7f0e2f>.
- Kissinger, Henry A. (2011): China: Zwischen Tradition und Herausforderung. München: Pantheon Verlag.
- Klabisch, Joanna/Straube, Christina (2021): Chinas Zivilgesellschaft. Engagement zwischen Entwicklung, Frieden und Konflikt. In: Wissenschaft & Frieden, (4), 25–27.
- Koss, Daniel (2021): Party Building as Institutional Bricolage: Asserting Authority at the Business Frontier. In: The China Quarterly, 248 (S1), 222–243.

- Krastev, Ivan/Holmes, Stephen (2019): *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*. Berlin: Ullstein.
- Kuhn, Robert Lawrence (2005): *The Man Who Changed China. The Life and Legacy of Jiang Zemin*. New York: Crown.
- Kulow, Karin (2022): Die geopolitische Konfrontation zwischen China und dem Bündnis des Westens. In: *ISW*, 130 (September), 3–13.
- Kun Yan (2016): *Poverty Alleviation in China: A Theoretical and Empirical Study*. Singapore: Springer.
- Land, Rainer (2020): Chinas gelenkte Marktwirtschaft und die Seidenstraßen-Initiative. In: *Initial*, 31 (4), 2–22.
- Lee, Ann (2012): *What the U.S. Can Learn from China. An Open-Minded Guide to Treating Our Greatest Competitor as Our Greatest Teacher*. San Francisco: Berrett-Koehler Publishers.
- Leese, Daniel (2020): *Maos langer Schatten. Chinas Umgang mit der Vergangenheit*. München: C.H.Beck.
- Lessing, Gotthold Ephraim (1954): Nathan der Weise. In: *Gesammelte Werke*. Zweiter Band. Aufbau-Verlag: Berlin, 319–481.
- Leung, Pary P. (2014): *Labor Activists and the New Working Class in China: Strike Leaders' Struggles*. New York: Palgrave Macmillan.
- Leutert, Wendy/Eaton, Sarah (2021): Deepening Not Departure: Xi Jinping's Governance of China's State-owned Economy. In: *The China Quarterly*, 248 (S1), 200–221.
- Leutner, Mechthild (2012): Opiumhandel – Opiumkriege – »Opiumfalle«. Chinas gewaltsame Einbindung in die globale Ökonomie und ihre gravierenden Auswirkungen. In: Mühlhahn, Klaus/Looy, Nathalie van (Hrsg.), *The Globalization of Confucius and Confucianism*. Zürich/Münster: LIT Verlag, 119–145.
- Leutner, Mechthild (2020): Schriftliche Stellungnahme. 65. Sitzung des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Öffentliche Anhörung zum Thema Lage der Menschenrechte in China am 18. 11. 2020 im Bundestag im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Bundestag.
- Leutner, Mechthild (2021): Alte Klischees neu konfiguriert. Die Konstruktion Chinas als Bedrohung. In: *Wissenschaft & Frieden*, (4), 13–15.
- Li Chen (2021): China's Central State Corporatism. The Party and the Governance of Centrally Controlled Businesses. In: Gore, Lance L. P./Zheng Yongnian (Hrsg.), *The Chinese Communist Party in Action: Consolidating Party Rule*. Abingdon/New York: Routledge, 220–239.
- Li, Hui/Gore, Lance L. P. (2018): Merit-Based Patronage: Career Incentives of Local Leading Cadres in China. In: *Journal of Contemporary China*, 27 (109), 85–102.
- Li Keqiang (2022): Report on the Work of the Government. Delivered at

- the Fifth Session of the 13th National People's Congress of the People's Republic of China on March 5, 2022. The State Council of the People's Republic of China.
- Li Tuo (2021): Das Durcheinander des 21. Jahrhunderts. In: Yang Ping/Turowski, Jan (Hrsg.), *Sozialismusdebatte chinesischer Prägung*. Hamburg: VSA, 21–35.
- Li Yifei/Shapiro, Judith (2020): *China Goes Green, Coercive Environmentalism for a Troubled Planet*. Cambridge: Polity.
- Lin, Justin Yifu (2023): *The Chinese Path to Modernization Provides a Reference for Other Developing Countries*. Friends of Socialist China.
- Linge, Mary Kay (2023): *US Air Force Gen. Mike Minihan Predicts China War in 2025*. New York Post.
- Lipietz, Alain (1998): *Nach dem Ende des »Goldenen Zeitalters«. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*. Ausgewählte Schriften. Berlin: Argument.
- Losurdo, Domenico (2017): *Wenn die Linke fehlt... Gesellschaft des Spektakels, Krise, Krieg*. Köln: PapyRossa Verlag.
- Lu Jie/Wang Ban (2012): *China and New Left Visions: Political and Cultural Interventions*. Lanham: Lexington Books.
- Lu, Xia/Ding, Xiaoqin (2022): *Socialist Political Economy with Chinese Characteristics an Research on the Chinese and Foreignnn Economies. A Survey of the Viewpoints Expressed by the New Marxian Economics Synthesis School in 2021*. In: *World Review of Political Economy, Pluto Journals*, 13 (4), 476–501.
- Luxemburg, Rosa (1974): *Zur russischen Revolution (1918)*. In: *Gesammelte Werke*, Bd. 4. Berlin: Dietz, 332–365.
- MacFarquhar, Roderick/Schoenhals, Michael (2006): *Mao's Last Revolution*. Cambridge: Belknap Press.
- Marx, Karl (1960): *Die Revolution in China und in Europa (1853)*. In: *MEW*, Bd. 9. Berlin: Dietz, 95–102.
- Masala, Carlo (2022): *Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens*. München: C.H.Beck.
- Menzel, Ulrich (2015): *Die Ordnung der Welt*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Meuschel, Sigrid (1992): *Legitimation und Parteiherrschaft: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Ministry of Foreign Affairs of the PRC (2023): *The Global Security Initiative Concept Paper*. Ministry of Foreign Affairs of the PRC. Text abrufbar unter: [www.fmprc.gov.cn/eng/wjbxw/202302/t20230221\\_11028348.html](http://www.fmprc.gov.cn/eng/wjbxw/202302/t20230221_11028348.html) (Zugriff am 8.5.2023).
- Mittelstaedt, Jean Christopher (2021): *Rebuilding Authority: The Party's Relationship with Its Grassroots Organizations*. In: *The China Quar-*

- terly, 248 (S1), 244–264.
- Mühlhahn, Klaus (2022): *Geschichte des modernen China. Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart*. München: C.H.Beck.
- Müller, Wolfgang (2021): Respektierte Großmacht? China im globalen Machtgefüge. In: *Wissenschaft & Frieden*, (4), 6–8.
- Müller, Wolfgang (2022): China, der neue Hauptfeind des Westens. In: *ISW*, 130 (September), 23–34.
- Mylonas, Harris (2013): *The Politics of Nation-Building. Making Co-Nationals, Refugees, And Minorities*. New York: Cambridge University Press.
- Naisbitt, Doris/Naisbitt, John (2019): *Im Sog der Seidenstraße. Chinas Weg in eine neue Weltwirtschaft*. Stuttgart: Langen-Müller.
- Naisbitt, John/Naisbitt, Doris (2009): *Chinas Megatrends. Die 8 Säulen einer neuen Gesellschaft*. München: Carl Hanser.
- National Development and Reform Commission (2022): *Implementing the New Development Philosophy to Compose a New Chapter in Socialist Modernization*. In: *Qiushi. CPC Central Committee Bimonthly*, 14 (5), 48–58.
- National Intelligence Council (2021): *Global Trends 2040. A More Contested World*. National Intelligence Council.
- NATO (2022): *NATO 2022 – Strategic concept*. NATO.
- Needham, Joseph (1956): *Science and Civilisation in China: Volume 1, Introductory Orientations. Illustrated Edition*. Cambridge: Cambridge University Press.
- O’Connor, Tom (2022): *Most in China Call Their Nation A Democracy, Most in U.S. Say America Isn’t*. *Newsweek*. Text abrufbar unter: [www.newsweek.com/most-china-call-their-nation-democracy-most-us-say-america-isnt-1711176](http://www.newsweek.com/most-china-call-their-nation-democracy-most-us-say-america-isnt-1711176) (Zugriff am 13.3.2023).
- OECD (2022): *China Economic Snapshot*. OECD. Text abrufbar unter: [www.oecd.org/economy/china-economic-snapshot/](http://www.oecd.org/economy/china-economic-snapshot/) (Zugriff am 18.7.2022).
- Ogden, Chris (2022): *Der Aufstieg Chinas und der asiatische Autoritarismus*. *Makroskop*.
- OHCHR (2022): *OHCHR Assessment of human rights concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People’s Republic of China*. OHCHR.
- Olson, Mancur (1993): *Dictatorship, Democracy, and Development*. In: *The American Political Science Review*, 87 (3), 567–576.
- Paech, Norman (2021): *Stellungnahme für die Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages am 17. Mai 2021*.
- Petry, Johannes (2020): *Same same, but different: Varieties of capital markets, Chinese state capitalism and the global financial order*. In: *Competition & Change*, 25 (3), 1–26.



- Pieke, Frank N. (2021): Party Spirit. Producing Communist Belief in Contemporary China. In: Gore, Lance L. P./Zheng Yongnian (Hrsg.), *The Chinese Communist Party in Action. Consolidating Party Rule*. Abingdon/New York: Routledge, 99–117.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the twenty-first century*. Cambridge Massachusetts: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Polanyi, Karl (2003): *Universaler Kapitalismus oder regionale Planung?* (1945). In: Cangiani, Michele/Thomasberger, Claus (Hrsg.), *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*. Bd.2: *Die internationale Politik zwischen den beiden Weltkriegen*. Marburg: Metropolis, 338–350.
- Pollack, Detlef (1990): *Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 19, 292–307.
- Poulantzas, Nikos (1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*. Hamburg: VSA-Verlag.
- PricewaterhouseCoopers (2017): *The World in 2050 – Summary report. The Long View: How will the global economic order change by 2050?* PricewaterhouseCoopers.
- Pringle, Tim/Fuchs, Daniel (2015): *Chinas ArbeiterInnen schlagen zurück: Migrantische Kämpfe und Perspektiven gewerkschaftlicher Reform*. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXXI (2), 53–78.
- Qiang Shigong (2021): *Imperiales Menschenrechtssystem*. Beijing Cultural Review.
- Quah, Danny (2015): *Look to Asia for the Rebirth of Democracy*. In: China Center for Contemporary World Studies (Hrsg.), *China's New Reforms: The Role of the Party. Papers from »The Party and the World Dialogue 2014«*. Beijing: Central Compilation & Translation Press, 11–17.
- Redaktion der Beijing Cultural Review (2021): *Die chinesische Zivilisation und die Kommunistische Partei. Anlässlich des 96. Jahrestages der KPCh*. In: Yang Ping/Turowski, Jan (Hrsg.), *Sozialismusdebatte chinesischer Prägung*. Hamburg: VSA, 85–106.
- Roberts, Michael (2017): *Xi Jinping Thought and the Nature of China Today*. Redline.
- Rowen, Henry S. (2007): *When Will the Chinese People Be Free?* In: *Journal of Democracy*, 18 (3), 38–62.
- Rudd, Kevin (2015): *U.S.-China 21. The Future of U.S.-China Relations Under Xi Jinping*. Belfer Center for Science and International Affairs, Harvard Kennedy School.

- Rühlig, Tim (2022): Chinas unsichtbare Macht technischer Standards. Eine Herausforderung für Deutschland und Europa. Potsdam: Friedrich-Naumann-Stiftung.
- Sabautzki, Willy (2022): Die chinesische Wirtschaftsbilanz 2021. In: ISW, 130 (September), 14–22.
- Sachs, Jeffrey D. (2020): Amerikas heilloser Kreuzzug gegen China. Project Syndicate. Text abrufbar unter: [www.project-syndicate.org/commentary/america-evangelical-crusade-against-china-by-jeffrey-d-sachs-2020-08/german](http://www.project-syndicate.org/commentary/america-evangelical-crusade-against-china-by-jeffrey-d-sachs-2020-08/german) (Zugriff am 7.2.2023).
- Sacks, Benjamin J. (2022): The Political Geography of the South China Sea Disputes. Santa Monica: RAND Corporation.
- Said, Edward W. (2009): Orientalismus. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Saratchand, C. (2020): A Comparative Theoretical Study of the Role of the Public Sector in China and India. In: International Critical Thought, Routledge, 10 (1), 113–125.
- Scheidges, Rüdiger (2023): Drogenkrieg: Mexikos US-Grenze: Wo Tod und Teufel regieren. Handelsblatt. Text abrufbar unter: [www.handelsblatt.com/politik/international/drogenkrieg-mexikos-us-grenze-wo-tod-und-teufel-regieren/3144166.html](http://www.handelsblatt.com/politik/international/drogenkrieg-mexikos-us-grenze-wo-tod-und-teufel-regieren/3144166.html) (Zugriff am 28.1.2023).
- Schmidt-Glitzner, Helwig (2021): Chinas Einheit zu bewahren, ist eine ewige Herausforderung für die Regierung in Peking – der real existierende Han-Chauvinismus schafft Legitimitätsdefizite. In: Neue Züricher Zeitung, 6. Juli 2021. Text abrufbar unter: [www.nzz.ch/meinung/chinas-schwierigkeit-die-einheit-das-landes-zu-bewahren-ld.1629466](http://www.nzz.ch/meinung/chinas-schwierigkeit-die-einheit-das-landes-zu-bewahren-ld.1629466).
- Schneider, Beat (2022): Chinas langer Marsch in die Moderne: Zwanzig nicht-eurozentristische Thesen. Köln: PapyRossa Verlag.
- Schrader, Matt/Cole, J. Michael (2023): China Hasn't Given Up on the Belt and Road. In: Foreign Affairs, Text abrufbar unter: [www.foreignaffairs.com/china/china-hasnt-given-belt-and-road](http://www.foreignaffairs.com/china/china-hasnt-given-belt-and-road).
- Schulze, Hagen (2004): Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München: C.H.Beck.
- Schumpeter, Joseph Alois (1980): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie [1942]. 5. Aufl. München: Francke.
- Senger, Harro von (2008): Moulüe – Supraplanung. Unerkannte Denkhorizonte aus dem Reich der Mitte. München: Carl Hanser Verlag.
- Shambaugh, David (2015): The Coming Chinese Crackup. In: Wall Street Journal, 6. März 2015. Text abrufbar unter: [www.wsj.com/articles/the-coming-chinese-crack-up-1425659198](http://www.wsj.com/articles/the-coming-chinese-crack-up-1425659198) (Zugriff am 24.5.2022).
- Shi, Tianjian (2015): The Cultural Logic of Politics in Mainland China and Taiwan. New York: Cambridge University Press.
- Shui, Wei/Veeck, Gregory (2012): China's Grain Production under Bottom-up and Top-down Patterns of Agricultural Reforms: A Typical Case

- Study in Anhui Province. In: *Journal of Geography and Geology*, 4 (3).
- Sieren, Frank (2020): *Zukunft? China! Wie die neue Supermacht unser Leben, unsere Politik, unsere Wirtschaft verändert*. München: Penguin Verlag.
- Sieren, Frank (2021): *Shenzhen – Zukunft Made in China. Zwischen Kreativität und Kontrolle – die junge Megacity, die unsere Welt verändert*. München: Penguin Verlag.
- Smith, Anthony D. (1989): *State-Making and Nation-Building*. In: Hall, John A. (Hrsg.), *States in History*. Oxford: Basil Blackwell, 228–263.
- Spence, Jonathan D. (1997): *God’s Chinese Son: The Taiping Heavenly Kingdom of Hong Xiuquan*. Princeton: W W Norton & Co.
- Statista (2023): *China: Trust in Government 2022*. Statista. Text abrufbar unter: [www.statista.com/statistics/1116013/china-trust-in-government-2020/](http://www.statista.com/statistics/1116013/china-trust-in-government-2020/) (Zugriff am 13.3.2023).
- Stefanova, Boyka/Zhelev, Paskal (2022): *Revisiting China’s Market Economy Status: State Capitalism within the WTO Liberal Trading System*. Rochester, NY. Text abrufbar unter: <https://papers.ssrn.com/abstract=4212170> (Zugriff am 29.1.2023).
- Stengl, Anton (2021): *Chinas neuer Imperialismus. Ein ehemaliges sozialistisches Land rettet das kapitalistische Weltsystem*. Wien: Promedia.
- Stiglitz, Joseph E. (2011): *Of the 1%, by the 1%, for the 1%*. Vanity Fair, Text abrufbar unter: [www.vanityfair.com/society/features/2011/05/top-one-percent-201105](http://www.vanityfair.com/society/features/2011/05/top-one-percent-201105) (Zugriff am 14.11.2014).
- Sun Yatsen (1924): *San Min Chu I. The Three principles of the People*. Text abrufbar unter: [https://sunyatsenfoundation.org/wpcore/wp-content/uploads/San-Min-Chu-I\\_FINAL-3-Principles.pdf](https://sunyatsenfoundation.org/wpcore/wp-content/uploads/San-Min-Chu-I_FINAL-3-Principles.pdf) (Zugriff am 26.3.2022).
- Takahara, Akio (2020): *The CPC’s Meritocratic Cadre System*. In: Lam, Willy Wo-Lap (Hrsg.), *Routledge Handbook of the Chinese Communist Party*. London/New York: Routledge, 153–164.
- The Economist (2021): *The Party capitalists. China’s Communist authorities reinvent state capitalism*. In: *The Economist*.
- The State Council Information Office of the People’s Republic of China (2021): *China: Democracy That Works*. Text abrufbar unter: [www.news.cn/english/2021-12/04/c\\_1310351231.htm](http://www.news.cn/english/2021-12/04/c_1310351231.htm) (Zugriff am 12.2.2023).
- Theobald, Ulrich (2019): *Tianming 天命*. Ulrich Theobald. Text abrufbar unter: [www.chinaknowledge.de/History/Terms/tianming.html](http://www.chinaknowledge.de/History/Terms/tianming.html) (Zugriff am 30.3.2022).
- Thornton, Patricia M. (2021): *Party All the Time: The CCP in Comparative and Historical Perspective*. In: *The China Quarterly*, 248 (S1), 1–15.
- Thukydides (2000): *Der Peloponnesische Krieg*. Übers. u. hrsg. v. Helmuth Vretska u. Werner Rinner. Stuttgart: Philipp Reclam jun.

- Turowski, Jan (2021a): Kein Schicksalskampf zwischen Gut und Böse. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Text abrufbar unter: [www.rosalux.de/publikation/id/43799](http://www.rosalux.de/publikation/id/43799) (Zugriff am 15.2.2022).
- Turowski, Jan (2021b): Einleitung: Auch in China wird Sozialismus diskutiert. In: Ping, Yang/Turowski, Jan (Hrsg.), *Sozialismusdebatte chinesischer Prägung*. Hamburg: VSA, 7–20.
- Turowski, Jan (2023): Vortrag vor dem Wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- UNDP (2019): National Human Development Report 2019: China. In: UNDP (United Nations Development Programme), New York. Text abrufbar unter: <https://hdr.undp.org/content/national-human-development-report-2019-china>.
- Walker, Peter B. (2019): *Powerful Different Equal. Overcoming the Misconceptions and Differences Between China and the U.S.* London/New York: Durnell Marston.
- Wang Gungwu (2019): *China Reconnects. Joining a Deep-Rooted Past to a New World Order*. New Jersey: WSPC.
- Wang Hui (2014): *China from Empire to Nation-State*. Cambridge: Harvard University Press.
- Wang Hui (2021): »Post-Parteilpolitik« und Zukunftsoptionen. Die weltweite Krise der Repräsentation. In: Yang Ping/Turowski, Jan (Hrsg.), *Sozialismusdebatte chinesischer Prägung*. Hamburg: VSA, 63–83.
- Wang Shaoguang (2015): *Toward Shared Prosperity: China's New Leap Forward in Social Protection*. In: China Center for Contemporary World Studies (Hrsg.), *China's New Reforms: The Role of the Party*. Papers from »The Party and the World Dialogue 2014«. Beijing: Central Compilation & Translation Press, 198–232.
- Wang Xiaolin/Zhang Xiaoying (2021): *Towards 2030 – China's Poverty Alleviation and Global Poverty Governance*. Singapore: Springer.
- Wang, Yiwei (2022): »One Belt, One Road«: Die neuen Seidenstraße. In: Lian, Yuru/Krämer, Raimund (Hrsg.), *China und Deutschland in einer turbulenten Welt: 50 Jahre diplomatische Beziehungen*. Potsdam: WeltTrends, 96–102.
- Wang Zhengxu (2015): *The Party and China's Reform Project: Toward a State-Building Party*. In: China Center for Contemporary World Studies (Hrsg.), *China's New Reforms: The Role of the Party*. Papers from »The Party and the World Dialogue 2014«. Beijing: Central Compilation & Translation Press, 86–102.
- Weber, Isabella M. (2021): *How China Escaped Shock Therapy. The Market Reform Debate*. Abingdon/New York: Routledge.
- Weber, Max (1895): *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik*. Freiburg/Leipzig: J. C. B. Mohr.

- Weiss, Jessica Chen (2022): The China Trap. Foreign Affairs, Text abrufbar unter: [www.foreignaffairs.com/china/china-trap-us-foreign-policy-zero-sum-competition](http://www.foreignaffairs.com/china/china-trap-us-foreign-policy-zero-sum-competition) (Zugriff am 30.1.2023).
- Wemheuer, Felix (2019): Chinas große Umwälzung. Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem. Köln: PapyRossa Verlag.
- Wemheuer, Felix (2020): Vorwort: Chinas Reform und Öffnung im globalen Kontext. In: Jahrbuch Historischer Kommunismusforschung (Redaktion)/Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2020: Machterhalt durch Wirtschaftsreformen. Chinas Einfluss auf die sozialistische Welt. Berlin: Metropol, 1–14.
- Wikipedia (2014): Gettysburg Address. Wikipedia, Page Version ID: 134526718.
- Wikipedia (2021): Bricolage. Wikipedia, Page Version ID: 213441498.
- Wikipedia (2022a): Schicksalsgemeinschaft der Menschheit. Wikipedia, Page Version ID: 219985306.
- Wikipedia (2022b): State-Owned Assets Supervision and Administration Commission of the State Council. Wikipedia, Page Version ID: 1085517745.
- Wikipedia (2022c): Economy of China. Wikipedia, Page Version ID: 1098533616.
- Wikipedia (2022d): Innere Mongolei. Wikipedia, Page Version ID: 227160868.
- Wikipedia (2023a): Regional Comprehensive Economic Partnership. Wikipedia, Page Version ID: 1130991675.
- Wikipedia (2023b): Ürümqi. Wikipedia, Page Version ID: 229906973.
- Wikipedia (2023c): Tibet. Wikipedia, Page Version ID: 230096585.
- Wikipedia (2023d): Xinjiang. Wikipedia, Page Version ID: 230285763.
- Wikipedia (2023e): Turkistan Islamic Party. Wikipedia, Page Version ID: 1136716989.
- Wikipedia (2023f): Weltkongress der Uiguren. Wikipedia, Page Version ID: 230762164.
- Xi Jinping (2012): Public address on November 15, 2012. CNN. Text abrufbar unter: [www.cnn.com/2012/11/15/world/asia/china-xi-jinping-speech/index.html](http://www.cnn.com/2012/11/15/world/asia/china-xi-jinping-speech/index.html) (Zugriff am 22.5.2022).
- Xi Jinping (2014a): Der Wunsch des Volks nach einem schönen Leben als Ziel unserer Arbeit, 15. November 2012. In: China Regieren. Bd. I. Beijing: Verlag für fremdsprachige Literatur, 3–5.
- Xi Jinping (2014b): Unsichtbare und sichtbare Hand. In: China Regieren. Bd. I. Beijing: Verlag für fremdsprachige Literatur, 141–144.
- Xi Jinping (2017): Den entscheidenden Sieg bei der umfassenden Vervollendung des Aufbaus einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand er-

ringen und um große Siege des Sozialismus chinesischer Prägung im neuen Zeitalter kämpfen. KP China.

- Xi Jinping (2018): Gemeinsamer Aufbau einer Zukunftsgemeinschaft der Menschheit. Rede im Büro der Vereinten Nationen in Genf am 18. Januar 2017. In: China Regieren. Bd. II. Beijing: Verlag für fremdsprachige Literatur, 657–672.
- Xi Jinping (2020): Neue Grenzen öffnen für die marxistische politische Ökonomie im heutigen China. Beilage zur Ausgabe 6/2020 der Marxistischen Blätter. Marxistische Blätter.
- Xi Jinping (2022a): Hold High the Great Banner of Socialism with Chinese Characteristics and Strive in Unity to Build a Modern Socialist Country in All Respects. Report to the 20th National Congress of the Communist Party of China. October 16, 2022. Ministry of Foreign Affairs of the PRC. Text abrufbar unter: [www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx\\_662805/202210/t20221025\\_10791908.html](http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx_662805/202210/t20221025_10791908.html).
- Xi Jinping (2022b): Full Text: Chinese President Xi Jinping's keynote speech at the opening ceremony of BFA annual conference 2022-Xinhua. Xinhua. Text abrufbar unter: <https://english.news.cn/20220421/f5f48ba605ed427dab911188af175ebf/c.html> (Zugriff am 25.2.2023).
- Xi Jinping Thought on Diplomacy Studies Center (2022): GSI Towards World Peace. In: Contemporary World, (3), 13–17.
- Xin Xiangyang (2020): Prominent Features of the System of Socialism with Chinese Characteristics and China's Governance System. In: International Critical Thought, 10 (2), 161–181.
- Yang Rong (2023): Scharfe Worte zwischen Vertretern der USA und Chinas bei WTO-Treffen zur Beilegung von Handelsstreitigkeiten (chines.). Guancha. Text abrufbar unter: [www.guancha.cn/international/2023\\_01\\_29\\_677731.shtml](http://www.guancha.cn/international/2023_01_29_677731.shtml) (Zugriff am 29.1.2023).
- Ying Miao (2016): Being Middle Class in China: Identity, Attitudes and Behaviour. London/New York: Routledge.
- Yu, Hongjun (2020): The Logic of Choosing the Economic System in China. In: International Critical Thought, 10 (3), 406–423.
- Yu Hongyuan (2022): Global Development Governance and China's Transforming Role. In: Contemporary World, (6), 38–41.
- Yu-shek Cheng, Joseph (2020): Evolution of the Party since 1976. Ideological and Functional Adoptions. In: Lam, Willy Wo-Lap (Hrsg.), Routledge Handbook of the Chinese Communist Party. London/New York: Routledge, 135–152.
- Zand, Bernhard (2022): Interview mit Henry Kissinger. In: Der Spiegel, (29).
- Zhang Jun/Peck, Jamie (2014): Variegated Capitalism, Chinese Style: Regional Models, Multi-scalar Constructions. In: Regional Studies, Text abrufbar unter: <http://dx.doi.org/10.1080/00343404.2013.856514>.

- Zhang, Weiwei (2012): *China Wave. The Rise of a Civilizational State*. Hackensack: World Century Publishing Corporation.
- Zhang, Weiwei (2016): *China Horizon. The Glory and Dream of a Civilizational State*. Hackensack, NJ: World Century.
- Zhang Weiwei (2022): *The Point Special: Exclusive with Professor Zhang Weiwei*. CGTN. Text abrufbar unter: [www.youtube.com/watch?v=PKrIRiUpiBA](https://www.youtube.com/watch?v=PKrIRiUpiBA) (Zugriff am 21.2.2023).
- Zhang Weiwei/Chengliang Yin (2022): *Focusing on the 20th Congress, the Global Automotive Revolution Led by China. This is China*.
- Zhang, Xiaoming (2022): *China und seine Nachbarn. Historische Modelle und Prozesse*. In: Lian, Yuru/Krämer, Raimund (Hrsg.), *China und Deutschland in einer turbulenten Welt: 50 Jahre diplomatische Beziehungen*. Potsdam: WeltTrends, 127–131.
- Zhang Yongle (2010): *The Future of the Past. On Wang Hui's Rise of Modern Chinese Thought*. In: *New Left Review*, 62, 47–83.
- Zhao Tingyang (2020): *Alles unter dem Himmel. Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Zheng Yongnian (2010): *The Chinese Communist Party as Organizational Emperor. Culture, Reproduction, and Transformation*. New York: Routledge.
- Zheng Yongnian (2021): *The Chinese Communist Party. An Interpretation*. In: Gore, Lance L. P./Zheng Yongnian (Hrsg.), *The Chinese Communist Party in Action: Consolidating Party Rule*. Abingdon/ New York: Routledge, 13–32.
- Zhou Lian (2012): *The Debates in Contemporary Chinese Political Thought*. In: Dallmayr, Fred/Tingyang, Zhao (Hrsg.), *Contemporary Chinese Political Thought. Debates and Perspectives*. Lexington: University Press of Kentucky, 26–45.
- ZK der KP Chinas (2021): *Resolution des Zentralkomitees der KP Chinas über die großen Erfolge und historischen Erfahrungen des hundertjährigen Kampfes der Partei (Angenommen von der 6. Plenartagung des XIX. Zentralkomitees der KP Chinas am 11. November 2021)*.

# VSA: Sozialismus-Debatten



Kim Lucht/Frank Deppe/  
Klaus Dörre (Hrsg.)  
**Sozialismus im 21. Jahrhundert?**  
Sozialismus-Debatten 1  
192 Seiten | € 19.80  
ISBN 978-3-96488-173-1

Analysen & Alternativen zum Krisen-  
Kapitalismus mit Armut, Klimakrise,  
Aufrüstung & Kriegen.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)



Michael Brie  
**SOZIALISMUS neu entdecken**  
Ein hellblaues Bändchen zu den  
Widersprüchen einer solidarischen  
Gesellschaft  
176 Seiten | € 14.00  
ISBN 978-3-96488-055-0

Der Sozialismus ist tot! Es lebe der  
Sozialismus! Denn ganz offensichtlich  
ist Sozialismus nicht tot zu kriegen.  
Auch die schlimmsten selbst verschul-  
deten Zusammenbrüche führen nicht  
dazu, dass Sozialismus nicht wieder  
durch gesellschaftlichen Kräfte auf die  
Tagesordnung gerückt wird. Denn mit  
dem Wort Sozialismus wird die System-  
qualität der Veränderung von Allem auf  
den Begriff gebracht. Nur gilt es, diesen  
Begriff neu zu bestimmen.

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



# VSA: LinkerChinaDiskurs



Yang Ping/Jan Turowski (Hrsg.)

## **Sozialismusdebatte chinesischer Prägung**

LinkerChinaDiskurs 1

Eine Publikation des Beijing-Büros der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
224 Seiten | € 16.80  
ISBN 978-3-96488-099-4

Der erste Band der Reihe »LinkerChina-Diskurs« widmet sich zentralen Orientierungspunkten der innerchinesischen Sozialismusdebatte.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)



Meng Jie/Jan Turowski (Hrsg.)

## **Immer noch tastend den Fluss überqueren**

Chinas marktsozialistisches Modell  
verstehen | Linker ChinaDiskurs 2

Eine Publikation des Beijing-Büros der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
272 Seiten | € 16.80  
ISBN 978-3-96488-118-2

Das spektakuläre Wachstum hat China zu einer mehrheitlich urbanen, mittelständischen Gesellschaft gemacht und Hunderte Millionen Landbewohner:innen aus der Armut befreit. Chinesische Politökonom:innen und Sozialwissenschaftler:innen diskutieren zentrale Aspekte des marktsozialistischen Entwicklungsmodells.

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)